Montag, 10. Oktober 1983 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 236 - 41.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

TAGESSCHAU

POLITIK

Defensiv-Export: Die Bundesregierung ist zwar grundsätzlich zu Waffenlieferungen an Saudi-Arabien bereit, nicht aber zum Export des modernen Kampfpanzers Leopard II, heißt es in der Umgebung des Bundeskanzlers. In Frage kämen nur reine Defensivwaffen, etwa der Flugabwehr-Panzer „Gepard", dessen Fahrgestell übrigens mit dem des „Leo II" baugleich ist. (S.1)

Doppelbeschluß: Mit den Voten der bayerischen und saarländischen Sozialdemokraten haben jetzt acht SPD-Landesverbände uneingeschränkt nein zum Stationierungsteil des NATO-Doppelbeschlusses gesagt. Führende Sozialdemokraten, so Geschäftsführer Glotz, argumentierten jetzt, die „Geschäftsgrundlage" des Doppelbeschlusses habe sich verändert.

CDU-Rheinland: Der Landesparteitag stellt sich hinter die Sicherheitspolitik der Bundesregierung und der NATO. Landesvorsitzender Bernhard Vogel zu den SPD-Beschlüssen: Ein unseliger Weg.

Attentat: Seoul macht Nordkorea für einen Bombenanschlag während des Staatsbesuchs des südkoreanischen Präsidenten Chun in Birma verantwortlich. 19 Personen, darunter vier südkoreanische Minister, waren dabei getötet worden.

Syrien rüstet: Präsident Reagan wirft Syrien vor, nach dem israelischen Teilrückzug in Libanon bleiben zu wollen und dazu mit sowjetischer Hilfe aufzurüsten. US-Experten schätzen den Wert der sowjetischen Rüstungslieferungen an Damaskus auf 2,5 Milliarden Dollar. (S.12)

Gewerkschaftstag: Zur Eröffnung des IG-Metall-Kongresses kündigt der zweite Vorsitzende Mayr gewerkschaftlichen Widerstand gegen Angriffe auf Mitbestimmung, Sozialabbau und „Rüstungswahn" an.

Henn löst Hügel ab: Walter Henn soll Nachfolger des zurückgetretenen saarländischen Wirtschaftsministers Hügel werden. Henn war bei der letzten Bundestagswahl Spitzenkandidat der Saar-FDP.

General geflüchtet? Ein sowjetischer General ist angeblich in das NATO-Land Türkei geflüchtet. Zeitungsmeldungen darüber wurden in Ankara allerdings zurückgezogen, weil die Flucht offiziell nicht bestätigt wurde.

Heute: Bundespräsident Carstens und Bundeskanzler Kohl setzen Besuche in USA und in Saudi-Arabien fort. – Kohlrunde in Bonn. – Bundestagsunterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle reist nach Moskau. – EG-Sonder-Ministerratssitzung in Athen.

ZITAT DES TAGES



„Am Charakter der Grenze ändert sich leider nichts. Das sollte die Bundesregierung laut und deutlich sagen, damit die Menschen die Situation nicht falsch einschätzen und sich dadurch entlang der Grenze in Gefahr begeben."

Der ehemalige Kanzleramtsminister Hans-Jürgen Wischnewski (SPD) zum Abbau von Selbstschußanlagen an der „DDR"-Demarkationslinie

FOTO: BRECHER-SCHULZ

WIRTSCHAFT

35-Stunden-Woche: Nicht kollektive Tarifverträge, sondern auf Bedarf der Betriebe und des jeweiligen Arbeitnehmers zugeschnittene „Arbeitszeit nach Maß" kann den Konflikt um die Arbeitszeitverkürzung lösen, erklärt Gesamtmetall.

IWF-Kredit: Einen neuen Kredit von rund 1,9 Milliarden DM erhält Portugal vom Weltwährungsfonds.

Wohnungsbau: Etwa fünf Milliarden DM benötigt Bundeswohnungsbauminister Schneider jährlich, um seine Politik zur Förderung von Wohneigentum zu verwirklichen.

Argentinien: Die gerichtlich blockierten Umschuldungsverhandlungen Argentiniens können nach einem Spruch des Berufungsgerichts fortgesetzt werden. Damit ist auch der Weg für neue Kredite frei. (S. 13)

Schwarzarbeit: Rund zehn Prozent (38 Milliarden Mark) des potentiellen Auftragsvolumens des Handwerks gehen durch Schwarzarbeit verloren, schätzt Handwerkspräsident Schnitker.

KULTUR

Kulturaustausch: Mit einem kulturellen Austausch-Programm feiern Tel Aviv und Frankfurt 1984 fünf Jahre Städtepartnerschaft. Aus Tel Aviv kommen das Cameri-Theater und der Philharmonische Chor.

Mammutschau: 298 000 Buchtitel, davon 88 000 Neuerscheinungen, werden auf der 35. Frankfurter Buchmesse von 5735 Verlagen aus 79 Ländern ab Mittwoch gezeigt. Den Friedenspreis des Buchhandels erhält Manès Sperber.

SPORT

Turnen: Ohne die verletzten deutschen Meister Andreas Aquilar und Benno Groß muß die deutsche Riege bei den Weltmeisterschaften Ende des Monats in Budapest antreten.

Motorsport: Die schwedischen Geländefahrer gewannen die Sechstage-Fahrt der Motorradfahrer in Wales. Die deutschen Teams wurden wegen Verlassens der Strecke disqualifiziert. (S.11)

Galopp: Favorit Esprit du Nord aus Frankreich gewann mit dem englischen Jockey Lester Piggott den Preis von Europa in Köln, das wertvollste deutsche Galopprennen. (S.10)

Fußball: Stuttgart gegen Hamburger SV – das ist das Schlagerspiel im Achtelfinale des deutschen Pokals. Die Stuttgarter gewannen gestern 8:1 beim 1. FC Köln (Amateure). (S.8)

AUS ALLER WELT

Glück auf Rezept: Eine Pille für permanente gute Laune haben französische Wissenschaftler entwickelt. Sie kompensiert unzureichende Produktion des Hormons Serotonin (das für seelische Ausgeglichenheit sorgt), soll ungefährlich sein und nicht abhängig machen.

Schwarzmeer-Kanal: Das kostspieligste Bauprojekt in Rumäniens Geschichte, der Donau-Schwarzmeer-Kanal, wird heute eröffnet. (S. 18)

Wetter: Bewölkt, teilweise Regen; Temperaturen 14 bis 16, Tiefstwerte bei 6 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Kohl will die Saudis zum Flakpanzer „Gepard" überreden

Rüstungskooperation soll vorerst auf „Defensivwaffen" beschränkt werden

MANFRED SCHELL, Dschidda

Bundeskanzler Helmut Kohl hält eine Lieferung des modernen deutschen Kampfpanzers „Leopard 2" an Saudi-Arabien zumindest zur Zeit aus politischen Gründen für nicht möglich. Nach Informationen der WELT will Kohl, der gestern zu einem offiziellen Besuch in Dschidda eingetroffen ist, bei König Fahd um Verständnis für diese Haltung der Bundesregierung werben. Der Bundeskanzler wird der saudischen Führung aber einen anderen „Einstieg" in die Rüstungskooperation mit der Bundesrepublik Deutschland anbieten, und zwar in der Form des Flakpanzers „Gepard".

In der Delegation des Kanzlers hieß es, „wir kommen nicht mit leeren Händen". Außerdem könnten die Saudis, wenn sie dies wünschen sollten, hochwertige elektronische Anlagen zur Luftraumüberwachung geliefert bekommen. In Kohls Umgebung wurde versichert, diese Verhandlungslinie sei im Bundessicherheitsrat und den Koalitionsgremien abgestimmt.

Sie innenpolitisch durchzuhalten werde schwierig genug sein. Deswegen sei es gut, zunächst nur „Defensivwaffen" zu liefern. Ziel von Bundeskanzler Kohl ist es offenkundig, den Waffenexport an Saudi-Arabien zunächst auf der „zweiten Ebene" aufzunehmen. Der „Leopard"-Panzer sei aus der Sicht der Saudis zwar eine „Prestigewaffe", in der innenpolitischen Diskussion und auch in den Augen der israelischen Regierung aber zu einer „Reizwaffe" geworden. Kohl werde aber, so hieß es weiter, für die Zukunft die Lieferung des „Leo 2" nicht ausschließen. Die Entscheidung darüber, so lautete die Darstellung in Kreisen der deutschen Delegation, werde auch von der Entwicklung im Nahen Osten und vor allem der Beteiligung der Saudis an den Bemühungen um einen gerechten Ausgleich mit Israel abhängen.

SEITE 4:
Ägypten drängt Kohl

Als eine Schlüsselfrage hierfür wird es auch bei der Bundesregierung angesehen, ob Saudi-Arabien als die vor allem finanziell dominierende arabische Macht die politisch-diplomatischen Beziehungen zu Ägypten wieder so normalisiert, daß dieser Schritt in der übrigen arabischen Welt als ein Zeichen der Saudis auch für den Friedenskurs der Ägypter gegenüber Israel verstanden wird. Der Bundeskanzler will die saudische Führung zu einem solchen Schritt ermuntern. Die Wiederstände aus Israel gegen die Lieferung des Leopard-Panzers, für die Kohl großes Verständnis aufbringt, wären nach seiner Einschätzung dann um vieles geringer, wenn Saudi-Arabien mit seinem auch weltpolitischen Gewicht eine Schlüsselstellung zugunsten des Friedensprozesses im Nahen Osten einnehmen würde.

Zeit für einen solchen Prozeß wäre, wenn man diese Frage unter dem konkreten Anliegen nach der Panzerlieferung betrachtet, gegeben. Aufgrund der bisherigen Auslastung der Rüstungsindustrie könnten die ersten Panzer für Saudi-Arabien, wenn es überhaupt dazu kommen sollte, ohnehin erst in zwei Jahren produziert werden. Außerdem ist es fraglich, ob Bonn dann überhaupt noch vor eine Entscheidung über eine Panzerlieferung gestellt sein wird. Denn der Bundesregierung liegen Erkenntnisse darüber vor, daß die amerikanische Rüstungslobby große Anstrengungen unternimmt, um die Panzer MC 1 an die Saudis liefern zu können. Vor diesem Hintergrund sagt ein deutscher Diplomat, der den Bundeskanzler begleitet: „Wir Deutschen beziehen die Prügel, die Amerikaner machen das Geschäft."

DER KOMMENTAR

Njet

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

In der SPD donnert die Lawine des Njet zur Nachrüstung zu Tale. Doch es handelt sich nicht um die Elementargewalt einer Naturkatastrophe. Der Mann, der die Basis seiner Partei in die Irre formuliert und fabuliert hat, kann benannt werden: Egon Bahr. Und der Mann, der dieser Irreführung nicht widerstanden, sie eher gefördert hat, kann ebenfalls beim Namen genannt werden: Willy Brandt, der Parteivorsitzende.

Helmut Schmidt und seine Gesinnungsfreunde sind dabei zu resignieren. Der Altkanzler läßt sich in Bonn als Ehrenbürger feiern, statt zum Parteibezirk Westliches Westfalen zu eilen und seinen Getreuen von einst die „Krise des eigenen Hirns" klarzumachen wie vormals den Jusos. Hans Apel, Mittelpunkt des „Seeheimer Kreises", ist auf die kraftlose Brandt-Linie eingeschwenkt, um noch größerem Übel zu wehren. Doch die Njet-Lawine rollt.

Indessen zerbrechen sich auch außerhalb der Sozialdemokratie immer mehr Leute den Kopf, was unternommen werden kann, um die SPD vom Abdriften aus der von Adenauer bis Kohl praktizierten Demokratie der politischen Mitte zu bewahren. Es wäre eine staatspolitische Katastrophe unübersehbaren Ausmaßes, zerbräche die Sozialdemokratie als große Volkspartei an ihrer eigenen Führungslosigkeit. Was droht, offenbart sich in Hessen, wo starke Kräfte der eigenen Partei Börner in die Abhängigkeit von den Grünen treiben wollen, jenen Grünen, deren Hauptausschuß soeben in Bonn den „Prozeß einer massenhaften Aufkündigung der Staatsloyalität" proklamiert hat.

Es ist nicht nur Franz Josef Strauß, der vernehmlich darüber nachdenkt, ob die Große Koalition nicht das probate Mittel wäre, alle diejenigen in der SPD, die sich als Erben Kurt Schumachers, Ernst Reuters und Fritz Erlers bekennen, mit dem bürgerlichen Lager zu einer überwältigenden Mehrheit der politischen Mitte zu vereinigen. Doch das ist „ein weites Feld"... Konkreter ist der Ansatz, den Professor Kaiser als Vordenker des „Seeheimer Kreises" bloßgelegt hat: Durch Brandts missionarische „Friedenspolitik" in den siebziger Jahren ist die „traditionelle Funktion der Sozialdemokratie als ideologischer Gegner des freiheitsfeindlichen Kommunismus in den Hintergrund" getreten. Hier muß die SPD durch politische Auseinandersetzung zur Rückkehr zu sich selbst gezwungen werden. Es kann nicht sein, daß Egon Bahr zum unabwendbaren Schicksal dieser großen, traditionsreichen Partei wird.

SPD-Verbände verkünden ihr „Nein"

Von elf Landesorganisationen haben schon acht die Nachrüstung abgelehnt

PETER PHILLIPS, Bonn

In der SPD verfestigt sich der Kurs einer bedingungslosen Ablehnung jeder möglichen westlichen Nachrüstung. Am Wochenende lehnten auch die sozialdemokratischen Landesverbände in Bayern und im Saarland die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen „ohne Wenn und Aber" ab. Damit haben sich bereits acht Landesverbände festgelegt.

Zwar fehlen noch die „offiziellen" Beschlüsse zu diesem Thema in den Landesverbänden Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hessen – doch zumindest in Nordrhein-Westfalen ist die Diskussion abgeschlossen: In dem mit 300 000 Mitgliedern stärksten SPD-Landesverband haben die Delegierten auf den Bezirksparteitagen bereits ihre Beschlüsse gefaßt. Selbst der als konservativ geltende Bezirk Westliches Westfalen, der dem damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt noch die demonstrative Unterstützung für seinen Kurs der Verfechtung des NATO-Doppelbeschlusses gegeben hatte, lehnte jetzt jede Nachrüstung kategorisch ab.

Die Basisbeschlüsse widersprechen zwar der offiziellen Linie der SPD-Parteiführung in Bonn, die immer wieder dazu auffordert, als Partei nicht dadurch „politikunfähig" zu werden, daß man sich zum NATO-Doppelbeschluß kategorisch festlege, ohne eventuelle Beschlüsse bei den Genfer Verhandlungen zu berücksichtigen. Doch haben auch an diesem Wochenende die Äußerungen der Bonner SPD-Prominenz auf den Parteitagen den gegenwärtigen Trend in der SPD nicht beeinflußt, sondern eher den Eindruck erweckt, beschleunigend zu wirken. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt verwies in Witten (westliches Westfalen) ebenso wie Bundesgeschäftsführer Glotz in Oberhausen (Niederrhein) und der stellvertretende Bonner Fraktionsvorsitzende Ehmke darauf, daß nach Meinung der SPD die Geschäftsgrundlage für den NATO-Doppelbeschluß entfallen sei, da zum Beispiel die USA den Rüstungsbegrenzungsvertrag SALT II nicht ratifiziert hätten: Was jetzt in Genf zur Verhandlung stehe, habe mit der eigentlichen Absicht des Doppelbeschlusses nicht sehr viel zu tun.

SEITE 5:
Weitere Berichte

In der SPD geht man jetzt davon aus, daß auf dem Außerordentlichen Bundesparteitag in Köln, dessen Beratungen über die Haltung zum NATO-Doppelbeschluß am 19. November durch ein Referat des ehemaligen Bundeskanzlers Schmidt eingeleitet werden, die inhaltliche Aufkündigung des NATO-Doppelbeschlusses praktisch feststeht. Um allerdings Geschlossenheit demonstrieren zu können, verlangt der „Seeheimer Kreis" (Vertreter des Mitte-Rechts-Spektrums der SPD), die Delegierten zugleich auf ein Bekenntnis zur NATO und zur Bundeswehr festzulegen. Außerdem soll mit der Aufforderung an die Großmächte, in Genf weiterzuverhandeln, und einem entsprechenden Beschluß zur Nachrüstung „Nein, noch nicht" Kontinuität gezeigt werden.

Kampfflugzeuge von Paris an Irak geliefert?

AUGUST GRAF KAGENECK, Paris

Das französische Außen- und das Verteidigungsministerium weigerten sich am Wochenende hartnäckig, Presseberichte über eine angebliche Lieferung von fünf Düsenjägern des Typs Super-Etendard an Irak zu bestätigen. Nach Meldung informierter Kreise sind die grau lackierten Flugzeuge am Freitagabend von der westfranzösischen Luftwaffenbasis Landivisiau mit Kurs auf das Mittelmeer abgeflogen. Dort sollen sie an einem noch unbekannten Ort zwischenlanden und von irakischen Piloten übernommen werden. Dies könnte auf einem der beiden französischen Flugzeugträger stattfinden, die sich gegenwärtig auf Fahrt zwischen Toulon und Libanon befinden. 30 irakische Piloten und Mechaniker werden seit dem Sommer in Frankreich an dem Flugzeug ausgebildet.

Zusammen mit Exocet-Raketen, die Irak bereits besitzt, ist das Flugzeug Etendard eine gefährliche Waffe gegen iranische Schiffe, Raffinerien und Ölbunker. Iran hat deshalb angedroht, im Fall einer Lieferung die Meerenge von Hormuz zu schließen und die Sicherheit der internationalen Schiffahrt im Golf nicht mehr zu garantieren. Das Pariser Außenministerium hatte zur Begründung der vertraglich seit Juni vereinbarten Flugzeuglieferungen angeführt, Irak solle ein Mittel an die Hand gegeben werden, den Krieg gegen Iran rascher beenden zu können. Das US-Außenministerium hat am Samstag Frankreich vor einer Lieferung der Flugzeuge gewarnt, da sie „ernste internationale Folgen haben" könnten.

Polen: Zeitung stellt sich hinter Walesa

F. H. NEUMANN/DW. Moskau

Als erste sowjetische Zeitung hat das Moskauer Regierungsblatt „Iswestija" auf die Verleihung des Friedensnobelpreises an Lech Walesa reagiert. Am Wochenende erhob sie schwere Vorwürfe gegen den polnischen Arbeiterführer, ohne jedoch die Preisverleihung selbst zu erwähnen. Die Zeitung berichtete über eine Sendung des polnischen Fernsehens vom 27. September, in der ein angeblich nicht für die Öffentlichkeit bestimmtes Telefongespräch über finanzielle Transaktionen in Millionenhöhe zwischen Walesa und seinem Bruder ausgestrahlt worden war.

Die „Iswestija" beschuldigt den „Yankee von Danzig", die „stinkenden Dollars" von den „geschworenen Feinden seines Landes" erhalten zu haben, um als Gegenleistung „Haß und Anarchie" in Polen zu säen. Der „frühere Chef der früheren Solidarität" habe sein „verabscheuungswürdiges und merkantiles Wesen" offen gezeigt.

Zum ersten Mal hat jedoch gleichzeitig eine polnische Zeitung Lech Walesa in Schutz genommen. Der katholischen Wochenzeitschrift „Tygodnik Powszechny" gelang es offenbar, die Zensur zu überlisten. Das Blatt bezeichnete die Sendung des polnischen Fernsehens, in der über das angebliche Telefongespräch berichtet wurde, als „ernsten Propagandafehler" der Chefredaktion.

In Danzig ließen gestern im Anschluß an einen Gottesdienst in der Brigittenkriche einige tausend Menschen Lech Walesa immer wieder hochleben.

Waigel: Ziel ist die Stärkung Berlins

Bonn will innerdeutsche Beziehungen auf „mittel- und langfristige Basis" stellen

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die Zusammenarbeit zwischen Bonn und Ost-Berlin muß nach den Worten des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, auf eine „mittel- oder längerfristige Basis" gestellt werden. Sie solle nach dem Grundsatz der Ausgewogenheit fortgesetzt werden. Ziel der laufenden Verhandlungen sei es, sagte Windelen im Süddeutschen Rundfunk, in ein Verhältnis „besserer Nachbarschaft" zu gelangen: „Wir wollen, überall wo wir es können, Spannungen und Spannungsursachen beseitigen und begrüßen jede Bereitschaft der anderen Seite, uns auf diesem Wege weiterzubelfen."

Die Bundesregierung gehe davon aus, daß daran die andere Seite ebenfalls interessiert ist, sagte der Minister gestern außerdem im ZDF. Bonn liege daran, „daß wir auch über eine schwierige außen- und verteidigungspolitische Situation hinwegkommen". Die Substanz der Kooperation müsse „zum Wohle der Menschen auf beiden Seiten" gerettet werden.

In derselben ZDF-Sendung meinte der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, Theo Waigel (CSU), die Deutschlandpolitik sei „in Bewegung" gekommen. Sie müsse aber behutsam betrieben werden. Als „ganz wichtiges Ziel" bezeichnete Waigel die Stärkung der Stellung Berlins.

Der von der Bundesregierung in der Deutschlandpolitik verfolgte Kurs wurde am Wochenende von der SPD gewürdigt. So begrüßte der Bundestagsabgeordnete Egon Bahr, daß sich die Union „wirklich bewegt" habe. Bundeskanzler Helmut Kohl sei „klug genug, fortzusetzen, was gesät war, und er erntet jetzt". Ähnlich wie Bahr meinte auch Hans-Jürgen Wischnewski, bei einer Aufstellung neuer Raketen müsse „mit einer schweren Belastung" der Beziehungen gerechnet werden.

Übereinstimmend vertraten Regierungskoalition und Opposition die Auffassung, daß durch den Abbau der Selbstschußanlagen vom Typ SM 70 die Grenze noch nicht durchlässiger werde. Windelen: „Die Abgrenzung wird bleiben." Ost-Berlin werde seine grundsätzliche Politik nicht ändern.

In der „Bild am Sonntag" forderte Wischnewski die Bundesregierung auf, zur Warnung vor einer falschen Einschätzung dies den Bürgern klar zu sagen. Denn: „Am Charakter der Grenze ändert sich leider nichts."

Der Vorsitzende des innerdeutschen Bundestagsausschusses, Gerhard Reddemann (CDU), meinte gegenüber der WELT, was jetzt geschehe, sei zwar ein „Zeichen guten Willens", der „Mord wird abgebaut" – aber die Grenze nicht geöffnet. Der Obmann der SPD im Innerdeutschen Ausschuß, Hans Büchler, sprach davon, daß der SM-70-Abbau „lediglich Kosmetik" bleibe.

Anschlag auf Präsident Südkoreas

Chun Doo Hwan unverletzt / Vier Minister unter den Todesopfern in Rangun

AP, Rangun/Seoul

Der südkoreanische Präsident Chun Doo Hwan ist bei seinem Staatsbesuch in Birma am Sonntagmorgen nur knapp einem Bombenanschlag entgangen, bei dem nach amtlichen Angaben 19 Menschen, darunter vier südkoreanische Minister, ums Leben kamen. Die Bombe ging im Märtyrer-Mausoleum in der birmanischen Hauptstadt hoch, kurz bevor Chun dort zu einer Kranzniederlegung eintraf. In dem Mausoleum sind mehrere führende Politiker Birmas beigesetzt, die 1947 bei einem Attentat ermordet wurden.

Die Bombe explodierte gegen 10.55 Uhr Ortszeit (04.44 Uhr MEZ) im Inneren des Grabmals. Nach einem Bericht aus Rangun warteten dort neben südkoreanischen Regierungsvertretern auch rund hundert südkoreanische Sicherheitsbeamte auf die Ankunft des Präsidenten. Augenzeugen beobachteten, wie nach der Explosion, unter der noch in großer Entfernung Häuser erbebten, Menschen mit blutüberströmter Kleidung aus dem Mausoleum rannten.

Zum Zeitpunkt der Bombenexplosion befand sich die Wagenkolonne mit Chun und seiner Frau noch ungefähr fünf Fahrminuten von dem Mausoleum entfernt. In Seoul teilte Informationsminister Lee Jin Hie mit, daß Chun und die überlebenden Mitglieder seiner Delegation die am Samstag begonnene 18tägige Reise in sechs Länder abbrechen und nach Südkorea zurückkehren würden.

Lee bestätigte, daß 19 Menschen bei dem Anschlag umgekommen seien. Bei den vier südkoreanischen Kabinettsmitgliedern, die sich unter den Toten befinden, handele es sich um den stellvertretenden Ministerpräsidenten und Minister für Wirtschaftsplanung Suh Suk Joon, Außenminister Lee Bum-Suk, Handels- und Industrieminister Kim Dong Whie und den Chefsekretär des Präsidenten für Wirtschaftsfragen Kiem Jae Ik.

Ein südkoreanischer Rundfunksender machte nordkoreanische Agenten für den Anschlag verantwortlich. Das südkoreanische Kabinett trat zu einer Sondersitzung zusammen und versetzte Streitkräfte und Polizei in Alarmbereitschaft.

Die Reise nach Rangun war erst der vierte Auslandsaufenthalt Chuns als Präsident Südkoreas. Chun ist nach der Ermordung des früheren südkoreanischen Präsidenten Park Chung Hee im Jahre 1980 an die Macht gekommen.

Seite 2: Mord in Birma

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Mord in Birma

Von Manfred Neuber

Der Oktober zeichnet eine blutige Spur in der Geschichte Südkoreas: Vor vier Jahren wurde Staatschef Park von seinem eigenen Geheimdienst in Seoul ermordet; an diesem Sonntag sollte Präsident Chun auf der ersten Etappe seiner Asien-Reise in Birma umgebracht werden.

Der Tatort liegt im Halbdunkel eines xenophoben Regimes, und seine Hauptstadt Rangun ist vom globalen Netz der Nachrichtenagenturen abgekapselt. So stammen die ersten Meldungen über das Attentat, dem fünfzehn Menschen zum Opfer fielen, aus offiziellen Quellen Südkoreas.

Für das Massaker im „Mausoleum der Märtyrer" – welch makabrer Tatort! – hat ein südkoreanischer Sender sofort Agenten des kommunistischen Nordkorea verantwortlich gemacht. Hier mag das Feindbild den Ermittlungen vorauseilen, aber letztlich durch sie bestätigt werden.

Bei seinen Staatsbesuchen in Birma, Indien und Sri Lanka wollte Präsident Chun für die aufstrebende Wirtschaftsmacht Südkorea größeres außenpolitisches Renommée erlangen und den Störmanövern Nordkoreas gerade in diesen Ländern entgegenwirken, von denen die beiden letzteren viel Einfluß in der Blockfreien-Bewegung haben. Sollten die Mordpläne in Pjöngjang geschmiedet worden sein, ließen sie sich im sozialistischen Birma am leichtesten ins Werk setzen.

Südkoreas Streitkräfte sind in Alarmbereitschaft versetzt; auf der geteilten Halbinsel hat die Kriegsgefahr reale Züge. In Seoul empfindet man die Bedrohung aus dem Norden mit jeder Schießerei an der Grenze, jedem aufgebrachten Spionageschiff und jedem Bombenanschlag auf US-Einrichtungen im Süden. Der Kalte Krieg konnte hier nie wirklich abkühlen.

Mit Bestechung hat Nordkorea versucht, die Tagung der Interparlamentarischen Weltunion in Seoul zu verhindern. Wegen solcher Praktiken wurde sein Botschafter aus Finnland ausgewiesen. Der Anschlag in Rangun könnte auf den Besuch von US-Präsident Reagan im November in Südkorea gezielt sein.

Der Außenminister Seouls, der unter den Toten ist, hatte die Politik der Annäherung an die kommunistischen Staaten über den Abschuß des Verkehrsflugzeuges durch die Sowjets gerettet – mit Blick auf Olympia 1988. Nach dem brutalen Anschlag vom Sonntag, der Volk und Führung in Seoul enger aneinander bindet, steht eine Überprüfung an.

Börner in der Ecke

Von Joachim Neander

Wer am Wahlabend des 25. September wagte, das Siegerlächeln des hessischen Regierungschefs Holger Börner mit der unverschämten Frage zu stören, wie er denn wohl ohne Mehrheit regieren wolle, der erntete vor allem bei Börners Genossen strafende Blicke. Vierzehn Tage danach ist das Lächeln im Schwinden. Die Frage nicht; im Gegenteil.

Seit diesem Wochenende ist Börners eigene Partei hochoffiziell damit beschäftigt, ihrem geschäftsführenden Ministerpräsidenten den Rückzug aus der rot-grünen Ecke abzuschneiden, in die er sich – um grüne Wählerstimmen zu ergattern – vor der Wahl hineingewagt hatte. Seine Hoffnung, wenigstens vorübergehend mit einer Politik der wechselnden Mehrheiten über die Runden zu kommen, ist winzig klein geworden.

Die Strategen des linken Parteiflügels waren natürlich viel zu klug, um Börner direkt in ein Bündnis mit den Grünen hineinzuzwingen. Das ginge nicht. Aber der Partei-Tag von Hessen-Süd hat mit großer Mehrheit ein Papier verabschiedet, das den Regierungschef Punkt für Punkt auf eine Politik festnagelt, die – wenn überhaupt – nur mit den Grünen mehrheitsfähig ist.

Mehr noch, Börner wird aufgefordert, sofort jene drei der FDP angehörenden Staatssekretäre zu entlassen, die aus der sozial-liberalen Ära noch im Amt sind, und sie durch Sozialdemokraten zu ersetzen. Es bestehe der „Verdacht", so wurde das begründet, in den Ministerien solle „einfach sozial-liberale Politik fortgeschrieben werden". Letzten Zweiflern in der hessischen FDP sind nun die Augen geöffnet. In der Debatte um die Staatssekretäre wurde unterschiedslos das Wort „hinauswerfen" benutzt, als handele es sich um Schloßherren der guten alten Zeit im Umgang mit diebischen Dienstboten.

Nun ist Hessen-Süd (manche Delegierte schienen direkt beleidigt, daß ihnen in der Raketenfrage andere Regionen den Linksaußenrang geraubt haben) noch nicht Hessen. Und Börner, wie man ihn kennt, wird sich bis zum Landesparteitag am 5. November in seiner nordhessischen Heimat noch Bundesgenossen suchen. Aber die Bahn ist vorgezeichnet. Der Mann ist nicht zu beneiden.

Im Zweifel dunkle Gläser

Von Peter Gillies

Ehe ein Kaufmann öffentlich über seine Geschäfte jubelt, wird ein Löwe zum Vegetarier. Die Unfähigkeit, sich über wirtschaftliche Fortschritte zu freuen, ist aber auch in anderen Gruppen weit verbreitet. Der fast manische Zwang, sich düstersten Visionen hinzugeben, nimmt die Wirklichkeit nicht voll zur Kenntnis.

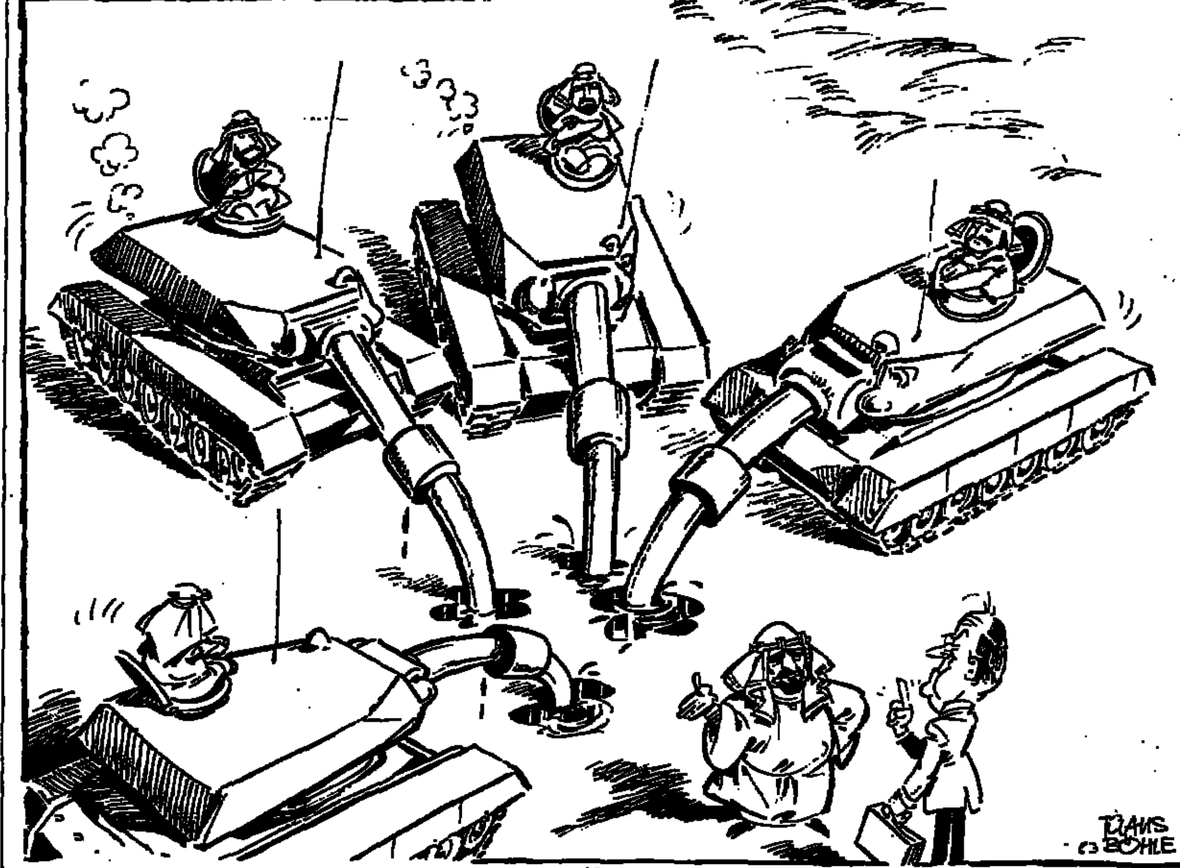
Die naiv-törichte Vorstellung, die Konjunktur reagiere auf Knopfdruck, hat wohl wenig Anhänger, wiewohl manche Sonntagsrede derartige Mechanismen immer noch unterstellt. Einen überschäumenden Boom sanft zu bremsen, ist bislang so wenig gelungen wie das elegante Doping in der Rezession.

Wer diese Erfahrungen nicht vergessen hat, darf sich eigentlich freuen über das Datenbild der augenblicklichen Konjunkturlage. Die Preissteigerungsrate hat sich leicht abgeschwächt und trägt wieder eine Zwei vor dem Komma. Die Industrieproduktion ist recht stabil, der Auftragseingang lebhaft. Nachdem überraschend die Binnennachfrage zur eigentlichen Konjunkturstütze der letzten Monate wurde, scheint jetzt auch das Auslandsgeschäft wieder anzuspringen.

Zudem häufen sich die Meldungen aus den verschiedensten Branchen, daß man die Talsohle hinter sich fühle und der Aufstieg beginne. Mit besonderer Genugtuung muß man die Entwicklung an den Finanzmärkten registrieren. Mit der Befestigung der Deutschen Mark geht eine deutliche Zinssenkung einher, die wohltuend auf Investitionslust und Verschuldungsprobleme wirkt.

Freilich wäre es einseitig, die Krisensymptome – internationale Verschuldung, finanzielle Risiken bei uns, Arbeitslosigkeit, Problembranchen – zu verschweigen. Es gibt sie. Aber es gibt auch verbesserte Voraussetzungen zu ihrer Beseitigung.

Wenn sich das Ausland auf die fundamentale Stärke der Deutschen Mark besinnt, spricht eigentlich nichts dagegen, daß sich auch die Deutschen selbst auf ihre Stärke besinnen. Dazu gehört die Einsicht, daß, wer die Arbeitsplätze vermehren will, keineswegs die Kosten steigern darf. Trotz Aufhellungen am Konjunkturhimmel – die stabile Schönwetterphase ist noch fern.



Mit den Rohren bohren wir nach Öl!

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Faszination der Gewalt

Von Peter R. Hofstätter

Den großen Aggressoren – Attila, den Mongolen, den Türken – wird nachgesagt, sie hätten ihren Heerscharen Spezialtrupps vorausgeschickt, die bei der Bevölkerung in den zur Eroberung vorgesehenen Landstrichen durch Greuelnachrichten Angst und Schrecken verbreiten sollten: Widerstand sei sinnlos, er würde mit völliger Vernichtung bestraft. Der Versuch, das taktische Ziel kampflos – sozusagen „friedlich" – zu erreichen, ist auf jeden Fall verlockend, und die Furcht des Gegners weiß man als einen wertvollen Bundesgenossen zu schätzen.

Deshalb sind die Einschüchterungsreden, mit denen ein Kämpfer sich selbst Mut macht und den Gegner verunsichert, keine bloße Kunstform des Epos. Sie gehören zur psychologischen Kriegführung aller Zeiten, die in den Flugblättern des Zweiten Weltkrieges fortlebte. Es gibt sie selbstverständlich auch heute.

Die östliche Führung ist dabei allerdings zweifach im Vorteil. Einerseits vermögen innenpolitische Widersacher nicht durch Pressekampagnen, gezielte Indiskretionen oder gar Sabotage-Akte ihr Konzept zu stören. Andererseits vermag sie selbst den Nachrichtenfluß von außen weitgehend unter Kontrolle zu halten. Dieses Handicap muß sich nicht zum Nachteil des Westens auswirken, solange bei den großen Parteien Einigkeit darüber besteht, daß die jeweilige Opposition in außenpolitischen Fragen ganz selbstverständlich gegenüber der Regierungspartei zur Loyalität verpflichtet ist.

Selbst, wenn die SPD nicht mit den außerparlamentarischen Kräften gemeinsame Sache machte, bliebe die Lage schwierig genug. Die östliche Seite kann nämlich ganz ungeniert mit Krieg und Massenvernichtung drohen, während sie ihre Eroberungswünsche durch die Doktrin legitimiert, daß jeder Krieg ein „gerechter Krieg" ist, der im Dienste der Weltrevolution geführt wird. Deshalb läßt man dort auch kaum eine Gelegenheit ungenutzt, das destruktive Potential aller Welt zu zeigen. Sogar von der bei uns geführten Nachrüstungsdebatte vermag der Kreml zu profitieren, weil wir in ihr immer wieder die Nachrangigkeit unserer eigenen Rüstung betonen, ja, beschwören müssen. Das führt unvermeidlich wieder zu Überlegungen über die Faszination der Gewalt und das, was sich aus ihr ergibt.

Der Effekt, der sich bereits da oder dort einstellt, war vorauszusehen auf Grund der erschütternden Berichte des Psychoanalytikers Bruno Bettelheim, dem in der Extremsituation des Konzentrationslagers „die Identifizierung mit dem Angreifer" bei einzelnen Häftlingen aufgefallen war. In seiner Arbeit von 1943 werden Gefangene geschildert, die von den Schergen nicht nur deren Redensarten, sondern auch die Bereitschaft zu Akten der körperlichen Aggression übernommen hatten. „Alte Gefangene, die sich, wenn sie ihre Mitgefangenen beaufsichtigen mußten, schlimmer aufführten als die SS, waren keine Seltenheit ... Die alten Gefangenen, die sich mit der SS identifizierten, taten dies nicht nur in bezug auf aggressives Verhalten. Sie versuchten auch, Teile von alten SS-Uniformen zu erwerben. War das nicht möglich, nähten und flickten sie ihre eigene Uniform so zurecht, daß diese den Uniformen der Wachen ähnelten."

Zum Vorschein kam hier ein „Abwehrmechanismus", den Anna Freud schon 1936 bei Kindern beobachtet hat: „Mit der Darstellung des Angreifers, der Übernahme seiner Attribute oder seiner Aggression, verwandelt das Kind sich gleichzeitig aus dem Bedrohten in den Bedroher ... Auch in zahlreichen Kinderspielen dient diese Verwandlung der eigenen Person in ein gefürchtetes Objekt der Verwandlung von Angst in lustbetonte Sicherheit."



Gepeinigte als Peiniger: Lager Auschwitz FOTO: DPA

Ein autobiographisches Beispiel bietet dafür Horst E. Richter, einer der Initiatoren der Unterwerfungsbewegung. Während der Afghanistan-Krise wurde er von Angstträumen geplagt, in denen ihm eindeutig die Russen als Bedroher erschienen. Als Psychoanalytiker verstand er aber, sich einzureden, daß er sich „in Wirklichkeit vor den durch die befreundeten Amerikaner (indirekt durch uns alle) produzierten Risiken nicht minder fürchtete". Damit aber war jene berüchtigte „Äquidistanz" zu Russen und Amerikanern hergestellt, die es dem Autor erlaubte, mit dem Satz fortzufahren: „Und nun konnte ich etwas gegen die Bedrohung tun."

Keineswegs natürlich gegen die russische Bedrohung. Die von Richter organisierten „friedenspolitischen Basisgruppen", bei denen „die Fähigkeit zum Ungehorsam ... das Wichtigste" ist, sollen sich bei uns als „Gegenmacht" durch „Kampagnen (und) Verweigerungsaktionen sichtbar machen und auch hier und da unmittelbar Sand in das Getriebe der Militarisierungsmaschine streuen" – in die der NATO selbstverständlich.

Genau an dieser Stelle beginnt die Identifikation mit dem Angreifer. Man agiert mit Blockaden und Sabotage gegen den eigenen Staat und riskiert damit nicht allzuviel. Die als „Feinde" betrachteten Ordnungsorgane der Bundesrepublik handeln nämlich nach Vorschriften, die sie selbst für Randalierer und Steinwerfer zu keiner übermäßigen Gefahr werden lassen. Hin und wieder ein bißchen Terrorismus will man zwar nicht empfehlen, aber man hat „Verständnis" dafür.

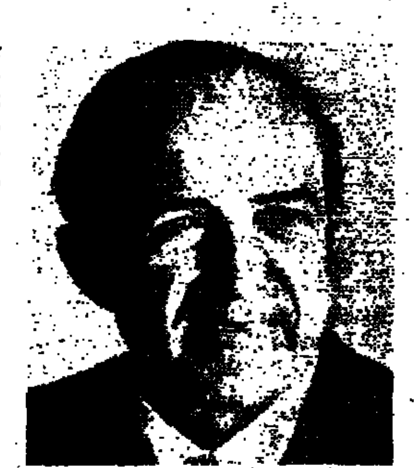
Wie schön: Nun kann man wirklich „etwas gegen die Bedrohung tun". Dazu bedient man sich des traurigsten Mittels, das innerlich gebrochenen KZ-Gefangenen noch zur Verfügung stand, als wäre das Ganze nur ein Kinderspiel, das die „Umwandlung von Angst in lustbetonte Sicherheit ermöglicht". Und da man das Ganze spielerisch betreibt, braucht man sich auch keine Gedanken darüber zu machen, was denn würde, wenn aus dem Spiel fürchterlicher Ernst würde. Was beispielsweise können die Afghanen gegen die Bedrohung tun? Ach, immer dieses Gerede von den Afghanen!

IM GESPRÄCH Jorge Illueca

Den Kasinowitz überstanden

Von Gitta Bauer

Noch vierundzwanzig Stunden vor seiner Wahl schworen UNO-Beamte, ein diplomatischer Fauxpas werde Panama das Amt des Präsidenten der 38. UNO-Vollversammlung kosten. Als eine Art Kasinowitz hatte Jorge Illueca, Vizepräsident seines Landes, in der hitzigen Falkland-Debatte des Sicherheitsrats 1982 dem „weiblichen Drüsensystem" von Frau Thatcher die Schuld an der Krise gegeben. Latinischer Machismo stößt zwar in der UNO durchaus auf Verständnis, nicht aber grobe Geschmacklosigkeit. So hatte die lateinamerikanisch-karibische Regionalgruppe sich nicht einstimmig auf einen Kandidaten einigen können.



Aufregungen der Falkland-Zeit: UNO-Präsident Illueca
FOTO: CAMERA PRESS

Dennoch schaffte es Illueca im ersten Wahlgang, seinen Rivalen von den Bahamas, den bei der UNO hochgeachteten Botschafter Dr. Davidson Hepburn – wenn auch knapp – niederzuzwingen. Für den 64jährigen Diplomaten sprach, daß die meisten lateinamerikanischen Staaten schon einmal den Vorsitz innehatten, daß Panama sozusagen an der Reihe war. Es spielt überdies eine einflußreiche Rolle in der sogenannten Contadora-Gruppe, deren fünf Staats- und Regierungschefs sich um eine Lösung des Konflikts zwischen Nicaragua einerseits und Honduras und Costa Rica andererseits bemühen.

Nicht, daß Illueca nicht eine blendende Karriere aufzuweisen hätte. Seine Universitäten haben Rang und Namen: Universität von Panama, juristische Fakultät von Harvard, Universität von Chicago. Der Jurist lehrte an seiner alten Alma mater in Panama City, er war Präsident der Anwaltsvereinigung seines Landes und leitete, zwischen diplomatischen Verwendungen, die Zeitung „El Panama America".

Der Weg in den auswärtigen Dienst begann 1964, als Illueca Sonderbotschafter seines Landes in Washington wurde, um einen neuen Panama-Kanal-Vertrag mit der US-Regierung auszuhandeln. Das gelang nicht im ersten Anflug, auch nicht im zweiten 1972. Dennoch hat der Völkerrechtler hohen Anteil an dem Vertragswerk, das unter Präsident Carter zum Abschluß reifte.

Damals war der Mann aus Panama schon ständiger Vertreter seines Landes bei den Vereinten Nationen. Von 1976 bis 1981 war seine hohe, schlanke Gestalt eine vertraute Figur in den Wandelhallen des Glaspalastes. Nach kurzem Dienst als Außenminister wurde Illueca stellvertretender Präsident Panamas. In dieser Eigenschaft kam er im April 1982 nach New York, um sein Land, das damals dem Sicherheitsrat angehörte, nach dem argentinischen Handstreich auf die Falklandinseln im Südatlantik zu vertreten. Die bittere Niederlage Argentiniens hatte starke Emotionen bei den lateinamerikanischen Ratsmitgliedern ausgelöst. Sie führte zu jener unvergessenen Taktlosigkeit gegen die britische Regierungschefin. Illueca betonte später, daß er, als glücklich verheirateter Ehemann und Vater von vier Kindern, „keine Respektlosigkeit" gemeint habe.

In seiner Antrittsrede verglich der neue Vollversammlungspräsident die gegenwärtige Situation mit 1914. „Der Fall des südkoreanischen Flugzeugs hatte Charakteristiken ähnlich denen der Episode in Sarajevo", sagte Illueca. „Sie provozierte einen Weltkrieg." Ihn beunruhigt die Tendenz der Supermächte, militärische Entscheidungen von örtlichen Kommandeuren treffen zu lassen, ohne daß sie die Autorisierung von militärischen und politischen Vorgesetzten in Washington oder in Moskau einholen müssen. Der Dialog müsse fortgesetzt werden.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Zum USA-Besuch von Carstens bemerkt das Blatt:

Wenn die Reise des Bundespräsidenten nun auch in ruhigere, eher touristische Bahnen übergehen wird, so steht doch schon jetzt fest: Einen besseren Botschafter hätte sich die Bundesrepublik nicht wünschen können. Karl Carstens hat dem landläufigen amerikanischen Bild von den Deutschen die Persönlichkeit eines noblen und dennoch humorvollen Europäers hinzugefügt ... Jene US-Reporter, die sich so ehrgeizig auf die Spuren von Chaoten in Krefeld und Berlin heften, hätten sich schon um der Wahrhaftigkeit willen mehr um die Dreihundert-Jahr-Feier kümmern müssen, denn sie brachte die Beweise der Normalität im beiderseitigen Verhältnis.

BERLINER MORGENPOST

Zur Bundespräsidenten-Nachfolge heißt es hier:

Der Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker hat wiederholt gesagt, das Amt des Bundespräsidenten sei das einzige, für das man sich nicht bewerben könne. Das ist richtig. Richtig ist aber auch, daß die Frage von Bewerbung oder Ruf mit einem Schlage gegenstandslos wäre, wenn Weizsäcker sagte, er wolle in Berlin bleiben. Das hat er bisher trotz mannigfacher und dringlicher Anfragen nicht getan. Es bleibt nur der Schluß übrig, daß es ihn in die Villa Hammerschmidt zieht. Er habe nie davon gesprochen, sagt Weizsäcker jetzt, daß er für „unabsehbare Zeit" in Berlin bleiben werde. Das ist richtig. Richtig ist aber auch, daß er im Januar 1981 erklärte: „Gehen Sie davon aus: andere als Berliner Aufgaben wird es in meinem politischen Leben nicht geben" ... Noch hat Bundeskanzler Kohl nicht entschieden. Doch er wird sich Weizsäcker nicht versagen, wenn dieser ernstlich von Berlin wegstrebt. Für Berlin zeichnet sich die schmerzliche Erkenntnis ab, daß es seinen nationalen Stellenwert wieder einmal überschätzt hat.

DIE PRESSE

Zum Problem der Arbeitslosigkeit als möglicher Folge der Abrüstung schreibt die Wiener Tageszeitung:

Die diabolische Warnung kommt aus Genf. Spezialisten der internationalen Arbeitsorganisation stellen einen Zusammenhang zwischen Rüstung und Vollbeschäftigung her: umfassende Abrüstung, so die ILO-Fachleute, könnte unvorhersehbare wirtschaftliche und soziale Konsequenzen nach sich ziehen ... Die Ironie freilich bleibt, daß die ILO-Experten in ihrer Prognose so unrecht gar nicht haben. Es wird sich zeigen, ob dem Appell an die Regierungen, ausgewogene Programme zur Umwandlung der Rüstungsindustrien in rüstungsfremde zu erarbeiten, eine wegweisende Alternative innewohnt.

Neue Ethik oder Den Kuchen haben, essen und verschenken

... und dabei von Auschwitz reden und nie daran denken / Von Enno v. Loewenstern

Wenn die Sowjets nicht in Genf einlenken, wird nachgerüstet – das hat die Bundesregierung noch zu Schmidts Zeiten beschlossen. Genügt das? Der Bundesverfassungsrichter Helmut Simon, Dr. theol. h. c. und engagiertes Mitglied der „Friedens"-Bewegung, hat sich über die Rechtslage zur Nachrüstung Gedanken gemacht. Er hat dabei folgende Fragen aufgeworfen:

„Darf denn stationiert werden, ohne daß darüber der Bundestag in einem öffentlichen Willensbildungsprozeß durch förmliches Gesetz beschließt?"

„Reicht das einfache Mehrheitsprinzip ... wirklich stets aus? ... In diesem Zusammenhang habe ich aus einer gewissen Verlegenheit eine konsultative Volksbefragung ... angeregt."

Schließlich fordert er, „den Gebrauch von Massenvernichtungsmitteln – ebenso wie früher einmal die Sklaverei – zum Gegengstand des Unabstimmbaren zu machen".

Dies alles wird geschickt als verschiedene Gesprächsgegenstände dargeboten. Für den Zuhörer aber muß der Eindruck entstehen, daß hier alternative Handreichungen entriert werden: Können wir die Nachrüstung im Bundestag zu Fall bringen, dann genügt das; andernfalls berufen wir uns auf die Bevölkerungsmehrheit; wenn diese aber auch für die Nachrüstung sein sollte – und das Wahlergebnis vom 6. März gibt ja den einseitigen Abrüstern wenig Hoffnung –, dann verschieben wir alles einfach ins Unabstimmbare. Da aber Simon schon festgelegt hat, daß wir in einer „Übergangszeit" leben, „in der sich Ethik und Recht nicht mehr voll decken", ist davon auszugehen, daß er bestimmt, was Ethik und mithin unabstimmbar ist. Wenn aus alledem der Eindruck entsteht, daß hier eine neue deutsche Rechtswissenschaft entwickelt wird, wie man seinen Kuchen zugleich haben, ihn essen und an Dritte verschenken kann, so liegt das vielleicht im Wesen der neuen deutschen Ethik.

Der Grundgedanke ist jedenfalls, daß eine Minderheit bestimmen will, was der Mehrheit zu frommen hat. Genau diese Erfahrung hat die Verfassungsväter nach 1945 eine neue Ordnung schaffen lassen, die diesmal ganz sicher eine Überwältigung der demokratischen Mehrheit durch radikale Minderheiten ausschließen sollte. Wenn es nach unserer Verfassung und nach jeder nur vorstellbaren Ethik ein Unabstimmbares gibt, dann dieses; niemand hat eifriger als die Verfassungsväter betont, daß die Demokratie alles in Frage stellen dürfe, nur nicht sich selber. Aber wer kann schon etwas gegen Gedankenspielereien haben, die den Spielen auf der Straße so geistvoll vorauseilen?

Dennoch mag dem Zuhörer auffallen, daß Simon, und zwar schon mehrfach, wenn er Beispiele für das Unabstimmbare nennt, gerade die Sklaverei hervorhebt. Sehen wir hier einmal davon ab, daß die Sklaverei keineswegs durch Unabstimmbarkeit abgeschafft wurde, sondern durch Entscheidungen des britischen und des amerikanischen Parlaments, und daß das Verbot der französischen Regierung von den Briten abgerungen werden mußte. Aber wir können nicht davon absehen, daß Simons Pläne ja nun gerade darauf hinausgehen, die Sklaverei wieder einzuführen.

Vielleicht denkt er nicht so weit, vielleicht ist es nur eine völlig unbewußte Regung, die ihn immer wieder gerade von der Sklaverei sprechen läßt. Aber was stünde diesem Volk denn wohl bevor, wenn es tatsächlich einseitig abrüstete – oder von seinen Ethik-Diktatoren einseitig abgerüstet würde – und die Sowjets daraufhin einmarschierten, wie sie es allemal taten, wenn sie keine Gefahr darin sahen: Polen, Finnland 1939, Estland, Lettland, Litauen 1940, CSSR 1968, Afghanistan 1979, um nur die bekanntesten zu nennen – ?

Simons Gesinnungsgenossin Dorothee Sölle hat, um ihre spezielle Ethik zu unterstreichen, wiederholt das Stichwort Auschwitz eingeführt: Nach Auschwitz könne man nicht mehr Gott loben; die Atomrüstung sei das globale Auschwitz. Man wird an das Adorno-Wort erinnert, daß es nach Auschwitz keine Gedichte mehr geben könne; inzwischen gibt es die kuriosesten Dichtungen für die betroffene Jugend bis hin zu: Ich will alles, und zwar sofort! Da wäre es schön, wenn es nach Auschwitz wenigstens keinen Mißbrauch mit der Erinnerung daran gäbe. Denn neben Auschwitz und nach Auschwitz gab und gibt es den GULag, gibt es die Abermillionen Ermordeten und Aberhunderte Millionen Versklavten des Sowjetregimes. Davor ist dieser Teil der Welt bisher durch seine Stärke bewahrt worden. Einwohner der Bundesrepublik können nicht in die Lubjanka verschleppt werden. Noch nicht. Man würde gern von den Theologen Simon und Sölle ein Wort dazu hören. Und auch zur Frage, ob das zur Abstimmung gestellt werden sollte.

Die Halden werfen Schatten auf den Kumpel

Heute wird in Bonn die Kohl-Runde tagen. Minister, Manager, Gewerkschafter stehen vor der Aufgabe, die Absatzkrise ohne allzu schmerzhafte Einschnitte für die Beschäftigten des Steinkohle-Bergbaus zu lösen. Kann der Staat helfen? Soll er es? Der Kumpel bangt um seine Arbeit.

Von WILM HERLYN



Der Kumpel hat Sorgen: Die Kohlehalden wachsen, weiteren Zechen droht das Ende. FOTO: SVEN SIMON

Seinen Nachnamen will er nicht nennen. „Das ist doch egal", brummelt er vor sich hin. „Sag Willi, das sagen ja doch alle." Und dann nimmt er einen tiefen Zug aus der Bierflasche.

Wir stehen im fahlen Licht der Neonröhren an der Bushaltestelle, wo die Kumpels abgeholt werden, um zu den Nachbarschächten von „Gneisenau" gefahren zu werden. „Mir ist es egal, was passiert. Ich bin bald 50 und komme in den Sozialplan. Naja – nach 34 Jahren unter Tage. Das habe *ich doch verdient, oder?" Willi* beschäftigt sich mit etwas Störendem in der Nase: „Und außerdem, ich muß sowieso bald nicht mehr runter. Der Arzt hat es verboten. Kein Heißbetrieb mehr." Was das ist? „Alles über 29 Grad – und das ist es unten immer."

Neben Willi nickt der Türke Achmed Dagli mit dem Kopf. Seit 14 Jahren ist er in Deutschland, seit 14 Jahren auf „Gneisenau" in Dortmund. *Ob er denn auch gehört habe,* daß die Zeche vielleicht dicht gemacht wird? „Schlimm", sagt Achmed, „schlimm für uns." Unterstützt wird er von Andreas Jung. 24 ist er und ohne Hoffnung. „Die Scheiß-Importkohle macht uns kaputt. 80 Mark ist die Tonne aus Amerika billiger." Und dann schimpft er: „Das ist doch Regierungssache. Anstatt denen drüben Milliarden zu geben, sollen sie lieber das Geld in den Bergbau stecken."

„Da gehen wir dann alle zu Stingl"

Und der, den alle Mike rufen, auch er erst gerade 25 Jahre alt, dreht sich um und grinst: „Da gehen wir dann alle zu Stingl." Es ist ein unfrohes Grinsen, fast schon so abgestumpft wie die Hoffnungslosigkeit von Willi und Andreas. Aber richtig lachen können sie auch, als sie mit dem vertrauten Du fragen: „Warum fährst du nicht mal bei uns ein?" Meine Antwort löst Heiterkeit aus: „Der Vorstandssprecher der Ruhrkohle AG in Essen meinte, es mache zuviel Unruhe, wenn Journalisten in die Grube fahren. Es werde sowieso schon viel zuviel über 'Gneisenau' geschrieben." „Unruhe", fragt da ungläubig der Willi, „ja, meinen die denn da, wir wüßten nicht Bescheid, wie es um unsere Zeche steht?" Und er zählt auf: „Das ist meine sechste Zeche, auf der ich arbeite. Fünf haben sie schon absaufen lassen. Ich weiß, was das für ein Gefühl ist."

Plötzlich sind sie alle ganz still, sagen nichts mehr. Eine bedrückende Stille. „Naja", brummt Willi, und noch einmal „naja". Das ist alles. In dem Moment – sagt er mir später – hat er an „seine" fünf Zechen gedacht, und daran, daß er sich mit seiner Staublunge – wie so viele Pensionäre hier – bald nur noch um seine Karnickel kümmern wird, neben den Tauben das wichtigste Haustier im Revier.

Seine Silikose wird die Statistik um einen Fall erhöhen: Mehr als *30 000 Fälle gibt es seit dem letzten* Krieg. Und das bedeutet, das fast jeder vierte Bergmann mehr oder weniger an dieser furchtbaren Krankheit leidet. Merkwürdig – die Betroffenen nehmen es am ruhigsten, als Selbstverständlichkeit, ja fast wie eine Auszeichnung.

Auch durch den Dortmunder Stadtteil Derne, der von „Gneisenau" und der Kohle lebt, gehen sie, die Frührentner, die „kaputtgeschrieben sind", wie das Attest des Arztes in der Reviersprache heißt. Sie haben Zeit, ziehen in eine der vielen „Klümkesbuden" und trinken Pils. „Klümkes" heißt Bonbons, die Buden, in denen sie verkauft werden, heißen offiziell „Trinkhallen". Sie führen fast alle Waren des täglichen Bedarfs und halten sich kaum an die gewerkschaftlich erzwungene Ladenschlußzeit. Wie denn auch? Wenn die Kumpels müde und durstig aus dem Schacht kommen, kann doch niemand auf den Gedanken kommen, um 18.30 Uhr zu schließen.

Die Schatten der Halden hinter der Bude werden länger. Damals, beim ersten Zechensterben, damals lagen mehr als 20 Millionen Tonnen Steinkohle „auf Halde". Aber damals schufteten noch 600 000 Kumpels unter Tage. Sie förderten 149,4 Millionen Tonnen Steinkohle. Das war 1957. Heute sind im Abbau nur noch 185 000 beschäftigt und sie förderten 1982 etwa 90 Millionen Tonnen – mit sinkender Tendenz. Denn trotz des Verstromungsvertrags will niemand *mehr heimische Kohle haben* – und so wachsen sie wieder, die schwarzen, ungeliebten Berge. Mehr als 30 Millionen Tonnen Kohle sind wieder aufgehaldet, dazu kommt noch die nationale Kohlereserve von zehn Millionen Tonnen. Das bindet Gelder in Höhe von knapp zehn Milliarden Mark.

Die Düsseldorfer SPD-Landesregierung befürchtet ein Abschmelzen der sogenannten Richtzahl 90/90 – diese Formel war vor drei Jahren gefunden worden: 90 Millionen Tonnen Kohle im Jahr 1990. Aber wer will die teure heimische Kohle schon haben? *Importkohle ist erheblich billiger* als die hochsubventionierten Bodenschätze aus dem Revier. So kostet eine Tonne US-Kohle 159 Mark frei Duisburg, die deutsche Ruhrkohle aber 234 Mark.

Und so wiederholt Andreas Jung eher gefühlsmäßig die Forderung von Wirtschaftsexperten der SPD-Bundestagsfraktion: „Weg mit der Importkohle." Die Experten errechneten, daß die Verringerung der Importkohlen-Kontingente um eine Million Tonne die Sicherung von 4000 Arbeitsplätzen und einen volkswirtschaftlichen Gewinn von 400 Millio*nen Mark bedeuten* würde.

Solche Rechnungen interessieren den Polen Georg Marschallek, seit vier Jahren im Pütt „Gneisenau", am wenigsten. Er versteht sie nicht und weiß nur, daß seine Tage hier wohl gezählt sind. Damit auch die Tage, an denen er gutes Geld für die schwere Hauertätigkeit vor Ort bekam. Man sieht es seinen Händen an, wie sie zupacken können im Streb. Er lächelt nur mitleidig über das Gerede des *hochmodernisierten Abbaus.* Körperlicher Einsatz da unten „ist immer noch verlangt". Für ihn ist gleich „Anfahrt" – nach der vertrauten Zeremonie in der Kaue: Das Schloß öffnen, um die Kette, an denen die Bergmannssachen hängen mitsamt den klobigen Stiefeln, herunterzulassen. Umziehen, die Plastikschützer für die Schienbeine nicht vergessen. Denn vor Ort ist's nicht nur heiß, auch eng. „Wie Fußballspieler", grinst Georg.

Im Schachtaufzug geht es 1000 Meter hinunter

Er stülpt sich den Plastikhelm über. Der ist gelb. Weiß ist den Steigern vorbehalten. Doch die erkennt man nicht nur an der Farbe. Sie sagen fast immer „Glück auf" – die anderen begnügen sich mit der Kurzform „auf". Marschallek kontrolliert die Grubenlampe, läßt sich mit dem quietschenden, nassen, rumpelnden Schachtaufzug unter Tage bringen – mehr als 1000 Meter tief.

Die fensterlose U-Bahn, die die Kumpels vor Ort bringt, dorthin, wo *der Schweiß in Strömen auf das glitzernde* Gestein fließt, ist nicht gepolstert. Der Zug ist ganz aus Eisen, er sieht roh aus. Und so fährt er auch die zwölf Kumpels durch die Kurven.

„Vor der Hacke ist es duster", heißt der alte Spruch der Bergleute. Da haben sie besonders recht, wenn die Preßlufthämmer belfern und der Staub auch den letzten Lichtschein der wie Glühwürmchen tanzenden Grubenlampen am Helm verschluckt. *Hacken* gibt's auch noch, neben aller Mechanik und Hydraulik, neben dem fast automatischen Schildvertrieb und dem surrenden Förderband.

Neulinge sind froh, wenn sie wieder oben angekommen sind, wenn sie das Gefühl verläßt, der ganze Berg laste auf ihnen allein. Selbst die Alten spüren das noch ab und zu. Unter den Duschen in den Kauen spülen sie die Angst fort wie den Kohlestaub, der in jeder *Pore sitzt.*

Heute ist da eine neue Angst. Angst um die Arbeitsplätze. Die kann man nicht mit dem heißen Sprühregen und der Seife wegwaschen.

Sprüche über Tage gibt es genug. Kernige, auch schon ein bißchen militante: „Noch haben wir es vermieden, die Hackenstiele aus den Magazinen zu holen, weil wir auf Argumente vertrauen" (Hilmar Krannich, *IGBE-Mitglied*). Oder *mahnende:* „Wenn die Führung steht, wackelt auch die Mannschaft nicht" („Gneisenau"-Betriebsrat Karl-Heinz Rauhut). Oder sein Kollege Horst Krischer: „Wenn die Kohle nicht die Vorrangstellung bekommt, ist der Bergbau tot."

Gerhard Püschel erinnert sich an die Demonstrationen mit den schwarzen Fahnen vor Jahren in Huckarde – 1967: „Wir sind damals so erfolgreich gewesen, weil wir demonstriert haben." Sprüche, die Mut machen, aber Sprüche eben.

Auf „Gneisenau" geht es um mehr als die 5800 Arbeitsplätze. An ihnen hängen sicher noch einmal 5000 Arbeitsplätze, denkt man an die Zulieferfirmen. Und wer wird dann schon beim Bäcker um die Ecke immer noch täglich Brötchen holen, die dann zu teuer sind? Oder zu Helmut Floer gehen, dem Wirt der Kneipe „Derner *Hof"? Dem bleiben jetzt* schon die Stammgäste aus. Und hart am Werkstor der „Astro-Spielsalon" mit seinen Automaten, die die Geldstücke der Kumpels locken, ist gähnend leer.

Sie wissen es alle, daß noch in diesem Jahr rund 6500 Bergleute ihren Job im Revier verlieren werden. Sie wollen – so sagt es der pragmatische Vorsitzende der IGBE, Adolf Schmidt – sogar 20 Feierschichten pro Jahr ertragen, *damit die Zechen* nicht dichtgemacht werden müssen und absaufen. Doch wird es nicht so ein Schrecken ohne Ende? Ein Konzept ist nicht in Sicht, sagen die Kumpels ohne Vertrauen mit Blick auf die Kohle-Runde in Bonn.

Das einzige, was ihnen bleibt, ist die Hoffnung auf Einsicht. Adolf Schmidt: „Was würde passieren, wenn in den vier deutschen Steinkohlerevieren – Westfalen, Ruhrgebiet, *Aachen,* Saar – *insgesamt* 185 000 Arbeitsplätze, darunter 17 000 Ausbildungsplätze, verschwänden? Darüber hinaus 200 000 Arbeitsplätze in den direkt oder indirekt vom Bergbau abhängigen Wirtschaftsbereichen, die dann hochgradig gefährdet sind?" An diese Zahlen klammern sich die Kumpels. Da muß Bonn doch ein Einsehen haben! „Muß es das?" fragt Willi.

Der Fehltritt oder Skandale stehen über den Parteien

Nicht jeder Skandal eines Politikers ist ein politischer Skandal. Bei den Briten weiß man dies, und die Opposition hütet sich, aus dem Fehltritt des Ministers Parkinson einen „Fall" zu machen. Hier und da fällt das Stichwort Profumo, doch die Unterschiede sind groß.

Von FRITZ WIRTH

Am Montagmorgen der letzten Woche ging bei der satirischen Zeitschrift „Private Eye" ein anonymer Brief ein, der eine Liebesaffäre des britischen Industrieministers Cecil Parkinson mit seiner Sekretärin enthüllte. Der Brief kam an die richtige Adresse. „Private Eye" ist ein Klatsch- und Skandalblatt, das Recherchen oft als störend empfindet, weil auf der Suche nach der Wahrheit und den Tatsachen zuweilen die schönsten Geschichten versanden. Es hat diesen Arbeitsstil mit einer Lawine von Prozessen bezahlt.

Diese Geschichte jedoch war wahr. Sie bedurfte keiner weiteren Nachforschungen mehr. Premierministerin Margaret Thatcher wußte von ihr seit Monaten, die meisten Kabinettskollegen waren schweigende und verständnisvolle Mitwisser, und selbst der „Daily Mirror", den man kaum einen Freund der Tories nennen kann, war mindestens seit zwei Monaten eingeweiht und schwieg.

Als die Nachricht jedoch bei „Private Eye" gelandet war, kamen Dynamik und fieberhafte Eile in diese Affäre. Parkinson ließ am Mittwoch zu später Stunde durch seinen Rechtsanwalt mitteilten, daß seine ehemalige Sekretärin Sara Keays im Januar ein Kind von ihm erwarte, daß er ursprünglich die Absicht gehabt habe, sie zu heiraten, nunmehr aber doch bei seiner Frau und seinen drei Kindern bleiben wolle, und selbstverständlich werde für Kind und Mutter finanziell gesorgt. Und noch kurz vor Mitternacht hakte Downingstreet mit der Versicherung nach, daß sich für Frau Thatcher nicht die Frage eines Rücktritts ihres Industrieministers stelle.

Soweit die Fakten. Der Fall hätte damit erledigt sein können. Derartige Geschichten geschehen in allen Ländern und allen Gesellschaftsschichten, und die Frage, ob Politiker, Minister oder gar Präsidenten immun zu sein haben gegen derartige Fährnisse im Amte ist schon lange vor John F. Kennedy eindeutig beantwortet worden.

Und denonoch deklinieren seit vier *Tagen Fleet Street und die britische* Öffentlichkeit süffisant diese Affäre durch, bemühen die Grammatik ihrer gewiß eindrucksvollen hohen Schule des Skandals und filtern aus diesem Fehltritt des Ministers Ihrer Majestät eine Serie staatstragender Fragen heraus.

Zum Beispiel: Was gilt in Zukunft noch das Wort des Ministers Parkinson, wenn er nicht einmal gegenüber seiner Geliebten zum versprochenen Wort *steht? Oder: Kann Frau Thatcher* einen solchen Mann im Kabinett dulden, nachdem sie in jüngster Vergangenheit so intensiv die „viktorianischen Werte" beschwor und die Familie zum Zentrum einer moralischen Erneuerung machte?

Sie hat keinen Zweifel gelassen: *Sie kann mit Cecil Parkinson weiter* im Kabinett zusammenleben, obwohl Parkinson selbst schon vor Monaten seinen Rücktritt angeboten hatte. Dennoch ist für Parkinson der Fall damit immer noch nicht erledigt: Er muß von Dienstag an auf dem Parteitag der Konservativen, auf dem er eigentlich als der Organisator und Architekt des letzten Wahlsieges gefeiert werden sollte, zum Spießrutenlaufen durchs Tory-Establishment antreten und auf die moralische Absolution der Delegierten hoffen, die voraussichtlich an der Phonstärke des Beifalls gemessen werden dürfte, der ihm in Blackpool entgegengebracht wird. *Die Konferenz* droht zum moralischen Gladiatorenfest zu gedeihen.

Das Mißverständnis im Umgang mit dieser Affäre: Dies ist der Skandal eines Politikers, aber er ist damit noch lange nicht ein politischer Skandal. Und niemand hat das deutlicher begriffen als die politischen Gegner Parkinsons, für die es ein leichtes wäre, an diesem Mann, der ja immerhin hauptverantwortlich für ihre qualvolle Wahl-Niederlage am *9.* Juni war, späte Rache zu nehmen. Statt dessen ist bis zur Stunde kein Wort der Häme oder gar moralinsaurer *Entrüstung aus dieser Ecke* zu vernehmen gewesen.



Cecil Parkinson: Moralische Absolution in Blackpool? FOTO: DPA

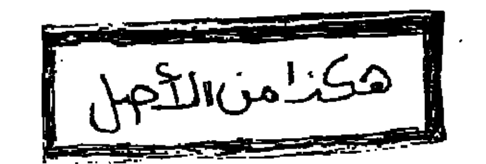
Aus gutem Grund, denn alle britischen Parteien haben in leidvoller Erfahrung begreifen lernen müssen, daß Skandale überparteiliche Phänomene sind und menschliche Fehltritte eines Politikers keine Munition mehr liefern zum ideologischen Blattschuß. Die Labour-Party beispielsweise hatte die Affäre ihres ehemaligen Postministers John Stonehouse zu überleben, der – schuldenbefrachtet – vor der Küste Floridas seinen eigenen Tod durch Ertrinken vortäuschte, Monate später in Australien aufgespürt wurde und dann seine Sekretärin heiratete. Und die *Liberalen schließlich hatten die Affäre* ihres Parteichefs Jeremy Thorpe zu bewältigen, der im „Old Bailey" immerhin die Anklage des versuchten Mordes zu entkräften hatte.

Die Briten wissen es nicht erst seit diesen Affären: Das Unterhaus ist eine hochrespektable politische, aber nicht unbedingt auch zugleich moralische Anstalt. Der Umgang mit der Politik ist in Großbritannien mehr als in anderen Ländern ein familien*feindliches Geschäft. Britische* Abgeordnete sind politische Nachtarbeiter. Der Streß in diesem Hause hat Hunderte von Politiker-Familien zerstört. Die Politik ist der Beruf mit der höchsten Scheidungsrate im Lande geworden. Und das sind nicht die Folgen neuzeitlicher Permissivness, wie gern oberflächlich behauptet wird, es geht weit zurück in viktorianische Zeiten, was im übrigen die Beschwörung viktorianischer Tugenden durch Frau Thatcher so problematisch macht. Diese Viktorianer waren keine besseren Menschen, sie hatten sich lediglich einen Moralkodex zugelegt, der sie nach außen hin zu „Saubermännern" machte und im übrigen der Heuchelei zu ungeahnter Blüte verhalf.

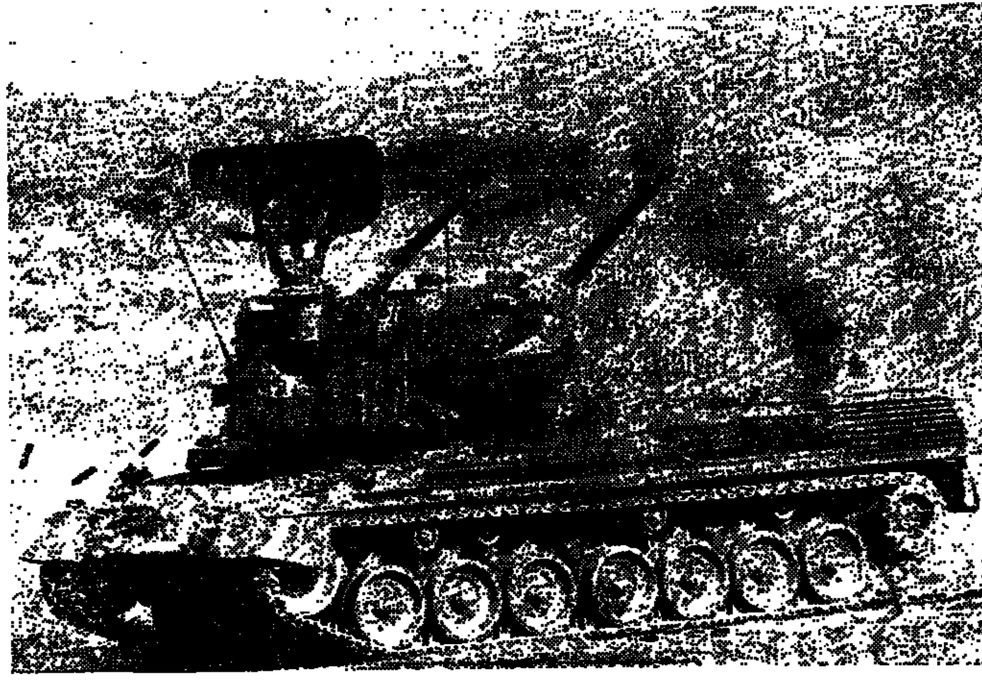
In dieser britischen Skandalchronik ist die Profumo-Affäre seit 20 Jahren zum Maß aller Dinge geworden. Und so war es denn zwar töricht, aber wohl unvermeidlich, daß sie aus dem Anlaß der Parkinson-Affäre wieder aufgetischt wurde, als jener Skandal, der der „Permissivness" in der Politik eine Nische öffnete. Profumo habe lediglich das Pech gehabt, seiner Zeit voraus gewesen und ein paar Jahre zu früh in Sünde gefallen zu sein. Seither könnten Politiker auf mildernde Umstände rechnen.

Wiederum falsch. Im Zentrum jenes Skandals stand nicht die Affäre *mit einem Callgirl,* sondern die Tatsache, daß er es als Kriegsminister mit einem sowjetischen Marine-Attaché teilte. Es war kein Sex-, es war ein Sicherheitsskandal. Er war unverzeihlich, und er wäre es gewiß im Jahre 1983 ebenso wie 1963.

Der Fall Parkinson dagegen ist eine durch und durch private Affäre. Parkinson wird sie allein bewältigen müssen. Entscheidungshilfen eines Premierministers und eines Parteitags sind nicht vonnöten. Anlaß zur Kritik geben bestenfalls einige Stilfragen im Umgang mit dem öffentlichen Eingeständnis dieser Affäre. So war es falsch, eine sehr alltägliche Sache monatelang wie ein Staatsgeheimnis zu behandeln. Die überstürzte Eile, mit der es schließlich enthüllt wurde, war panikhaft und unangemessen. Der kavaliershafte Hinweis in diesem öffentlichen Eingeständnis, daß „selbstverständlich für Mutter und Kind finanziell gesorgt" werde, war schließlich völlig überflüssig. Der konservative „Sunday Telegraph" bemängelte gestern indigniert, daß dies irgendwie nach „Herr und Magd-Verhältnis" aussah. Er gibt Anlaß, die noch existierenden viktorianischen Untugenden in diesem Lande zu beklagen, bevor die Renaissance viktorianischer Werte beschworen wird.



Kohl will Saudis statt des „Leopard 2“ den Flak-Panzer „Gepard“ anbieten / Wirtschaftsprojekte mit Ägypten



Schutz gegen Angriffe aus der Luft: „Gepard“

Der „Gepard“ fährt wie jeder andere Panzer auf zwei Laufketten. Dennoch ist er in seinen Aufgaben nicht mit einem Kampfpanzer zu vergleichen. Auf dem Fahrgestell des „Gepard“ – es ist das des „Leopard 1“ – ruht statt des Turms mit der Panzerkanone ein Aufbau, der eine Zwillingskanone des Kalibers 20 Millimeter trägt, dazu zwei Radargeräte: das eine ein Rundsuchgerät, das andere ein Zielverfolgungsradar. Unterstützt von einer hochkomplizierten Elektronik kann der „Gepard“ tieffliegende Flugzeuge bei jedem Wetter und bei Nacht bis zu einer Entfernung von 30 Kilometern auffassen, und wenn sie in die Reichweite seiner Kanonen (4000 Meter) kommen, auch bekämpfen. Die Ketten machen den Flakpanzer sehr beweglich.

FOTO: RUDI MEISEL / VISUM



Rückgrat der NATO-Verteidigung: „Leopard 2“

Der „Leopard 2“ gilt als der modernste Kampfpanzer der Gegenwart. Trotz aller hochentwickelten Raketentechnik zur Panzerabwehr ist er als Kampfpanzer immer noch das beste Mittel zum Kampf gegen feindliche Panzer. Der „Leopard 2“ wird in jedem Heer in der NATO, in dem er genutzt wird, als Rückgrat der Verteidigung gegen einen mit gepanzerten Kräften angreifenden Gegner angesehen. Die Hauptwaffe des „Leopard 2“ ist eine 120-Millimeter-Kanone, die dank der Infrarottechnik und einer computergesteuerten Feuerleitanlage auch beim Fahren gepanzerte Ziele bei schlechtem Wetter und in der Nacht mit hoher Wahrscheinlichkeit des Treffens schon beim ersten Schuß bekämpfen kann.

FOTO: KNIPPERTZ / WEREK

Auch Ägypten drängt Kanzler Kohl in die Rolle des Fürsprechers

MANFRED SCHELL, Kairo

Der Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in Ägypten hat mehr politische Substanz offenbart, als dies im Vorfeld der Kanzlerreise angesichts der problemlosen bilaterlalen Beziehungen zwischen beiden Ländern angenommen werden konnte. Naturgemäß stand auch in Kairo, wie zuvor in Jordanien, der Nahost-Konflikt im Mittelpunkt der vertraulichen Unterredungen, die Kohl mit Präsident Mubarak und Ministerpräsident Mohieddin im Kubbah-Palast führte. Aber es ging nicht nur um „hochpolitische“ Themen, sondern auch um handfeste deutsche Wirtschaftsinteressen: Lieferung von Airbus-Flugzeugen, Verkauf von zwei Kernkraftwerken, Errichtung einer Montageanlage des VW-Werks. Die Deutschen begegnen harter internationaler Konkurrenz. Die Entscheidungen in Kairo sollen im kommenden Frühjahr fallen. Der Bundeskanzler bemühte sich, die deutschen Optionen offenzuhalten; er verwies auf das politische Gewicht, das Bonn solchen Wirtschaftskooperationen beimesse. Vor diesem Hintergrund war es sicherlich nicht zufällig, daß die deutsche Delegation durch den parlamentarischen Staatssekretär im Ministerium für Entwicklungshilfe, Volkmar Köhler (CDU), an die bedeutenden finanziellen Hilfeleistungen Bonns für Ägypten in der Vergangenheit erinnerte und weitere Unterstützung auf „hohem Niveau“ in Aussicht stellte.

Was den Nahost-Konflikt betrifft, so hat Kohl jenseits aller freundschaftlichen Gesten auch in Kairo zu spüren bekommen, daß die gemäßigten arabischen Regierungen konkrete Erwartungen in ihn setzen. Der Bundeskanzler soll seine guten persönlichen Beziehungen zum amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan nutzen, um zu erreichen, daß die Großmacht USA Einfluß auf Israel in dem Sinne nehme, die Siedlungspolitik am Westufer des Jordans einzustellen. Außerdem, so lautet die zweite Forderung, solle sich Israel aus Libanon vollständig zurückziehen.

Die Ägypter wissen, daß Kohl in diesen zwei Fragen so ähnlich denkt wie sie; er hat das auch in dem festlich beleuchteten Garten vor dem Palast bei einem der offiziellen Diners zum Ausdruck gebracht: „Es erfüllt mich mit tiefer Sorge, daß der Friedensprozeß stagniert und daß sich immer wieder Hindernisse für den Frieden auftürmen. Dazu rechne ich die israelische Siedlungspolitik, dazu rechne ich mit gleicher Klarheit aber auch die Verweigerung der eindeutigen Anerkennung Israels.“

Die Äygypter möchten, und das haben sie intern auch zum Ausdruck gebracht, daß der Friedensprozeß auf arabischer Seite mehr Unterstützung findet, und sei es zunächst nur indirekt, indem zum Beispiel Saudi-Arabien seine Beziehungen zu Kairo nicht nur auf der Arbeitsebene, sondern in der gesamten politischen Bandbreite normalisiert. Kohl meinte, es sei ein Gebot der „politischen Vernunft“, den Rechten des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und dem Recht Israels, „in sicheren und anerkannten Grenzen zu leben“, Rechnung zu tragen. Dies müsse geschehen, „solange noch Zeit“ im Sinne des arabischen Sprichworts sei, es sei „besser, eine Kerze anzuzünden, als die Dunkelheit zu verfluchen“. Es müsse ein Ausweg aus dem „Teufelskreis von Gewalt und Gegengewalt“ gefunden werden.

Abzug der Israelis gefordert

Für viele Beobachter war es allerdings überraschend, daß Kohl sich in seiner Tischrede auch für den Abzug israelischer Truppen aus Libanon aussprach. Er tat dies indirekt: Es müsse, so sagte Kohl, ein freies, souveränes und territorial integeres Libanon hergestellt werden. Voraussetzung sei „eine nationale Versöhnung im Libanon, ein Ende der ausländischen Einmischung und der Abzug aller fremden Truppen, deren Präsenz nicht ausdrücklich von der libanesischen Regierung autorisiert ist“.

Präsident Mubarak, der vor Journalisten sagte, eine Lösung des Nahost-Konflikts sei ohne Hilfe der Europäischen Gemeinschaft und hier vor allem der Bundesrepublik Deutschland nicht möglich, erhob diese Forderung nach einem Abzug der Israelis ebenfalls. Es gehe darum, im Hinblick auf Libanon zu einem „rein innerarabischen Problem“ zu kommen. Damit stellt sich automatisch die Frage nach dem Verbleib der syrischen Streitkräfte.

Staatsminister Möllemann (FDP) vom Auswärtigen Amt meinte dazu, die Frage, wer in Libanon verbleiben solle oder nicht, müsse die libanesische Regierung entscheiden. Möllemann wollte sich allerdings nicht dazu äußern, ob die libanesische Regierung für eine solche Entscheidung überhaupt stark genug sei. Er gab aber eine indirekte Antwort, als er sagte, nach Einschätzung der Bundesregierung sei „ohne oder gegen“ Syrien eine sichere Friedenslösung „nicht machbar“. Möllemann sprach von einer „außerordentlich dünnen Bereitschaft“ Israels, Bewegung zu zeigen. Durch die anhaltende Siedlungspolitik auf der Westbank werde die „Substanz“ für Verhandlungen immer geringer.

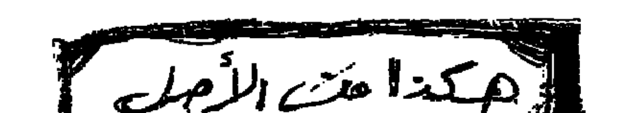
Israel begründete die Besetzung auf dem Westufer des Jordans mit der Gewährleistung der eigenen Sicherheit. In der Tat trennt nur dieser schmale Landstreifen jordanisches Gebiet vom Ölberg, den man bei gutem Wetter vom Ostufer des Jordans aus sehen kann. Auch in den arabischen Ländern hat Bundeskanzler Kohl – bei allen kritischen Anmerkungen zu bestimmten Einzelheiten im Verhalten der Israelis – bei keiner Gelegenheit versäumt, das Recht Israels auf sichere Grenzen hervorzuheben. Aus seinen Erklärungen könnte, nimmt man sie zusammen, ein Widerspruch herausgelesen werden.

Es war Möllemann, der die Erwartungen in eine deutsche Nahost-Initiative dämpfte. „Wir wollen uns keinen Bruch heben“, meinte der FDP-Politiker, dem man besondere Sympathien für die arabische Welt nachsagt. Die Araber neigten dazu, andere – in diesem Fall Europa – um so stärker zu Hilfe zu rufen, je stärker sie selbst zerstritten seien. Sie müßten sich zuerst untereinander verständigen. Ein arabischer Gipfel in Riad sei zwar in Aussicht genommen, aber noch nicht terminiert, wahrscheinlich deshalb nicht, weil man noch keinen „Minimalkonsens“ über die Haltung gegenüber Ägypten gefunden habe.

Zerreißprobe in der PLO

Sorge bereitet Präsident Mubarak und Bundeskanzler Kohl die Entwicklung in der PLO, die – so Möllemann – „keine Führungsstruktur mehr erkennen läßt“. Man müsse von einer Zerreißprobe innerhalb der Palästinenser-Orgnanisation sprechen. Wie immer man zur PLO stehe, es erweise sich im Zusammenhang mit den Friedensbemühungen als Nachteil, daß sie als Größe nicht mehr kalkulierbar sei. Die ägyptische Seite vertritt die Auffassung, die Palästinenser sollten selbst entscheiden, wer sie künftig repräsentiere. Aber ein anhaltender Zersplitterungsprozeß der PLO wirft auch für die Ägypter die Frage auf, wer diese Organisation als Gesprächspartner am Verhandlungstisch vertreten könne. Hierbei wird – wie man gegenüber Kohl zu erkennen gab – offenkundig an einen oder an mehrere Bürgermeister aus der Westbank-Region gedacht.

Bundeskanzler Kohl ist in Ägypten als Freund empfangen worden. Er hat dort in diesen wenigen Tagen die noch frischen Spuren seines Amtsvorgängers Helmut Schmidt gekreuzt, der kürzlich da war. Die Stunden zwischen den Konferenzen nutzte Kohl zu einer Besichtigung der Pyramiden von Gizeh. Nach dem offiziellen Programm in Kairo, auf dem Flug nach Dschidda, machte er eine Zwischenlandung in Luxor, wo er den Tempel von Karnak und die Königsgräber am Westufer des Nils besuchte, Kohls politische Standortbeschreibung und sein Bemühen um einen gerechten Ausgleich zwischen Arabern und Israelis haben bewirkt, daß die ägyptische Führung ihn als hochgeachteten Mann verabschiedet. Kohls wortreiche Sprache, die von den Orientalen geliebt wird, hatte zusätzliche Wirkung. Freundschaft, so sagte Kohl, müsse gepflegt werden. Präsident Mubarak stimmte ihm demonstrativ zu. Die Ägypter jedenfalls erwarten von ihrem Freund Helmut Kohl, daß er in Israel und in Washington in ihrem Interesse sprechen wird.



Bayern, Saarland, Hessen-Süd und drei NRW-Bezirke:

Die SPD-Wende zum absoluten Nein zur Raketen-Stationierung

lz/hy/DW. Bonn

Der Widerspruch zwischen der SPD-Parteiführung in Bonn und ihren Landesorganisationen hat sich weiter vergrößert. Die Landesverbände Bayern und Saarland haben am Wochenende auf ihren Parteitagen ebenso wie die SPD Westliches Westfalen, Ostwestfalen-Lippe, Niederrhein und die SPD Hessen Süd die Aufstellung von amerikanischen Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik kategorisch abgelehnt.

Hans-Jochen Vogel hatte vor einer Woche den Anti-Raketen-Leitantrag des bayerischen SPD-Landesvorstands noch gelobt, weil in diesem Papier das Nein zur Nachrüstung gekoppelt war mit dem Hinweis auf den bisherigen Verhandlungsstand in Genf, die SPD damit also eine politische Reaktionsfähigkeit auf einen etwaigen Kompromiß zwischen den Supermächten signalisierte. Als jedoch die 300 Delegierten des bayerischen Landesparteitags am Samstag im Kolpinghaus von Landshut zusammentrafen, fanden sie einen tags zuvor neu formulierten Leitantrag vor, in dem just dieser Satz fehlte. Dem Parteitag war's recht: Das absolute Stationierungs-Nein ohne Blick auf Genf fand bei 99 Prozent Zustimmung.

„Nie überzeugt . . ."

Vergeblich hatte Bayerns SPD-Vorsitzender Helmut Rothemund die Genossen beschworen, die Partei müsse, falls demnächst Genfer Ergebnisse vorlägen, fähig sein, darüber ernsthaft nachzudenken. Der dünne Beifall stand in deutlichem Kontrast zum kräftigen Applaus, den sein Nachredner Joachim Schmolcke vom linken Parteiflügel für die Bemerkung kassierte: „Unser Nein darf nicht ein vorläufiges Nein sein."

Nach dem Beifall zu schließen sprach Schmolcke auch der überwiegenden Mehrheit aus dem Herzen, als er das Berliner SPD-Ja zum Doppelbeschluß nicht als sicherheitspolitische Überlegung, sondern als parteitaktisches Manöver darstellte. „Die Partei", meinte der Landtagsabgeordnete, „hat nie überzeugt zum Doppelbeschluß ja gesagt, sondern sie hat nur den damaligen Kanzler nicht stürzen wollen."

In dieser Stimmung, die ein Delegierter in dem Satz treffend zusammenfaßte: „Worauf warten wir noch, egal, was in Genf herauskommt, können wir heute schon nein sagen ohne Wenn und Aber", verhallten die Mahnungen des Bonner SPD-Fraktionsvize Horst Ehmke ungehört, es müsse der Eindruck vermieden werden, die SPD sei nicht mehr an Genfer Verhandlungen interessiert. Und kaum einer mochte Bundesgeschäftsführer Peter Glotz Glauben schenken, in Genf könne in letzter Minute noch ein Ergebnis erzielt werden. Auch Neu-Genosse Günter Verheugen blieb mit seiner Logik auf der Strekke, man könne nicht erst als SPD in der Regierungsverantwortung Verhandlungen fordern und dann diese während ihres Verlaufs durch ein Stationierungs-Nein ignorieren.

In erstaunlicher Kürze hat am Wochenende der mit 135 000 Mitgliedern bundesweit stärkste SPD-Bezirk Westliches Westfalen eine Kehrtwende vollzogen: Nur 25 Minuten brauchten die 295 Delegierten in der Wittener Stadthalle, um über die Nachrüstung zu diskutieren, abzustimmen und das Ergebnis eines Parteitages vor eineinhalb Jahren auf den Kopf zu stellen. Nur vier Gegenstimmen und sieben Enthaltungen gab es für die Formulierung des Leitantrages, in dem die Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses abgelehnt wird. Diese Ablehnung, der Antrag ist für den Sonderparteitag der SPD am 19. November in Köln bestimmt, gilt auch für Zwischenlösungen, die die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen zum Inhalt haben.

Während der Kanzlerschaft von Helmut Schmidt war es gerade dieser Bezirk gewesen, der die Verteidigungspolitik Schmidts nachhaltig unterstützte und damit die Weichen stellte für die Parteitagsbeschlüsse im Dezember 1979 in Berlin, aber auch für den aufschiebenden Beschluß des Parteitages in München vor eineinhalb Jahren.

„Lieber noch verhandeln"

Jetzt machte als Hauptredner der SPD-Bundesvorsitzende Willy Brandt deutlich, daß für die Sozialdemokraten die Devise gelte: „Lieber nachverhandeln als nachrüsten." Er gab den Delegierten zu verstehen, daß sie zwar frei stimmen sollten, die eigentliche Entscheidung falle aber erst auf dem Sonderparteitag in Köln. Dabei klang durch, daß Brandt vor den Genfer Verhandlungen nichts mehr erwarte.

Immerhin 30 Nein-Stimmen dokumentierten beim Sonderparteitag der SPD Hessen Süd in Friedberg Widerstand gegen den lapidaren Text des Vorstands-Leitantrages: „Die SPD lehnt die Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missiles auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland ab." Vergeblich kämpften vor allem auch die Bundestagsabgeordneten, mit besonderem Einsatz Karsten Voigt, um eine Zusatzformulierung, die einen wenigstens formelhaften Bezug zum Stand der Genfer Verhandlungen hergestellt hätte.

Ebenfalls hat sich die saarländische SPD am Wochenende auf einem Landesparteitag in Völklingen mit großer Mehrheit gegen eine NATO-Nachrüstung ausgesprochen.

Union will mehr über „Frieden" informieren

CH. GRAF SCHWERIN, Wolfsburg

Vor Illusionen in den Fragen der Friedenserhaltung und der Abrüstung hat der Vorsitzende der niedersächsischen CDU, Wilfried Hasselmann, auf einem sicherheitspolitischen Kongreß seiner Partei in Wolfsburg gewarnt. Die bisherigen Informationen über eine mögliche notwendige Nachrüstung bezeichnete der CDU-Politiker vor den 500 Delegierten der Tagung als ungenügend. Die Friedenskongresse der Union sollen helfen, dieses Informationsdefizit zu beseitigen. Gerade Mitglieder der Jungen Union machten der Parteiführung den Vorwurf, sie in der Friedensdiskussion im Stiche gelassen zu haben. Sie kapsele sich in den eigenen Reihen ein und suche nicht die Auseinandersetzung mit der Friedensbewegung.

Der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion, Volker Rühe, bestätigte, daß zwar die CDU geschlossen hinter der politischen Entscheidung der Regierung stehe, daß aber in der Partei Ängste vorhanden seien. Der parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Peter-Kurt Würzbach, wies darauf hin, daß die Berechenbarkeit der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung die größte Sicherheit gewähre. Über diese Zusammenhänge müsse auch in den Schulen informiert werden.

Während der Podiumsdiskussion am Nachmittag wurde aus den Reihen der Delegierten vor allem die Haltung jener Theologen kritisiert, die von der Kanzel aus den Friedensbegriff zu einer Propagandaformel degradiert hätten. Der Münchner Professor für Politikwissenschaften, Manfred Hättich, warnte außerdem vor der verharmlosenden Konfliktbewältigung der irrationalen „Privattheologie" von Franz Alt, dessen Thesen, so sagte ein Vertreter der Jungen Union, bei vielen jungen Christen „wie eine Droge" gewirkt hätten.

Wörner warnt vor einer „Demokratie von unten"

Bahr nennt Strategie der flexiblen Reaktion überholt

RÜDIGER MONIAC, Loccum

Es ist noch Übereinstimmung zwischen Egon Bahr und Manfred Wörner zu registrieren, die beide in Loccum an der Evangelischen Akademie feststellten, auf die NATO könne nicht verzichtet werden. Das Gegenteil suggerierte der Titel einer Tagung, die dort unter dem Thema „Die NATO am Scheideweg" ablief. Der Verteidigungsminister meinte, dies treffe nicht zu. Vielmehr sei die NATO auch künftig der Schlüssel für die Erhaltung von Frieden und Freiheit.

Auch Egon Bahr, der wie so häufig als „der" Abrüstungsfachmann der SPD apostrophiert wurde, vertrat in Loccum, was er auch anderswo immer wieder sagt. Sicherheit für uns sei „nicht außerhalb oder ohne NATO zu haben". Sogar bei einem Zweitgedanken ähnelten sich Wörner und Bahr noch sehr. Beide meinten mit Blick auf die Sowjetunion, der Westen müsse ihr verwehren, ihre Ideologie mit Hilfe von Gewalt auszubreiten.

Etwas herbeigeredet

An dieser Stelle allerdings brach dann der gemeinsame Weg ab. Während Wörner sich rückhaltlos aus politischen Gründen wie aber auch unter Hinweis auf eine moralisch gerechtfertigte Position zur Beibehaltung der NATO-Strategie der Abschreckung unter Einschluß von Atomwaffen bekannte und sagte, damit sie glaubwürdig bleibe, müßten die Militärmittel für sie weiterentwickelt werden, bezeichnete Bahr die Strategie der flexiblen Reaktion als überholt. Überraschend und für die Mehrzahl der Fachleute unbegreiflich ging Bahr so weit zu sagen bzw. zu behaupten, die NATO-Strategie sei ein „Instrument zur Begrenzung des Krieges auf Europa". Auch könne er eine derartige Strategie dann nicht vertreten, wenn sie von der Mehrheit der Bevölkerung nicht akzeptiert werde.

Offenbar spürte Wörner, daß Bahr mit solchen Äußerungen etwas herbeiredete, um es dann unter Hinweis auf die Bevölkerung beiseite legen zu können. Nur so wurde verständlich, warum der Verteidigungsminister entgegnete, die Bevölkerung billige die gültige Strategie, sie müsse ihr nur auf verständliche Weise plausibel gemacht werden. Nachdrücklich warnte Wörner vor „plebiszitären Vorstellungen", wie sie unter dem Motto „Demokratie von unten" und „Volksbefragung gegen die Raketen" heutzutage propagiert werden. Die Richtigkeit und die Angemessenheit einer Strategie könne man nicht von der Meinung des Volkes abhängig machen.

Deutliche Äußerungen

Offenkundig wurde in Loccum, daß gerade darauf die bei der Tagung anwesenden Vertreter aus dem Lager der „Friedensbewegung" setzen. In einer Deutlichkeit, wie das vorher kaum je gesagt worden war, äußerte sich dazu der Niederländer Laurens Hogebrink vom Interkirchlichen Friedensrat in Den Haag. Er sagte, er und seine Freunde hülfen die Legitimationskrise schüren, in die die NATO mit ihrem Abschreckungssystem gegenüber der eigenen Bevölkerung geraten sei. Die „Friedensbewegung" habe nur ein Problem dabei. Sie habe keine Zeit, während sie sich auf die Zerstörung der gültigen NATO-Strategie konzentriere, neue und alternative Konzepte zu entwickeln.

Daß solche „Gegenkräfte" gegen die Regierungen ernst zu nehmen sind, verdeutlichte der Hinweis des Niederländers, schon in Kürze solle in London eine Koordinierungskonferenz der „Friedensbewegung" stattfinden. Auf dieser wollen Vertreter aus allen Staaten des Atlantischen Bündnisses ihre Tätigkeit „nach der Nachrüstung" abstimmen.

Hügel-Nachfolge: Genscher und Saar-FDP einig

dpa, Saarbrücken/Bonn

Die Suche nach einem neuen Wirtschaftsminister in dem seit 1917 von einer CDU/FDP-Koalition regierten Saarland ist offenbar beendet: Der stellvertretende Vorsitzende der Freien Demokraten im Saarland, das 56 Jahre alte Vorstandsmitglied der Vereinigten Saar Elektrizitäts-AG Walter Henn, soll Nachfolger des am vergangenen Dienstag auf Drängen der eigenen Fraktion zurückgetretenen Wirtschaftsministers Edwin Hügel (FDP) werden. Darauf einigten sich der FDP-Bundesvorsitzende Hans-Dietrich Genscher sowie Vorstand und Fraktion der saarländischen FDP am Wochenende am Rande der Tagung des Bundeshauptausschusses der Liberalen in Hambach bei Neustadt/Weinstraße.

Zweiter Prozeß über Ermordung Hans-Martin Schleyers

rtr. Düsseldorf

Vor dem 5. Strafsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf beginnt morgen der Prozeß gegen die beiden mutmaßlichen RAF-Terroristen Rolf Klemens Wagner und Adelheid Schulz. Der Generalbundesanwalt beschuldigt die beiden Angeklagten, an der Entführung und Ermordung des früheren Arbeitgeberpräsidenten Hans-Martin Schleyer im Jahre 1977 beteiligt gewesen zu sein. Adelheid Schulz wird zusätzlich vorgeworfen, an der Ermordung des Frankfurter Bankiers Jürgen Ponto am 30. Juli 1977 mitgewirkt zu haben. Im Dezember 1981 war das Mitglied der „Rote Armee Fraktion", Stephan Wisniewski, wegen Beteiligung an der Ermordung Schleyers zu lebenslanger Haft verurteilt worden.

In Friedberg standen Börner und seine Politik auf dem Prüfstand

Nea. Friedberg

60 Delegierte waren zum Sonderparteitag der SPD Hessen Süd gar nicht erst erschienen. Zu selbstverständlich schien in diesem traditionell linken Bezirk das „Nein ohne Wenn und Aber" zur Nachrüstung. Aber die 60 versäumten etwas anderes – einen erbittert aufbrechenden Streit um die Politik, die Holger Börner und seine SPD-Regierung nach der Hessenwahl betreiben sollen.

Die Landespolitik stand in Friedberg gar nicht auf der Tagesordnung. Aber mit drei brisanten Initiativanträgen verwandelten die Linken diesen „Raketenparteitag" doch noch in ein Forum über Börner und seine Politik. In der Debatte wurde jeder auch nur entfernte Gedanke an eine punktuelle Zusammenarbeit mit CDU und FDP von vornherein zerstört.

Keiner der drei Anträge enthielt die Forderung nach einer Koalition mit den Grünen. „Es wäre das Falscheste, jetzt zu sagen, mit wem wir koalieren wollen", formulierte Staatssekretär Jörg Jordan, einer der linken Vordenker der südhessischen SPD. „Notwendig ist vielmehr, unsere eigene Politik zu profilieren."

Der später mit großer Mehrheit (gegen 26 Stimmen) verabschiedete Antrag 1 enthält zwar die Forderung, mit allen drei anderen Landtagsfraktionen über diese Politik zu verhandeln. Aber der 22 Punkte umfassende Katalog der Einzelforderungen erlaubt keinen Zweifel. „Wir wissen natürlich, daß 19 mit CDU und FDP nicht zu machen sind", triumphierte ein Redner.

Einiges konnte vor der Abstimmung noch „geglättet" werden. So wurde eine Formulierung gestrichen, die den Ministerpräsidenten zwingen sollte, den Landeshaushalt 1984 vor der Verabschiedung einem Sonderparteitag der hessischen SPD zur Abstimmung vorzulegen. Dem Einzelpunkt „Rehabilitierung aller vom Berufsverbot Betroffenen" wurde mit dem Zusatz „im Sinne der Parteitagsbeschlüsse von Hessen Süd" so etwas wie Kontinuität verliehen. Und der Forderungskatalog erhielt mit einem vorangestellten „Unter anderem" noch ein wenig Spielraum in der Hand von Regierung und Fraktion.

Vergeblich warnte Umweltminister Karl Schneider, der mit erstaunlicher Entschiedenheit gegen diese frühzeitige Festlegung kämpfte, vor der Forderung nach „Beseitigung aller Atomminen und taktischen Atomwaffen in Hessen", da dies überhaupt nicht in der Zuständigkeit der Landesregierung liege. Vergeblich blieb auch der Versuch, die im Antrag 3 formulierte Forderung zu vermeiden, die drei noch aus der sozial-liberalen Ära im Amt verbliebenen FDP-Staatssekretäre Kirst (Wirtschaft), Dockhorn (Innen) und Branss (Umwelt) sofort zu entlassen. Börner hatte dies nicht nur aus politischen Gründen, sondern auch aus ganz praktischen Erwägungen (zwei der drei stehen Ministerien vor, die keinen eigenen Minister haben) bisher vermieden und wollte mit der Neubesetzung warten, bis seine Regierung wieder eine ordentliche parlamentarische Mehrheit besitzt.

Knapp scheiterte ein Antrag, der den hessischen Kultusminister Krollmann veranlassen sollte, allen Schülern zur Teilnahme an Friedensdemonstrationen schulfrei zu geben. Die Stimmung in der kontroversen Debatte schlug um, als ein Vertretrer des linken Flügels dies auch noch für alle Lehrer verlangte. „Die haben sowieso schon zuviel frei", wurde ihm entgegengehalten. Gestrichen wurde aus einem Antrag schließlich auch die Forderung, die SPD solle einen Rechtshilfefonds für Mitglieder bilden, die wegen ihrer Teilnahme an Aktionen gegen die Nachrüstung „von Kriminalisierung und Zerstörung ihrer materiellen Existenz bedroht sind".

Die Wunschliste von Koschnick sorgte bei den Bremer Genossen für Ärger

W. WESSENDORF, Bremen

Der neue Bremer Senat steht. Der SPD-Landesparteitag hat am Wochenende die Wunschliste von Bürgermeister Hans Koschnick gebilligt. Allerdings gab es dabei, wie erwartet, Krach. So entschieden die Delegierten, daß die Leitung der Senatskommission für das Personalwesen (SKP), die über 30 000 staatliche Arbeitnehmer vertritt, nicht, wie vorgesehen, dem künftigen Senator für Arbeit zugeschlagen wird, sondern beim Innenressort bleibt, und außerdem brachten die Bremerhavener nicht ihren zweiten Mann in die Landesregierung.

Die neue Senatsriege soll am 10. November vereidigt werden. Die SPD-Fraktion, die nach der Bürgerschaftswahl vor 14 Tagen über 58 von 100 Sitzen im Landesparlament verfügt, wird das Votum des Landesparteitages annehmen. Unangefochten steht danach weiterhin Hans Koschnick als Präsident an der Spitze des Senats. Im Amt bleiben auch Moritz Thape (Finanzen), Oswald Brinkmann (Häfen, Schiffahrt und Verkehr) und Bernd Meyer (Bauwesen). Veränderte Aufgaben übernehmen die bisherigen Senatoren Horst-Werner Franke (zusätzlich das Ressort Bildung zu Wissenschaft und Kunst), Henning Scherf (Jugend und Soziales, um Arbeit gerupft), Wolfgang Kahrs (neben Justiz amtiert er als Senator für Bundesangelegenheiten) und Herbert Brückner (Gesundheit, der Umweltschutz abgeben muß, dafür aber Sport bekommt).

Um die Neuen gab es viel Wirbel. So hat Wirtschaftssenator Werner Lenz (bisher Bremerhavens Oberbürgermeister) nicht nur Freunde in seiner Partei. Hede Lütjen, die einzige Frau im Senat, darf Brückners Lieblingskind Umweltschutz verwalten, und Claus Grobecker wird Arbeitssenator. Dafür behält der neue Chef im Innenressort, Volker Kröning, alle bisherigen Kompetenzen.

Koschnick selbst konnte nicht in den Verlauf des Landesparteitages eingreifen. Er liegt seit Mitte der vergangenen Woche mit einem Kreislaufkollaps im Krankenhaus und gab seine Vorstellungen u. a. zur Sparpolitik schriftlich ab. Koschnick will eine schmerzhafte Sparpolitik für das Land Bremen künftig verfolgen und schlägt u. a. Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst vor.

Als sich die Entscheidung über den künftigen Chef der SKP abzeichnete, gingen weder der SPD-Fraktionsvorsitzende Klaus Wedemeier noch der Landesvorsitzende Konrad Kunick ans Mikrophon. Allerdings kann der neue Senat diese Entscheidung noch kippen, denn er ordnet seine Geschäfte selbst. Doch vorerst ist die Vorstellung Koschnicks geplatzt, die öffentlichen Bediensteten und die immensen Probleme Bremens im privaten Bereich der Arbeit in Hände zu geben, die eng mit den Gewerkschaften verbunden sind – in die Hände Claus Grobeckers.

Besonders geknickt war das Geburtstagskind Herbert Brückner (45). „Nur mit großen Schmerzen gebe ich den Bereich Umweltschutz ab", sagte der Senator zur WELT. Koschnicks Trick, das bisherige Ressort Gesundheit und Umweltschutz zu teilen, kann zum Bumerang werden. Zwar hält er damit sein Wahlversprechen ein, eine Frau in den Senat zu holen, doch andererseits verprellt er ein Mitglied seiner Landesregierung, das bundesweit erfolgreich war. Herbert Brückners Erfolge wurden auch von politischen Gegnern anerkannt.

Doch auf Koschnick kommen noch weitere Probleme zu. Die Bremerhavener fühlen sich vernachlässigt. Sie brachten ihren zweiten Mann nicht in den Senat. Eine der wichtigsten Positionen in der neuen Landesregierung wird dennoch ein Sozialdemokrat aus Bremerhaven einnehmen: Oberbürgermeister Werner Lenz. In der eigenen Partei umstritten, erhielt er wider Erwarten 126 von 176 gültigen Delegiertenstimmen. Sein Vorgänger im Wirtschaftsressort, Karl Willms, deutete an, den freiwerdenden Posten des Bremerhavener Oberbürgermeisters einnehmen zu wollen. Er sagte auf dem Parteitag: „Es ist ungewöhnlich, Rückblick zu halten, aber das Doppelressort Wirtschaft und Arbeit, das ich vier Jahre lang leitete, war eine Höllenfahrt."

Arafat bereitet sich zum „letzten Gefecht“ vor

Greifen Syrer an? / Neuer PLO-Chef im Gespräch

PETER M. RANKE, Beirut

Erdwälle und Sandsack-Barrikaden durchziehen die beiden armseligen Flüchtlingslager Baddawi und Nahr-el-Bared in Nordlibanon. Bulldozer heben in der Nähe Schützengräben aus. Der Berg Turbol vor Baddawi und seine mit Olivenbäumen bewachsenen Hänge sind mit Stellungen und Unterständen befestigt. In den Lagern sind sogar leichte *Flak-Batterien aufgefahren.*

In Nordlibanon bereitet sich PLO-Chef Yassir Arafat mit den letzten zwei- bis viertausend Getreuen zum „letzten Gefecht“ vor. Seine Hauptstützpunkte sind die beiden Lager *und das nordlibanesische Tripoli,* wo die Arafat-Leute von der antisyrischen „Islamischen Vereinigung“ unterstützt werden, einer Gruppe der Moslembrüder. Wie schon in Amman und Beirut hat Arafat dichtbevölkerte Städte oder Lager mit Zehntausenden von unbeteiligten Zivilisten als Kampfstätte ausgewählt.

Hinhaltende Taktik

Diese Tatsache wird die syrische Armee nicht stören. Doch hat Damaskus am Wochenende beteuert, es sei kein Angriff auf die Palästinenser geplant, und Arafat sage wie immer die Unwahrheit. Die syrische Taktik ist tatsächlich eher hinhaltend und abwartend, obwohl die Armee nach PLO-Angaben rund zwölftausend Mann mit etwa hundert Panzern, zwei Artillerie-Brigaden und Kommando-Truppen gegen die Lager und Tripoli einsetzen kann. Die syrischen Stellungen befinden *sich nur zwei* Kilometer oder nur wenige hundert Meter von den Palästinensern entfernt.

Arafat ist von einem syrischen Angriff in den nächsten Tagen überzeugt, vor Journalisten sagte er: „Es ist mein fester Wille, meine Leute und meine Revolution zu verteidigen.“ Er habe deshalb Asyl-Angebote aus Kairo und des saudischen Königs Fahd abgelehnt. Arafat: „Die Syrer unternehmen nichts gegen die amerikanische Flotte vor Beirut, aber gegen mich massieren sie ihre Truppen.“

Die letzten Arafat-Anhänger haben die libanesische Bekaa-Ebene verlassen, auch Baalbek geräumt und sind nach Tripoli gezogen. Die Büros der Fatah in Damaskus wurden alle von den Syrern geschlossen, Dutzende von Arafat-Anhängern verhaftet. In Baalbek gingen über 400 Mann zu den Fatah-Rebellen unter „Oberst“ Abu Mussa und Abu Saleh über, unter ihnen die Einheiten „El Jalil“, „Chatila“ und „Khalidoun“ sowie das ganze Flüchtlingslager Wavell.

Abu Mussa stellte fest, rund 80 Prozent der PLO-Kämpfer seien jetzt auf seiner Seite. Etwa 2000 wurden bereits an der Seite der Drusen-Miliz Dschumblatts im Schuf gegen die libanesische Armee eingesetzt. Weiterer Nachschub für die Fatah-Rebellen kommt über Damaskus aus Jemen, Tunesien und Algerien, wo die voriges Jahr aus Beirut evakuierten Palästinenser ihre Lager verlassen. Israelische Schnellboote haben etwa fünfzig von ihnen vor kurzem auf einem Frachter vor Tripoli abgefangen.

20 000 Flüchtlinge

Arafat kann heute schon nicht mehr die Mehrheit der PLO-Kämpfer befehligen, sein politischer Einfluß ist praktisch Null. Die Syrer hoffen zweifellos, daß disese Isolierung noch zunimmt. Als neuer PLO-Chef *gilt der jetzige Präsident des Natio*nalrates (Parlament), Khaled el Fahoum, während Abu Saleh die Fatah-Organisation übernehmen soll. Alle Verständigungsbemühungen Arafats beim syrischen Präsidenten Assad blieben bisher erfolglos.

Trotz des Waffenstillstandes in Libanon setzen die Milizen der Drusen die Vertreibung der christlichen Bevölkerung aus dem Schuf-Gebirge fort. Allein in Sidon hinter den israelischen Linien haben 20 000 Flüchtlinge und Vertriebene Zuflucht gefunden, unter ihnen auch Schiiten aus Südbeirut. Sie sind in Schulen und Privathäusern untergebracht, internationale Organisationen helfen so gut sie können. (SAD)

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Reagan verschafft Marcos eine Denkpause

Geht Manila auf Angebot zu nationaler Aussöhnung ein? / Opposition erwägt Boykott der nächsten Wahlen

MANFRED NEUBER, Manila

Auf den Philippinen kann die politische Sturmwarnung für die nächste Zeit aufgehoben werden. Zwar hat sich die Empörung über den Mord an Oppositionsführer Benigno Aquino noch nicht gelegt, aber sie läßt sich nicht mehr durch anti-amerikanische Gefühle hochpeitschen.

Die Absage des Reagan-Besuches, der für November geplant war, bewirkt eine Beruhigung in Manila. Wie das Weiße Haus dabei negative Folgen für das Verhältnis zu den Philippinen und für die US-Stützpunkte in seiner früheren Kolonie vermied, zeugt von diplomatischem Geschick.

Präsident Ferdinand Marcos sollte jetzt auf seine „Politik der harten Hand“ verzichten und den von der Opposition angebotenen „Dialog zur nationalen Versöhnung“ aufnehmen, meinen diplomatische Beobachter in Manila. In einer Lockerung des Marcos-Regimes sieht der Primas der Philippinen den einzigen Ausweg vor einer Revolution.

„Marcos fürchtet keine Krise; er wächst mit jeder Herausforderung“, hieß es in Manila. Gilt diese Einschätzung noch, seit Fragezeichen hinsichtlich seiner Gesundheit und seiner Durchsetzungskraft gegenüber heimlichen Mitregenten im Malacañang-Palast aufgetaucht sind? Seriöse Beobachter bezweifeln heute, ob der Präsident weiß, wie es nach 18 Jahren autoritärer Herrschaft um das Land steht.

Durch Enthüllungen über die Umstände des Aquino-Attentates und durch Widersprüche im Verhalten der Regierung gegenüber der Protestbewegung ist der Eindruck entstanden, als habe schon der Machtkampf um die Führung nach Marcos begonnen. Dabei erscheint Generalstabschef Fabian Ver, ein Vetter des Präsidenten, immer mehr im Zwielicht.

„Einige Minister fragen sich, warum der Präsident eigenmächtige Entscheidungen eines Militärs nachträglich gutheißt. Was soll aus der zivilen Autorität im Staate werden?“ verlautete aus eingeweihten Kreisen. Ein renommierter Unternehmer sprach den Vertrauensverlust Marcos' an: „*Niemand glaubt ihm mehr,* nicht einmal seine Gefolgsleute.“

Die Amtszeit des Präsidenten läuft bis zum Jahre 1987. Für den Mai nächsten Jahres sind Parlamentswahlen auf den Philippinen angesetzt. Die demokratische Opposition ist sich noch nicht schlüssig, ob sie die Wahlen boykottieren wird, weil nach ihrer Meinung keine freie Entscheidung gewährleistet ist. Ein manipulierter Ausgang könnte einen gewaltsamen *Aufstand gegen das Mar*cos-Regime auslösen.

Westliche Diplomaten beobachten mit Befremden, wie Marcos die Warnungen der katholischen Kirche und die gutgemeinten Ratschläge der Geschäftsleute ignoriert. „Wir wollen ihm doch helfen“, sagte der Präsident von Filipinas Shell, und ein anderer Konzernchef forderte aus Sorge um die Stabilität der Wirtschaft „einen offenen Dialog und Zugeständnisse der Regierung“.

Mit 18 Milliarden US-Dollar Auslandsschulden sind die Philippinen der am höchsten verschuldete Staat in Asien. Das Haushaltsdefizit und die Lücke in der Zahlungsbilanz *dürften in diesem Jahre eine* Rekordhöhe erreichen, wenn die Auflagen des Weltwährungsfonds für eine Sparpolitik nicht eingehalten werden. Durch die anhaltende Kapitalflucht verschlechtert sich die Finanzlage der Philippinen.

In dieser prekären Situation versucht ein Mann, das leckgeschlagene Staatsschiff flottzuhalten: Ministerpräsident und Finanzminister Cesar Virata. Er gilt als Außenseiter zwischen den *Cliquen in Manila,* wird als durch und durch integer gelobt, und er genießt großes Vertrauen der heimischen Unternehmer wie ausländischer Investoren und Banken. Mit Zentralbank-Präsident Jaime Laya verhandelte er gerade mit dem IWF in Washington über eine Umschuldung.

Mit nicht zu übertreffender Borniertheit, so das Urteil eines westlichen Finanzexperten, wird dieser international anerkannte Fachmann, auf dessen Namen sein Land noch Kredit hat, von der Präsidenten-Frau Imelda Marcos ständig angegriffen – offenbar weil er ihre Verschwendungssucht eindämmen will. Oppositionelle Unternehmer machen Virata *jetzt zum Vorwurf,* daß er *nicht* auf seinem Rücktritt besteht, den er schon einige Male eingereicht hat.

Sowjets in Kabul zur Desertion aufgefordert

PETER MICHALSKI, London

Sowjetische Soldaten in der Umgebung der afghanischen Hauptstadt Kabul können westliche Rundfunksendungen empfangen, in denen sie zum Niederlegen der Waffen und zur Desertion aufgefordert werden. Die Operation „Radio freies Kabul“ wird von dem aus der Sowjetunion ausgebürgerten Menschenrechtler Wladimir Bukowskij (40), dem konservativen Abgeordneten Winston Churchill (42), einem Enkel des britischen Kriegspremiers, und einem Komitee in Paris organisiert. Umgerechnet 200 000 Mark wurden für die Finanzierung aufgewendet.

Wie Churchill gegenüber dem Springer-Auslandsdienst in London erklärte, operiert „Radio freies Kabul“ innerhalb *Afghanistans* mit elf tragbaren UKW-Sendegeräten. Einige davon befinden sich weniger als 70 Kilometer von der afghanischen Hauptstadt entfernt. Die Sendegeräte werden unter größter Lebensgefahr *von afghanischen* Widerstandskämpfern betrieben.

Die auf Tonbandkassette gesprochenen Sendungen in den Landessprachen Paschtu und Dari rufen die Zivilbevölkerung zum Widerstand auf; die Sendungen in russischer Sprache sind an die Besatzungstruppen gerichtet. „Bukowskij und andere machen den sowjetischen Wehrpflichtigen klar, *daß sie in dem Land* nichts verloren haben“, sagte Churchill. „Sie werden darüber informiert, daß ihnen die sowjetische Führung eine Menge Lügen aufgetischt hat. Moskau redet der sowjetischen Bevölkerung nämlich ein, die Soldaten der Roten Armee würden nach Afghanistan geschickt, um dort Chinesen und Amerikaner zu bekämpfen. Die Wahrheit ist, daß sie gegen das afghanische Volk kämpfen.“

In dem Gespräch übte Churchill scharfe Kritik am Internationalen Komitee des Roten Kreuzes: „Entgegen den *Zusagen seines Vorsitzenden* weigert sich das Komitee nach wie vor, die sowjetischen Afghanistan-Kriegsgefangenen in der Schweiz auf ihr Recht aufmerksam zu machen, die Rückführung in ihre Heimat abzulehnen.“ Neben dem Schicksal der Kriegsgefangenen in der Schweiz setzt sich die Churchill-Bukowskij-Gruppe zur Zeit für „rund 20“ Kriegsgefangene in Afghanistan ein, die nicht in die Sowjetunion zurückkehren wollen. (SAD)

„Linzer Plattform spart Protest gegen SS 20 aus“

RAYMUND HÖRHAGER, Wien

Ähnlich wie in der Bundesrepublik und in anderen westeuropäischen Ländern wird es im neutralen Österreich in der zweiten Oktoberhälfte Friedensmärsche und Kundgebungen geben. Dabei sind die Akzente, die hier gesetzt werden, sehr verschieden. Im Gegensatz zu den geplanten Friedenskundgebungen der Jugend der Volkspartei und der katholischen Jugend der Erzdiözsese Wien wird es am 22. Oktober, wie die Vorbereitungen erkennen lassen, bei dem großen Friedensmarsch mit anschließender Kundgebung vor dem Rathaus in Wien an Gleichgewichtigkeit fehlen.

Das Grundsatzpapier der aus verschiedenen Lagern kommenden Veranstalter, die „Linzer Plattform“, bezieht sich vor allem auf die NATO – während über die sowjetischen SS-*20-Raketen* geschwiegen wird. *Auch* sonst läßt der Text den Schluß zu, daß sich die Vertreter der mehr oder weniger mit den Kommunisten sympathisierenden Friedensinitiativen, mit Unterstützung der Jusos, der Ge*werkschaftsjugend und eines* Teils der Bundesführung der Katholischen Jugend durchzusetzen vermochten.

Die Jugend der bürgerlichen Volkspartei hat deshalb ihre ursprünglich vorgesehene Teilnahme an der Wiener Friedensdemonstration abgesagt. Den Ausschlag dazu gab der Beschluß des „Friedensplenums“: Nicht der Chef der ÖVP-Jugend, der Abgeordnete Karas wurde auf die Rednerliste gesetzt, sondern ein ZK-Mitglied der Kommunistischen Partei. Unter den sieben vorgesehenen Rednern, unter ihnen Vertreter der Jusos und des linken Flügels der katholischen Jugend, ist auch die Leiterin des zeitgeschichtlichen Instituts der Universität Wien, Erika Weinzierl, eine engagierte Linkskatholikin, die zugleich aber Mitglied der ÖVP ist. Die Historikerin beabsichtigt in ihrer Ansprache auf den Abschuß der südkoreanischen Verkehrsmaschine durch die Sowjets einzugehen. Ein Mitglied der Moskauer Botschaft versuchte kürzlich, sie für die Argumente seiner Regierung zu gewinnen – allerdings *erfolglos.*

Durch eine „Aufklärungskampagne“ hoffen die Veranstalter auch Spitzenpolitiker der Regierung zu einer Teilnahme an der Wiener Demonstration zu bewegen. Reaktionen von Ministern waren bisher zurückhaltend. So erklärte Unterrichtsminister Helmut Zilk, daß er einer Friedenskundgebung nur dann beiwohnen könne, wenn sie nicht „eingleisig“ sei. Er hat jedoch in einem Erlaß Schuldirektoren und Lehrern nahegelegt, auf Ersuchen Schüler vom Unterricht am Demonstrationstag zu befreien.

Eine viel stärkere Resonanz als der Friedensappell der Initiatoren für den Wiener Friedensmarsch findet der der Bischöfe. Er wendet sich nämlich an beide Supermächte, wenn darin gefordert wird, in Ost und West auf alle Mittelstreckenraketen – seien sie geplant oder bereits stationiert – zu verzichten. Es sei offenkundig, daß gerade diese Raketen zur Verschärfung und Verunsicherung der Lage beitragen, hieß es in dem Aufruf.

Jugendbischof Kapellari übte an der „unheiligen Allianz“ gewisser Funktionäre der Bundesführung der Katholischen Jugend mit papstfeindlichen Jusos und Kommunisten scharfe Kritik. Wer den Papst verhöhne wie bei der „Alternativ-Kundgebung“ während des Papstbesuchs in Österreich, sei für gemeinsame Friedensaktivitäten nicht akzeptabel.

Diese mahnenden Worte haben die Bundessekretärin der Katholischen Jugend, Elisabeth Aichberger (24) jedoch nicht beeindruckt. „Daß bei der Demonstration vom 22. Oktober auch ein Kommunist reden wird, ist egal“, sagte sie der „Wochenpresse“. Dieser Standpunkt wird nicht nur von der Katholischen Jugend der Diözese Wien, sondern auch der KJ-Gruppen anderer Diözesen abgelehnt. Jedenfalls ist ein beträchtlicher Teil der 90 000 Mitglieder des losen Dachver*bandes der Katholischen Jugend, in* der die einzelnen Organisationen vollkommene Handlungsfreiheit haben, gegen einseitige mehr dem sowjetischen Standpunkt als dem amerikanischen Rechnung tragende Frie*densaktivitäten.*

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,80 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Öfter mal Luther lesen

„Pankraz, F. Nietzsche und die Lutherfeiern"; WELT vom 26. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

Pankraz scheint bei seiner Unterstützung Nietzsches gegen Luther „reduziert auf den rationalen Kern" versäumt zu haben, sich mit Luther zu beschäftigen. Seine Kritik mag gegenüber vielen Protestanten berechtigt sein; gegenüber Luther ist sie unberechtigt.

Luther ist, anders als viele Anhänger Zwinglis und Calvins, kein Bilderstürmer gewesen. Er hat keinen Grund gesehen, goldene Altäre zu beseitigen. Er hätte nicht einmal die Hierarchie der Kirche, der er bis zu seiner Bannung durch den Papst angehörte, angegriffen, wenn er nicht aus der Reaktion dieser Hierarchie auf berechtigte Kritik geschlossen hätte, daß Rom diesseitige Vorteile wichtiger seien als die Verkündigung des Evangeliums und der Seelenfriede der Gläubigen.

Wer Luther liest, kann nicht der Meinung sein, Luther habe alles zur Disposition stellen und der Beliebigkeit der mit den jeweiligen Geistesströmungen wechselnden herrschenden oder individuellen Auffassungen überlassen wollen. Er fragt in allem nach dem Wort seines Herrn Jesus Christus, verweist in jeder Argumentation auf dessen Lehre und kritisiert nur Erscheinungen, die weder gut scheinen noch aus der Schrift (Evangelium) begründet werden können. Wer hierbei die Orientierung verliert, hat es versäumt, auf Christus selbst zu hören, der in der Tat bis heute von vielen Christen mehr im Sakrament als Opferlamm oder auch als Weltenherrscher verehrt und „aufgenommen" wird, als daß er angehört wird. Luther war sich stets dessen bewußt, daß die Gläubigen der Anleitung bedürfen, und hat Katechismus und Postillen und Kirchenlieder geschrieben.

Entsprechend trifft auch das Argument der Kirchenspaltung nicht zu. Die römische Kirche ist mit Zutun Luthers, aber ohne sein Verschulden, gespalten worden, verharrt also gerade nicht als unangefochtener Monolith. Sie ist selbst das Ergebnis einer Spaltung (in römische und griechische Kirche). Unter den „tausend" protestantischen Sekten ist nicht eine einzige lutherische. Daß es mehrere lutherische Kirchen gibt, beruht auf der Tatsache ihrer Anlehnung an politische Einteilungen (Landeskirchen) und ist keine Spaltung. Die einzige Spaltung des Luthertums (in Landeskirchliche und Altlutheraner) beruht auf der dogmatisch bedenklichen Union mit Reformierten in mehreren Landeskirchen. Die kritisierten Entwicklungen gehen auf Einflüsse der Reformierten zurück.

Möge im Lutherjahr Luther nun endlich gelesen werden! Die von ihm wider Willen gegründete Kirche hat es verdient, daß ihre Pfarrer sich mehr als bisher mit ihm beschäftigen.

Mit freundlichen Grüßen
Ulrich Frhr. von Heyl,
Lampertheim 1

*

„Pankraz, F. Nietzsche und die Lutherfeiern"; WELT vom 26. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

sicher ist es richtig, daß die katholische Kirche mit den feierlichen Riten und den ehrwürdigen Symbolen ein festgefügtes Gebäude ist, in der die Lehre bewahrt bleibt – Tu es Petrus ...

Ebenso richtig ist es, daß durch die Reformation der Glaube von des Gedankens Blässe angekränkelt ist; die kostbare geistige Freiheit des Protestantismus ist verspielt worden, und die Totengräber kommen aus den eigenen Reihen.

Aber Luther! Nietzsches Ablehnung kommt aus dem ästhetischen Kulturchristentum des 19. Jahrhunderts. Sie übersieht die Mißstände in der katholischen Kirche, die nicht nur Luther zu Reformen bewegt hat. Sie übersieht ferner, daß Luthers geistige Erneuerung des Christentums zu einer innerkatholischen Reform geführt hat, die bis heute anhält, ja, sich vertieft hat.

Was schließlich den Vorwurf betrifft, Luther habe die Renaissance zerstört, so muß gesagt werden, daß Martin Luther die Renaissance vollendet hat. Er hat den Christen aus der Knechtschaft des Aberglaubens und aus der Hörigkeit der Kirche gegenüber herausgeführt, er hat den inneren Menschen, das christliche Gewissen, befreit und uns den Weg geebnet, mündige Christen zu werden. Daß viele mit dieser Mündigkeit nichts anzufangen wissen oder anfangen wollen, ist nicht seine Schuld.

Was Nietzsche betrifft, so haben witzige Konviktler in Tübingen einmal an die Tafel geschrieben: Gott ist tot! (Nietzsche), Nietzsche ist tot! (Gott). Für Luther aber gilt, wen der Geist treibt, die sind Gottes Kinder.

Frau Prof. Dr. F. Leyh,
Lübeck

*

„Pankraz, F. Nietzsche und die Lutherfeiern"; WELT vom 26. September

Was da Pankraz mit seinen kritischen Gedanken zu Luther unternommen hat, ist kaum annehmbar und nur schwer erträglich.

Friedrich Nietzsche als Kronzeuge gegen Luther – welch makabre Verkehrung! Friedrich Nietzsche war mit dem Glauben seines Vaterhauses (evangelisches Pfarrhaus!) nicht klargekommen, mit seiner Vision des Übermenschen legte er eine gefährliche Saat, eine innere Unruhe und eine religiöse Sehnsucht haben ihn nicht verlassen. Man denke nur an das Gedicht „Die Krähen schrein ..." mit dem ergreifenden Schluß „Weh dem, der keine Heimat hat!" Nein, F. Nietzsche ist wirklich kein geeigneter Kronzeuge.

Und was soll der Einwand gegen die Grunderkenntnis Luthers, daß der Glaubende in der Freiheit eines Christenmenschen sich einzig und total an das persönliche Verhältnis zu Gott, das durch den Glauben an das Evangelium ermöglicht wird, gewiesen weiß und darin auch keines besonderen Mittlertums bedarf? Einst sagte Wilhelm I.: „Der evangelische Glaube, den ich ... bekenne, gestattet mir nicht, in dem Verhältnis zu Gott einen anderen Vermittler als unseren Herrn Jesum Christum anzunehmen."

Nein, es ist nicht gut, in dieser Weise „in die große Luthersuppe noch eine Prise Salz hineinzuschmeißen". Es wäre besser, dem Reformator mehr Ehre zu erweisen. Auch trotz Pankraz ist und bleibt Martin Luther einer der ganz Großen der Christenheit wie auch unseres Volkes.

Rudolf Kleinert,
Helmstedt

Wort des Tages

„In Wirklichkeit ist vielleicht keine unserer natürlichen Leidenschaften so schwer zu überwinden wie der Stolz. Verhülle ihn, kämpfe mit ihm, schlage ihn nieder, ersticke ihn, demütige ihn soviel du willst, er ist immer tätig und wird immer versuchen, hier und da hervorzutreten und sich fühlbar zu machen."

Benjamin Franklin, amerik. Politiker, Schriftsteller und Erfinder (1706–1790)

Rentenpoker

„Lambsdorff: Korrektur der Rentenformel"; WELT vom 22. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wird schon wieder an der Rentenformel manipuliert? Sind die Renten jetzt völlig dem staatlichen Pokerspiel ausgeliefert? Neueste Hiobsbotschaften verkünden es: CDU/CSU und FDP wollen nach 1990 den demographischen Korrekturfaktor in die Rentenformel einbauen.

Da in Zukunft mehr Rentner von den Beitragszahlern (Arbeitnehmern) finanziert werden müssen, verschlechtert sich das Verhältnis von auszuzahlenden Renten und eingehenden Rentenbeiträgen. Das ist ein Tatbestand. Aber ist es gerecht, daß ein künftiger Rentner weniger Rente (im Verhältnis zu seinen Rentenbeiträgen) bekommen wird als ein Rentner heute? Nein! Deshalb muß schon heute für die schlechtere Finanzsituation der Rentenversicherung in der Zukunft angespart werden.

Die heute jährliche Umverteilung (Beiträge in Renten), scheinheilig und verlogen als Generationenvertrag deklariert, ist ungerecht und sozialwidrig. Diese Umverteilungsmasche wurde notwendig nach den großen von Staat und Wirtschaft verschuldeten Inflationen, als die angesparten Rentenbeiträge den Rentenversicherungen verlorengingen. Muß das jedoch ein Dauerzustand bleiben? Keineswegs!

Die finanzielle Selbstverwaltung der Rentenversicherungen muß endlich verstärkt und der manipulierende Eingriff des Staates drastisch verringert werden. Dann werden wahltaktische Rentengeschenke (z. B. an freiwillig Versicherte, Bauern etc.) nicht mehr möglich sein. Wer bezahlt schließlich diese Wahlgeschenke? Der Arbeiter und Angestellte. Ihnen wird vorenthalten, was andere in versicherungswidriger Weise kassieren.

Das ist zwar heute die alltägliche Politik, nur hat dies mit Recht und Anstand nichts mehr zu tun.

Auch die bestehenden Rentenprivilegien gegenüber Frauen müssen endlich beseitigt werden. Frauen können heute schon mit 60 Jahren, Männer erst mit 63 Jahren Altersruhegeld beziehen. Da Frauen eine um 4–7 Jahre höhere Lebenserwartung haben, also weniger Rentenbeiträge einzahlen, aber länger als Männer Rente beziehen, muß das Rentenalter für Frauen heraufgesetzt, das für Männer herabgesetzt, die derzeitige Renten-Relation mindestens umgekehrt werden.

Wenn das Versicherungsprinzip bei den Renten immer mehr von der politischen Schacherei verdrängt wird, dann dürfte die Mitgliedschaft in der Rentenversicherung für den einzelnen bald zum Verlustgeschäft werden.

Mit freundlichen Grüßen
Joachim Winkler,
Stuttgart 1

Propagandaeffekte

„Offerte"; WELT vom 22. September

Dieser Kommentar von Cay Graf Brockdorff hätte alleine und in großen Lettern auf die Titelseite gehört, damit jeder durch eine derartige Aufmachung zum Lesen gezwungen worden wäre.

Was muß eigentlich noch geschehen, damit sich insbesondere bei Friedensbewegern und der SPD das Verantwortungsgefühl gegenüber unser aller Sicherheit regt und jene merken, daß sie der sowjetischen Propaganda durch bewußt in die Öffentlichkeit getragene Diskussionen über die (natürlich) westliche Rüstung aufgesessen sind?

Oder glauben jene wirklich, daß der Kreml die Militärstrategie der NATO/USA nicht so gut kennen würde, um daraus nicht eine für den Westen unannehmbare Forderung zu formulieren, die allerdings propagandistisch den „Friedenswillen der Sowjetunion" herausstellt?

Mit freundlichen Grüßen
Mathias Köhler,
Idar-Oberstein

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

EHRUNGEN

Der katholische Sozial- und Gesellschaftswissenschaftler Professor Dr. **Oswald von Nell-Breuning** wird heute in Frankfurt Ehrenbürger der Stadt. Den Ehrenbürgerbrief überreicht im Kaisersaal des Rathauses Römer Frankfurts Oberbürgermeister Dr. **Walter Wallmann**. Oswald von Nell-Breuning ist durch seine Tätigkeit an der Hochschule



Oswald von Nell-Breuning

St. Georgen seit dem Jahr 1928 eng mit Frankfurt verbunden. Der heute 93jährige Wissenschaftler wurde einer der führenden Gesellschafts- und Sozialwissenschaftler des deutschen Katholizismus und hat vor allem in der Nachkriegsentwicklung bedeutenden Einfluß auf das sozialpolitische Leben und Denken genommen.

*

Otto von Habsburg, Präsident der Internationalen Paneuropa-Union, wurde von der Paneuropa-Union Deutschland mit der Sonderstufe der Europa-Medaille ausgezeichnet. Die Medaille überreichte der frühere bayerische Ministerpräsident **Alfons Goppel**, der heute Präsident der Paneuropa-Union Deutschland ist. In Mainz erklärte Goppel, Otto von Habsburg habe in seinem Leben Haß und Anfeindung hingenommen und sich nicht von weltanschaulichen und politischen Gegnern davon abhalten lassen, sich seinerzeit dem Wahlkampf im ersten freigewählten europäischen Parlament zu stellen.

*

Neuer Ehrendoktor der Freien Universität Berlin wurde beim Romanistentag in Berlin der amerikanische Romanist Professor **Yakov Malkiel** aus Berkeley, USA. Malkiel, der in den Vereinigten Staaten führende amerikanische Fachzeitschriften gründete, hatte vier Jahrzehnte lang die romanische Sprachwissenschaft in Amerika entscheidend mitbestimmt. Zu Berlin hat Yakov Malkiel eine alte Bindung. Nach der russischen Revolution war er mit seinen Eltern 1921 nach Berlin geflohen und hatte dort im Jahr 1938 als letzter jüdischer Student das Doktorexamen gemacht. 1940 emigrierte er in die USA.

*

Ehrendoktor der Technischen Universität München wird am 13. Oktober Dr.-Ing. **Max Mengeringhausen** aus Würzburg. Die Universität würdigt seine „bahnbrechenden Arbeiten als Pionier des industrialisierten Bauens". Max Mengeringhausen arbeitete zunächst in seinem Ingenieurbüro für Haustechnik in Berlin eng mit Architekten wie **Walter Gropius** zusammen und war seit 1931 Dozent an der Ingenieurschule Berlin-Neuss. Sein Betrieb wurde 1948 in Würzburg neu aufgebaut. Hier beschäftigte er sich vor allem auch mit der Konstruktion von großräumigen Tragwerksystemen, Voraussetzung für den Bau von vielen Sport- und Messebauten, Stadien und Kuppelbauten. Seine unternehmerischen Leistungen haben weltweit Anerkennung gefunden.

*

Mit der Straßburg-Goldmedaille 1983 der Stiftung F. V. S. zu Hamburg ist der 81jährige Physiker **Alfred Kastler**, Nobelpreisträger im Jahr 1966, ausgezeichnet worden. Gewürdigt wurden auf diese Weise die Bemühungen Kastlers um die deutsch-französische Verständigung. In Vertretung von Alfred Kastler, der erkrankt ist, nahm dessen Sohn **Daniel** die Auszeichnung entgegen.

*

Die Vereinigung Deutsch-Italienischer Gesellschaften wählte in Düsseldorf den Gesandten a. D. **Ewald P. Mühlen** zum neuen Präsidenten. Anläßlich des 30jährigen Bestehens der Gesellschaft spielte die Deutsche Oper am Rhein in Düsseldorf den „Barbier von Sevilla" in italienischer Sprache.

GEBURTSTAG

Der Memminger Verleger **Maximilian Dietrich**, von 1949 bis 1970 auch Mitherausgeber und Geschäftsführer der „Memminger Zeitung", wird heute 80 Jahre alt. Der Schwabe, bis 1981 Inhaber des nach ihm benannten Verlages, pflegte das schwäbische Volksbuch besonders sorgfältig.



FUSSBALL-POKAL / Nur noch acht Bundesliga-Klubs im Achtelfinale – Karlsruhe feierte das größte Fest

DIE SPIELE

Freiburg – Hamburg 1:4 (0:2)

Hamburg: Stein – Hieronymus – Kaltz (74. Milewski), Jakobs, Wehmeyer – Schröder, Rolff (46. Hartwig), Groh, Magath – Schatzschneider, Hansen. – **Schiedsrichter:** Hontheim (Trier). – **Tore:** 0:1 Schröder (16.), 0:2 Schatzschneider (20.), 0:3 Kaltz (69., Foulelfmeter), 1:3 Mähn (86.), 1:4 Schatzschneider (90.). – **Zuschauer:** 14 000. – **Gelbe Karten:** Jakobs, Hartwig.

Braunschweig – Osnabrück 2:1 (0:0)

Braunschweig: Josef – Pahl – Posipal (46. Scheike), Bruns, Lux (78. Kubsda) – Tripbacher, Geiger, Studzizba – Zavisic, Keute, Worm. – **Schiedsrichter:** Dellwig (Hiestetal). – **Tore:** 1:0 Keute (58.), 1:1 Funke (82.), 2:1 Studzizba (89.). – **Zuschauer:** 6000. – **Gelbe Karte:** Bruns.

Aachen – Mannheim 1:0 (0:0)

Mannheim: Zimmermann – Sebert – Knapp, Dickgießer, Quaisser – Bauer, Scholz, Willkomm, Böhne (36. Schön) – Makan, Linz. – **Schiedsrichter:** Ahlenfelder (Oberhausen). – **Tor:** 1:0 Thomas (86., Foulelfmeter). – **Zuschauer:** 14 000. – **Gelbe Karten:** Grünther, Quaisser, Linz.

Karlsruhe – K'lautern 5:4 (3:3, 2:2) n. V.

K'lautern: Reichel – Dusek – Wolf (73. Brummer), Melzer, Brehme – Hoos, Geye, Bongartz (46. Eilenfeldt) – Allofs, Nilsson, Kitzmann. – **Schiedsrichter:** Tritschler (Freiburg). – **Tore:** 0:1 Geye (5.), 0:2 Brehme (12.), 1:2 Boysen (32.), 2:2 Günther (44.), 3:2 Günther (52.), 3:3 Brehme (79.), 3:4 Eilenfeldt (94.), 4:4 Günther (103.), 5:4 Bühler (120.). – **Zuschauer:** 25 000. – **Gelbe Karten:** Zahn, Dittus, Bühler, Geye.

Köln – Offenbach 6:2 (4:1)

Köln: Schumacher – Strack (85. Gielchen) – Prestin, Steiner – Hönerbach, Hartmann, Engels, Haas (73. Mennie), Allofs – Littbarski, Fischer. – **Offenbach:** Herr – Peukert – Paulus, Kutzop – Grünewald, Trapp, Höfer, Bein, Michelberger – Krause (73. Dubovina), Sandner (46. Hofmann). – **Schiedsrichter:** Dellwing (Osburg). – **Tore:** 1:0 Steiner (19.), 2:0 Strack (21.), 3:0 Grünewald (24., Eigentor), 4:0 Hartmann (33.), 4:1 Kutzop (37., Foulelfmeter), 5:1 Fischer (55.), 5:2 Kutzop (82.), 6:2 Steiner (84.). – **Zuschauer:** 6000.

Gladbach – Bielefeld 3:0 (1:0)

Gladbach: Sude – Bruns – Hannes, Frontzeck – Krauss, Matthäus, Herlovsen (83. Borowka), Rahn (69. Ringels), Schäfer – Mill, Lienen. – **Bielefeld:** Kneib – Wohlers (68. Ozaki) – Geils, Schnier – Büscher, Pohl, Pagelsdorf, Dronia, Butz – Rautiainen (46. Westerwinter), Grillemeier. – **Schiedsrichter:** Werner (Auersmacher). – **Tore:** 1:0 Herlovsen (12.), 2:0 Matthäus (65.), 3:0 Krauss (90.). – **Zuschauer:** 10 000. – **Gelbe Karte:** Wohlers.

VORSCHAU

BUNDESLIGA

Freitag, 14. Oktober, 20.00 Uhr:

Offenbach – Uerdingen	(–:–)
Bremen – Dortmund	(4:2)

Samstag, 15. Oktober, 15.30 Uhr:

Braunschweig – K'lautern	(1:1)
Düsseldorf – Leverkusen	(4:0)
Bielefeld – Stuttgart	(2:2)
Köln – München	(2:0)
M'gladbach – Nürnberg	(1:2)
Bochum – Frankfurt	(1:2)
Mannheim – Hamburg	(–:–)

In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison.

2. Liga

Freitag, 14. Oktober, 19.30 Uhr: Saarbrücken – Freiburg; 20.00 Uhr: Solingen – Osnabrück, Schalke – Hannover; **Samstag,** 15. Oktober, 15.00 Uhr: SCC Berlin – Köln, Ulm – Hertha BSC, Stuttgart – Aachen; 15.30 Uhr: Essen – Darmstadt; **Sonntag,** 16. Oktober, 15.00 Uhr: Oberhausen – Karlsruhe, Lüttringhausen – Wattenscheid, Kassel – Duisburg.



Jubelfest auf dem Rasen des Karlsruher Wildparkstadions: Betreuer und Spieler tanzen wie die kleinen Kinder nach ihrem überraschenden Sieg über den 1. FC Kaiserslautern. FOTO: WEREK

Tor in der letzten Sekunde, da tollten Trainer und Präsident wie Kinder umher

MARTIN HÄGELE, **Karlsruhe**

Mit dem Schlußpfiff vergaßen sie, daß sie eigentlich erwachsene Männer sind. Wie Kinder beim Ringelreihen tollten Roland Schmider, der Präsident des Karlsruher SC, und sein Trainer Werner Olk über den Rasen des Wildparkstadions. Ordner schlugen dort Purzelbäume. Der große Rest der Helfer war bemüht, die erschöpften Spieler vor der Begeisterung des badischen Fußballanhangs zu schützen.

120 Minuten Pokaldramatik, 5:4 für Karlsruhe. Sekunden vor dem Schlußpfiff hatte der Zweitliga-Spitzenreiter dem 1. FC Kaiserslautern das K. o. verpaßt. Im Wildpark feierten 26 000.

Und einer flippte aus. Ganz oben, auf der Kanzel der Tribüne stand Rudi Kröner. Erregt schrie er seinen Zorn hinein in den Abend, hinunter auf die Lauterer Spieler. „Dieser Weise ist der blindeste aller Trainer. Er hat auch nach drei Toren von Günther nicht gemerkt, daß Stopper Melzer mit dem KSC-Mittelstürmer nicht fertig wurde." Nach Kröners Meinung hätte sein Nachfolger Weise den *kopfballstarken Libero Michael* Dusek und Melzer die Posten tauschen lassen müssen.

Ob sie mit Trainer Kröner auf der Bank die Partie umgebogen hätten? Genausowenig. Sicher, für Kröners Wut und Haß gibt es Erklärungen. Er war im Frühjahr von Kaiserslautern entlassen worden, obwohl es damals noch lange nicht so schlecht um den Klub bestellt war wie jetzt.

Den Ernst der Lage hatten die Profis in einer Sitzung vor dem Spiel vom Präsidium erfahren. Daß es ihre verdammte Pflicht sei, sich voll ins Zeug zu hängen, nachdem die UEFA-Cup-Pläne in Watford gescheitert waren. *Daß sich der Verein ein Aus im* zweiten Pokal-Wettbewerb nicht leisten könne. Und selbst in der Pause zur Verlängerung hatten die Vorstandsmitglieder den erschöpften Spielern Mineralwasser gereicht, auf sie eingeredet, versucht, gleichsam deren Hirne zu massieren.

Alles für die Katz. Der Mannschaft habe das Glück gefehlt, meint Weise. Das ist ein Trugschluß. Seinen Spielern mangelte es an Mumm und Moral. Wolfgang Schüler (26), Karlsruher Stürmer: „Früher hättest du von denen was auf die Socken gekriegt, daß es geraucht hätte, aber diesmal waren wir doch die einzigen, die richtig hingelangt haben." Aus den Teufeln sind Engelchen geworden.

Wie das ändern? Vielleicht müsse der Trainer Weise wirklich einmal mit der Faust auf den Tisch klopfen, meint der verletzte *Hannes Bongartz* (31). Gerade von dieser Methode aber hält der Lauterer Vereinsführer, Kirchenrat Udo Sopp, überhaupt nichts. „Die harte Welle ist nicht gut, wir machen das undramatisch", hat er schon angekündigt.

Doch ist das keine Krise, wenn eine Mannschaft, die durch viele europäische Stadien gegangen ist, vor einer Zweitligatruppe Angst bekommt? Wenn international erfahrene Leute einen Vorsprung nicht mehr über die Runde bringen? Bis auf Rainer Geye und den jungen Hoss zeigte keiner Mut. Der Rest spielte in manchen Phasen geradezu hochnäsig. „Auch *als Kaiserslautern 2:0 führte*, war mir klar, daß wir nicht untergehen würden", sagte Uwe Dittus (24), der Karlsruher Spielmacher. Und: „Dafür besitzen wir inzwischen zuviel Moral."

Diese neue Moral der Karlsruher ist auf dem Mist des Abstiegs gewachsen, aus der Angst vor Arbeitslosigkeit und Lizenzentzug. Auch in Karlsruhe wurden vor dem Spiel Reden gehalten. Nicht nur zur sportlichen, auch zur wirtschaftlichen Lage. „Mit dieser Mannschaft wären wir in der letzten Saison nicht abgestiegen, das werden wir im Pokal beweisen." So hatte Olk sein Team angefeuert. Hinterher konnte er mit Genugtuung feststellen, daß er offenbar nicht falsch gelegen hatte. Die Mannschaft habe ihr Reifezeugnis abgelegt. Es könne wieder zur Versetzung in die nächste Klasse reichen. In der Stunde seines wohl wichtigsten Sieges mit seiner neuen Mannschaft, die sich mehr oder weniger aus Übriggebliebenen eines verkorksten Bundesligaabenteuers zusammensetzt, lief Olk theoretisch zu großer Form auf: „Die Roten Teufel sind für mich ein Reizwort, ich bin ein guter Katholik", nahm er den protestantischen Pfarrer Sopp auf die Schippe. Dabei gehört Olk gewiß nicht zu den Kalauer-Königen der Branche. Der Mann, der sein Handwerk in der Meistermannschaft des FC Bayern neben Franz Beckenbauer gelernt hat, ist ein ehrgeiziger Arbeiter. „Es ist phantastisch, wie der Trainer es fertiggebracht hat, aus uns eine solche Truppe zu machen", lobt Stürmer Schüler. Vor allem könne Olk eines, Vertrauen *vermitteln.*

Man spürt den Wetterumschwung rund um den Wildpark. Kein Trainer Merkel drischt mehr auf die Pauke, kein Manager streut ständig kleine Gemeinheiten aus, wie einst Manfred Amerell.

Bescheiden gab Emanuel Günther seine Interviews. Trotz der drei Tore warf er sich nicht in die Pose des Triumphators. „Ein unbeschreibliches Gefühl", sagte er. Seine Freude ging eher nach innen. Das ist einem zu gönnen, dessen öffentliche Präsentation meist Wechselbädern gleichkommt: Mal böser Bube, dann wieder König. Als er neulich von *Fortuna Köln der Treterei und eines Nie*renschlages gegen seinen Bewacher bezichtigt wurde, hat er im Fernsehstudio des Süddeutschen Rundfunks einfach losgeheult. So einer kann nun nicht auf Befehl lauthals hurra jubeln. Diese Sache mit Fortuna müsse er vor jedem Spiel verdrängen, sagt Günther. „Wir glauben ihm, daß er nichts gemacht hat", unterstützt Schüler den Torjäger.

Jetzt soll auch der Klub glaubwürdiger werden. Dafür will ein Gottesmann sorgen: Dekan Walter Schmitt (52), Anstaltsgeistlicher in der Vollzugsanstalt Bruchsal. Hinter dem katholischen Pfarrer („Wir müssen sparen, und wir müssen den KSC aus den negativen Schlagzeilen herausholen") stecken einige Geldgeber. Von diesen hat Schmitt ganz klare Weisungen bekommen, wenn er am 31. Oktober in der Generalversammlung zum Vizepräsidenten gewählt worden ist. Schmitt soll eine Art Aufpasser für Schmider spielen. Der KSC-Boß ist schließlich oft genug mit den besten Vorsätzen in die Bundesliga aufgestiegen. Aber nach dem Abstieg stand der KSC stets vor einem Berg von Schulden. Daß sich die Sünden der Vergangenheit nie mehr wiederholen, dafür wird beim nächsten Anlauf der Pfarrer sorgen.

● ***Das sind die Ergebnisse*** *der zweiten* Pokal-Hauptrunde: Mönchengladbach – Bielefeld 3:0 (1:0), Köln – Offenbach 6:2 (4:1), Braunschweig – Osnabrück 2:1 (0:0), Aachen – Mannheim 1:0 (0:0), Freiburg – Hamburg 1:4 (0:2), Karlsruhe – Kaiserslautern 5:4 (3:3, 2:2) n. V., Augsburg – Bayern München 0:6 (0:1), Burglengenfeld – Bremen 0:3 (0:3), Köln Amateure – VfB Stuttfart 1:8 (0:4), Kiel – Uerdingen 1:2 (1:1), SCC Berlin – Schalke 04 0:3 (0:0), Bocholt – Kickers Stuttgart 3:1 (1:1), Heidingsfeld – Hannover 96 1:3 (0:3), Schloß Neuhaus – Hertha BSC 0:2 (0:1), Neu-Isenburg – Göttingen 0:1 (0:1), Fürth – Lüdenscheid 1:0 (1:0). – **Im Achtelfinale** spielen: Uerdingen – München, Fürth – Mönchengladbach, Göttingen – Hertha BSC, Hannover 96 – *Köln, Aachen* – *Bremen,* Stuttgart – Hamburg, Schalke – Karlsruhe, Bocholt – Braunschweig.

● Die Bundesliga ist im Achtelfinale des Pokals nur noch mit acht Vereinen vertreten. So schwach war das Abschneiden der obersten deutschen Spielklasse zuletzt im Jahre 1973. Am Samstag folgten Kaiserslautern, Mannheim, Offenbach und Bielefeld den Mannschaften von *Dortmund, Leverkusen, Düsseldorf,* Bochum und Frankfurt, die bereits in der ersten Hauptrunde ausgeschieden waren. Dagegen hatten sich die Amateurklubs mit ihren drei Vertretern noch sehr gut. Bei der Auslosung hatte Hans Schäfer, Mitglied der Weltmeister-Mannschaft von 1954, eine glückliche Hand. Er zog für jeden vermeintlich schwächeren Klub einen guten, attraktiven Gegner zu einem Heimspiel. So kann sich zum Beispiel Fürth über den Auftritt von Mönchengladbach freuen. Der Schlager am 14. Januar: Stuttgart – Hamburger SV.

Wütende, aber ehrliche Amateure und drei arbeitslose Spieler in Offenbach

Von ULRICH DOST

Das ist zuweilen das schöne an den Fußball-Amateuren – sie sagen unbekümmert ihre Meinung und kümmern sich um die Folgen wenig. Also sagte **Karl Ringler** (26) ins Mikrophon des „Aktuellen Sportstudios": „Die Schiedsrichterleistung ist eine Sauerei." Nun braucht er nicht gleich Angst zu haben, daß **Hans Kindermann** (58), Chefankläger des *Deutschen Fußball-Bundes (DFB),* gleich eine neue Akte mit seinem Namen anlegt. Dazu ist Karl Ringler in der Fußball-Branche zu unbedeutend. Was aber keineswegs heißen kann, daß das, was er gesagt hat, an Bedeutung verlieren muß.

Denn es stimmte ja alles, was der junge Mann einem Millionen-Publikum mitzuteilen hatte. Mit zwei Fehlentscheidungen zerstörte Schiedsrichter **Klaus Bodmer** (38) aus Nattheim (das liegt in der Schwäbischen Alb) den Traum von elf Amateurspielern, den die immer wieder einmal träumen: einmal eine Bundesliga-Mannschaft aus dem Pokal werfen, *einmal in die Schlagzeilen rücken,* einmal den Hauch des großen Fußballs schnuppern dürfen.

Für Karl Ringler und seine Kollegen vom ASV Burglengenfeld hätte dieser Traum gegen den SV Werder Bremen am Samstag Wirklichkeit werden können – wenn, ja wenn der Schiedsrichter richtig mitgespielt hätte. Doch schon nach 30 Sekunden unterlief Klaus Bodmer der erste verhängnisvolle Fehler. Nach einem harmlosen Rempler von Ringler an Nationalspieler **Rudi Völler** (23) gab er einen Strafstoß. **Uwe Reinders** (28) nahm das Geschenk dankend an: 1:0.

Nur 19. Minuten später durfte Reinders schon wieder zum Strafstoß antreten und zum 2:0 verwandeln. Auch dabei verscherzte sich Klaus Bodmer alle Sympathien bei den 12 000 Zuschauern. Nach einem Schuß von **Benno Möhlmann** (29) zeigte Bodmer zunächst einen Eckstoß an. Ein Linienrichter aber wollte ein Handspiel *gesehen haben. Bodmer revidierte* seine Entscheidung und gab einen Elfmeter. Damit war das Spiel für Burglengenfeld gelaufen, das 3:0 durch Möhlmann war dann nur noch Formsache.

Verständlich, daß sich die Amateure (Fünfter der Landesliga) noch bis weit nach Mitternacht über den Schiedsrichter ereiferten. Ihr Trainer **Aki Schmidt** (45), der immerhin 25 Mal in der deutschen Nationalmannschaft spielte, hatte viel zu tun, die aufgebrachten Spieler zu beruhigen: „Ich habe getröstet, wo es ging. Normalerweise, habe ich immer wieder gesagt, ist es üblich, daß man gegen die Profis acht oder neun Treffer erhält. Wir sind also ganz gut weggekommen. Doch bei jedem zweiten Satz mußte ich zugeben, daß wir ein Spiel verloren haben, von dem wir jahrelang geträumt haben, und das wir nicht zu verlieren brauchten."

Schon während des Spiels, und danach erst recht, war es dem früheren Dortmunder selbst kaum gelungen, sein Temperament zu zügeln. Schmidt über Bodmer: „Er war über*fordert. Er hat uns alles versaut.* Was er gepfiffen hat, war instinkt- und gefühllos. In der zweiten Spielhälfte war er dann feige und gab selbst dann meiner Mannschaft einen Freistoß, wenn mein Spieler gefoult hatte."

1970 war Aki Schmidt Trainer des damaligen Zweitligaklubs Kickers Offenbach. Sein größter Erfolg: Er wurde mit Offenbach sensationell deutscher Pokalsieger durch einen Erfolg über den 1. FC Köln. Doch schon kurze Zeit später wurde er entlassen. Damals schwor er sich: „Nie mehr werde ich mich im Profi-Fußball engagieren." Er blieb sich treu und trainierte zehn Jahre die *Burglengenfelder Mannschaft.* Im Hauptberuf arbeitet er als Sportlehrer. Er sagt: „Durch den Pokal bin ich noch einmal ins große Geschäft zurückgeholt worden. Doch es hat sich nicht gelohnt." Aki Schmidt wird wieder in der Provinz verschwinden. Nur eine Sache hat er sich noch vorgenommen: „Ich werde dem Schiedsrichter Bodmer noch einen Brief schreiben. Vielleicht wird ihm dann klar, was er angerichtet hat."

Fußball-Kulisse

Zahlen, Fakten, Hintergründe aus der Bundesliga

*

Nicht den Hauch einer Chance besaß der Bundesliga-Aufsteiger Kickers Offenbach bei der 2:6-Pokalschlappe beim Titelverteidiger 1. FC Köln. „Wir müssen und werden nun etwas tun", meinte Präsident **Siegfried Leonhardi** (42), der für die Bundesliga böse Zeiten befürchtet. Doch nicht erst nach dem Pokal-Aus sei er zu dieser Erkenntnis gekommen. Schon vor dem Spiel sagte der Präsident dem Fußball-Fachblatt „Kikker": „Wir hatten bis zum vergangenen Wochenende gehofft, daß wir uns wenigstens noch eine Zeitlang mit unseren eigenen Leuten über Wasser halten können, um uns auf dem Transfermarkt nicht das Gesetz des Handelns aufzwingen zu lassen. Doch es sieht inzwischen so aus, daß wir jetzt schon zugreifen werden."

Und wenn die Offenbacher handeln, dann auch gleich richtig. Bislang wurde spekuliert, daß von den Spielern **Dietmar Demuth** (28), **Hannes Riedl** (33) und **Erhard Hofeditz** (29), die alle drei arbeitslos sind und sich in Offenbach vorgestellt haben, wenigstens einer verpflichtet werde. Doch inzwischen sieht es so aus, daß wahrscheinlich alle drei schon am nächsten Freitag im Bundesligaspiel gegen Bayer Uerdingen für Offenbach spielen werden. Die Spieler und das Offenbacher Präsidium jedenfalls sind sich einig. Jetzt muß nur noch über die Ablöse-Modalitäten gesprochen werden.

Bayer 04 Leverkusen wird Dietmar Demuth kaum einen Stein in den Weg legen. Demuth kostete die Leverkusener, als er 1979 von St. Pauli kam, lediglich 190 000 Mark. Seit drei *Monaten ist er ohne Vertrag.* Bayer-Trainer **Dettmar Cramer** (58) ließ schon durchblicken, daß „man der Karriere von Demuth nicht im Weg stehen wolle". Hannes Riedl hat bei Arminia Bielefeld eine festgeschriebene Ablösesumme von nur 42 000 Mark. Das Geld wird er ohnehin selbst einstecken können, daß er von den Bielefeldern für sein letztes Vertragsjahr ein Netto-Handgeld von 20 000 Mark zu erhalten hat.

Im Dutzend billiger – kaufen die *Offenbacher dabei nicht nur* Ramschware? Ungewöhnlich ist der Vorgang schon, daß sich ein Bundesligaklub gleich mit drei aufs Abstellgleis geschobenen Profis neue Hoffnung auf den Klassenerhalt macht. Die Rechnung von Trainer **Lothar Buchmann** (47) sieht so aus: „Was soll ich mir jetzt einen Spieler holen, den ich in drei Wochen eingebaut habe? Dann brauche ich wieder einen, bei dem es genauso lange dauert. Und dann beginnt das Spielchen im Januar noch einmal. Dann habe ich im Februar immer noch keine eingespielte Mannschaft."

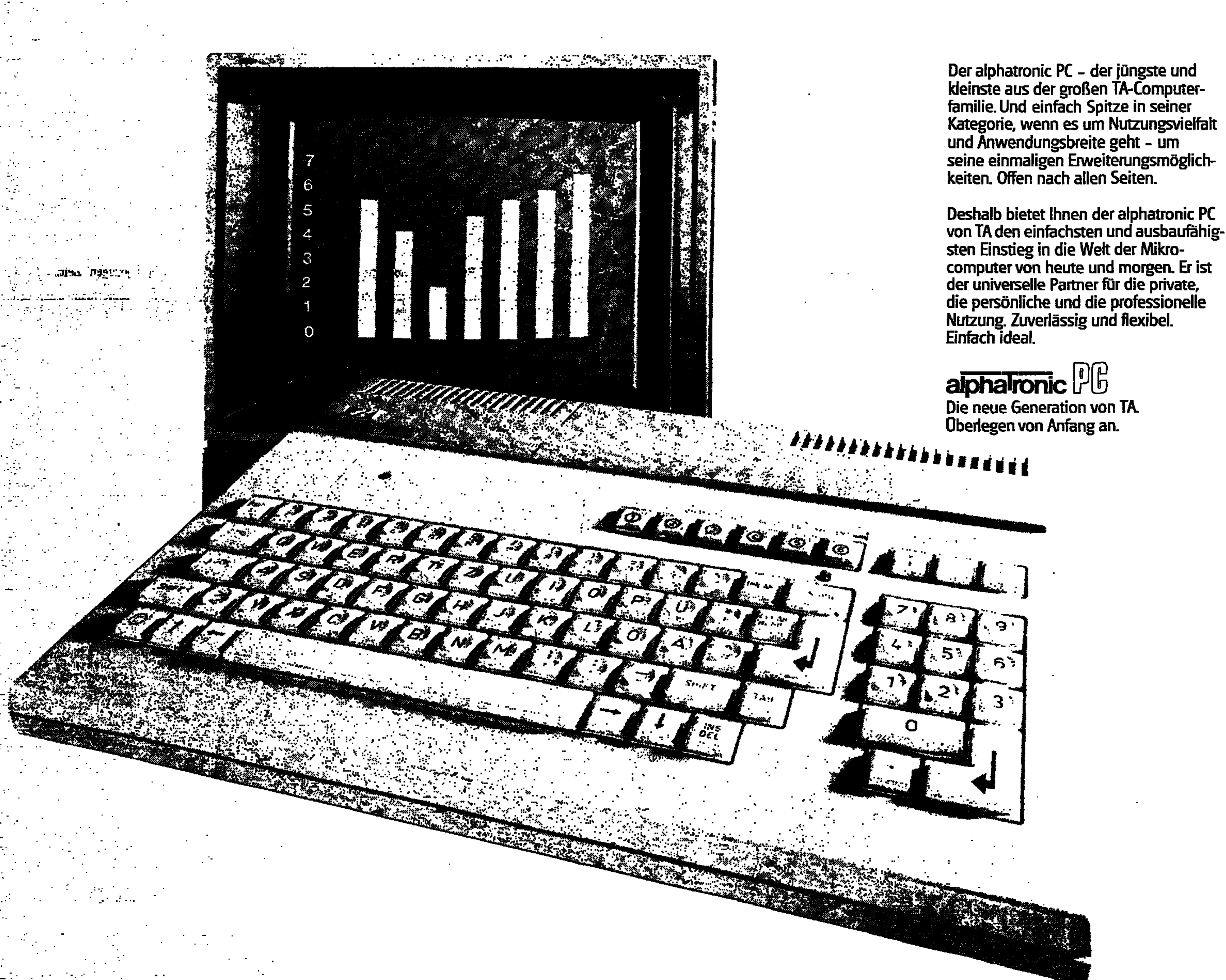
Unternehme er den Versuch zum *jetzigen Zeitpunkt mit drei neuen* Spielern, so hofft Buchmann, könne seine Mannschaft schon in drei Wochen eingespielt sein. Auch läßt er sich nicht davon abbringen, daß den dreien die Spielpraxis fehle. Buchmann: „Was soll ich Leute holen, die bei anderen Klubs auf der Bank sitzen? Ich brauche Leute mit Erfahrung, mit großer Routine. Hannes Riedl mit seinen 438 Bundesligaspielen kam doch schon doppelt so oft in der Bundesliga zum Einsatz wie unsere gesamte Mannschaft, die es auf höchstens 200 Einsätze bringt."

Und noch etwas hat der Trainer festgestellt: Seit die drei neuen Spieler mittrainieren, legen sich die anderen viel mehr ins Zeug. Buchmann: „Unsere Stammspieler haben doch auf unsrere schwache Reservebank geschaut und dann nur noch gelächelt." Wenn es hochkommt, würden bestenfalls vier oder fünf Spieler den Bundesliga-Ansprüchen genügen.

Sich selbst sieht der Trainer ebenfalls wieder herausgefordert. Sagte seine Frau Erika (44) zu ihm: „Wenn die drei neuen Spieler kommen, kniest du dich doch noch mehr in deine Arbeit und bist nicht zu gebrauchen." Also packte sie ihre Koffer und fuhr eine Woche nach Israel. Lothar Buchmann: „Jetzt bin ich wirklich selbst wieder heiß auf meine Aufgabe." Man wird sehen, ob der Großeinkauf tatsächlich ein Allheilmittel sein wird.



Unser Kleinster ist der Größte?



Der alphatronic PC – der jüngste und kleinste aus der großen TA-Computer-familie. Und einfach Spitze in seiner Kategorie, wenn es um Nutzungsvielfalt und Anwendungsbreite geht – um seine einmaligen Erweiterungsmöglich-keiten. Offen nach allen Seiten.

Deshalb bietet Ihnen der alphatronic PC von TA den einfachsten und ausbaufähig-sten Einstieg in die Welt der Mikro-computer von heute und morgen. Er ist der universelle Partner für die private, die persönliche und die professionelle Nutzung. Zuverlässig und flexibel. Einfach ideal.

alphatronic PC
Die neue Generation von TA.
Überlegen von Anfang an.

TA TRIUMPH-ADLER
Bürokommunikation

Ich bitte um:
☐ kostenloses Informationsmaterial
☐ Handbuch (Schutzgebühr DM 15,- per Nachnahme)
☐ Video-Kassette ☐ VHS ☐ Beta ☐ video 2000
(Kaufpreis: DM 89,- per Nachnahme)
☐ Nachweis für: PC-Verkaufsstellen/Kassettenverleih
Ausschneiden und an TA senden:
Triumph-Adler AG, Abt. VIPV, Witschelstr. 102, 8500 Nürnberg 80

Und so überzeugen Sie sich von der Größe des alphatronic PC am besten:
Sofort und ganz unmittelbar vom 17.–21. Oktober 1983 auf der SYSTEMS in München, Halle 23, Stand 23201/23302, oder mit nebenstehendem Kupon

KUNSTTURNEN

Nach Aguilar fällt nun auch Benno Groß aus

sid/dpa, Lebach

Nachdem der Hannoveraner Andreas Aguilar wegen einer Operation am rechten Kahnbein für die Kunstturn-Weltmeisterschaften vom 23. bis 27. Oktober in Budapest ausfällt, kann nun auch Seitpferd-Meister Benno Groß nicht an den Titelkämpfen teilnehmen. Ausgerechnet am Vorabend seines 26. Geburtstages mußte Groß, nach den sechs Pflichtübungen beim Länderkampf gegen Südkorea in seiner Heimatgemeinde Lebach in Führung, der entzündete Blinddarm im Saarbrückener Heiliggeist-Krankenhaus entfernt werden.

„Damit ist die Olympia-Qualifikation ernsthaft in Gefahr", sagte Bundeskunstturnwart Herwig Matthes. Mindestens Platz acht bei den Welttitelkämpfen fordert der Bundesausschuß Leistungssport (BAL) – eine Auflage, die die DTB-Riege jetzt kaum noch erfüllen kann. Verständlich, daß nach dieser drastischen Schwächung der DTB-Mannschaft der Unmut über den harten Qualifikationsmodus gewachsen ist. „Bei allen Spielsportarten gelten die Ausscheidungsrichtlinien der internationalen Fachverbände. Auf uns Turner übertragen sollte dann ein zwölfter Rang reichen", meinte Volker Rohrwick, der gemeinsam mit Jürgen Geiger und Daniel Winkler mit 114,10 Punkten Platz eins in der Einzelwertung teilte.

Über den hohen Länderkampfsieg (570,95:559,10) über Südkorea mochte sich angesichts der jüngsten Entwicklung niemand so recht freuen. *Denn die WM-Riege 1983* wurde nach dem Verletzungspech aus der Not geboren: Die Mannschaft Geiger, Rohrwick, Winkler und Japtok (fehlte in Lebach wegen einer noch nicht ausgeheilten Fußverletzung) vervollständigen Wolfgang Wagner (Amberg) und Alfred Levebre aus Hannover. Ersatz ist Claus Nigl (Cannstadt).

Heute wird noch Jürgen Garziella aus Bonlanden zum WM-Kader stoßen und sich im Oppauer Leistungszentrum vorsichtshalber auf Budapest *vorbereiten. Für Cheftrainer* Philipp Fürst wird es nun sehr schwer. Den zwölften Platz muß seine Riege in Budapest schaffen, um sich nach den Kriterien des internationalen Verbandes für Los Angeles zu qualifizieren.

GALOPP / Favorit gewann den Preis von Europa in Köln – Derbysieger Ordos weit abgeschlagen

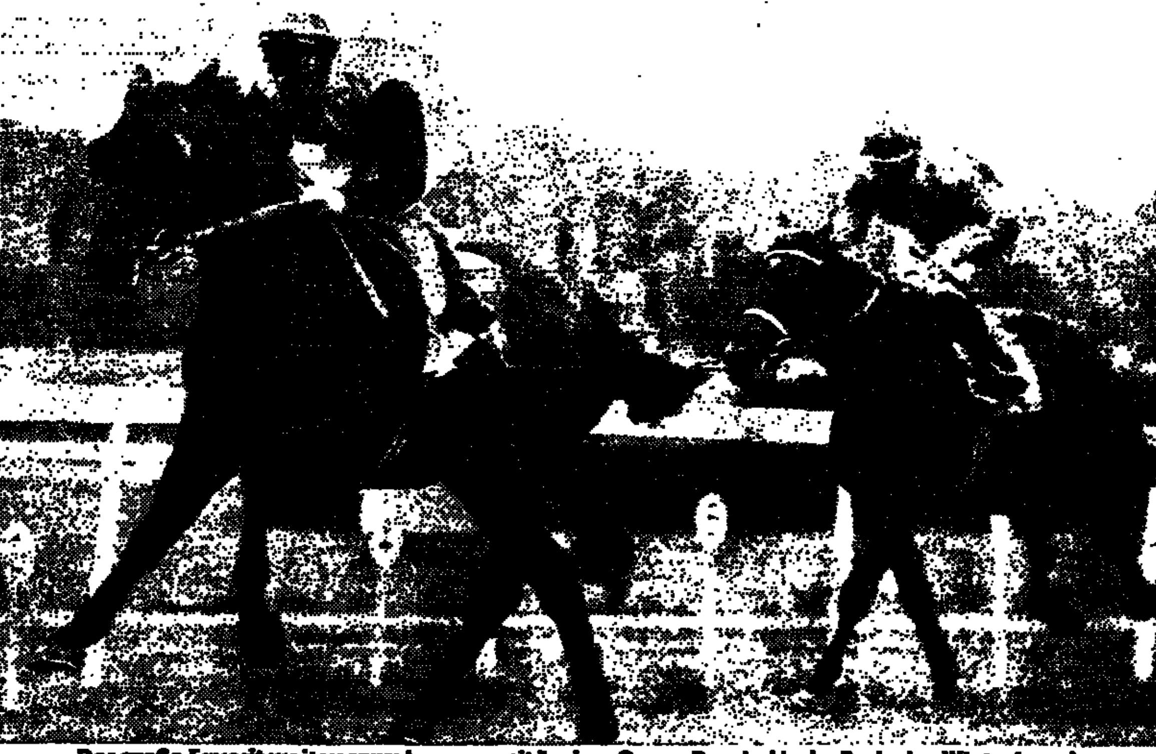
Meisterleistung von Lester Piggott mit dem Hengst Esprit du Nord – Abary auf Platz zwei

KLAUS GÖNTZSCHE, Köln

Nach einem Meisterritt des englischen Star-Jockeys Lester Piggott (47) gewann der dreijährige französische Hengst Esprit du Nord gestern vor knapp 20 000 Zuschauern auf der Galopprennbahn in Köln-Weidenpesch den 21. Preis von Europa (400 000 Mark, 235 000 Mark dem Sieger, 2400 m, Europa-Gruppe I). Für den neunfachen Siegreiter des englischen Derbys war es der erste Erfolg im Preis von Europa.

Knapp geschlagen, belegte Abary aus dem Gestüt Fährhof mit Georg Bocskai (24) den zweiten Platz vor dem überraschend stark laufenden Außenseiter Katapult mit Dave Richardson, der für einen Moment auf der Zielgeraden sogar wie der Sieger aussah. Das vierte und letzte Platzgeld fiel an den in Paris trainierten Iren Terreno mit dem Spanier Olindo Mongelluzzo im Sattel.

Esprit du Nord übernahm mit mäßigem Tempo nach 600 m die Spitze. Auf der Zielgeraden war sein Pferd praktisch schon geschlagen, aber Piggott schaffte es mit ungeheurem Einsatz, sein Pferd *zu einer* weiteren Steigerung zu bringen.



Der große Favorit weit voraus: Lagunas mit Jockey Georg Bocskai beim Preis des Winterfavoriten. FOTO: MÜLLER

Eine enttäuschende Leistung boten die hocheingeschätzten deutschen Dreijährigen Ordos und Nandino. Derby- und St.-Leger-Sieger Ordos *wurde im Feld der nur acht* Starter Sechster, Henkel-Sieger Nandino Vorletzter. Letzter wurde Jalmood aus dem Stall von Scheich Mohammed aus Dubai, dessen älterer Bruder Hamdan al Maktoum mit einem Privatjet die Reise nach Köln angetreten hatte.

Der neue Europapreis-Sieger belegte zuletzt den zweiten Platz im Donchester St. Leger, im französischen Derby war er guter Dritter. Der Zielrichter notierte für Esprit du Nord *einen Vorsprung von einem* Hals, eine halbe Länge zurück wurde Katapult Dritter. Für Abary war es nach dem zweiten Platz im Großen Preis von Baden hinter Diamond Shoal eine weitere ehrenvolle Plazierung. Den erneuten Sieg eines Ausländers konnte er letztlich aber nicht verhindern. Toto: Sieg 18, Pl. 13, 16, 26, *ZW:* 88, *DW:* 2588.

Drei Pferde passierten gestern in einer Linie das Ziel des Elite-Preises, Deutschlands höchstdotiertem Meilenrennen (102 000 Mark, 60 000 Mark dem Sieger). Mit kurzem Kopfvorsprung *siegte der schon siebenjährige* Hengst Torgos mit Peter Alafi (47) vor Diu Star mit Peter Remmert. Der bis unmittelbar vor dem Ziel führende Engländer Whisky Talk mit Jokkey Steve Cauthen mußte sich nach der Zielfotovergrößerung mit dem dritten Rang begnügen. Torgos bestritt in Köln sein 61. Rennen, er *steigerte seine Gewinnsumme auf* zirka 340 000 Mark. Sein Besitzer Reinhold Jende aus Dortmund sucht für ihn einen Platz als Deckhengst.

Zu einem Zwischenfall kam es im Endkampf des fünften Rennens. Jockey Peter Remmert (43) versuchte, seine Kollegin Petra Faulstich (25) an Armen und Beinen fest*zuhalten, weil sie ihm angeblich vor*her im Eifer des Gefechts die Peitsche aus der Hand geschlagen hatte. Remmert gewann das Rennen, wurde aber disqualifiziert und auf den zweiten Platz zurückgestuft. Das Vergehen soll vom Ordnungsausschuß des Verbandes genau untersucht werden. Petra Faulstich hat angeblich Remmert nach dem Foul mit ihrer Peitsche über den Rücken geschlagen. Remmert wurde *vor* acht Jahren wegen eines ähnlichen Deliktes schon einmal gesperrt. Damals zog er in Gelsenkirchen an der Satteldecke des Pferdes Comte Lionel, um mit seiner Stute Biskaya gewinnen zu können.

Walther Johann Jacobs (76), der Besitzer des Gestüts Fährhof in Sottrum bei Bremen, gehört nicht unbedingt zu den Persönlichkeiten des Turfs, die stets zu einem Scherz aufgelegt sind. Der Bremer Kaffeegroßröster zählt seit Jahren zu den erfolgreichen der Branche. Aber Jacobs hat auch schon reihenweise Enttäuschungen wegstecken müssen. Vor allem bei den Derbys der beiden letz*ten Jahre. Da sattelte ihm Trainer* Heinz Jentzsch mit Tombos (1982), Ocos und Abary (1983) drei Favoriten, aber zu einem Sieg reichte es nie.

Wenn nichts ungewöhnliches passiert, wird im Derby 1984 erneut ein Jacobs-Pferd als Favorit an den Start gehen. Es ist der Hengst Lagunas, der am Samstag in Köln den 80. Preis des Winterfavoriten überlegen mit fast drei Längen Vorsprung in der neuen Rekordzeit *von 1:36,1 Minuten* gewann. Es war beim fünften Start der vierte Sieg. Als Lagunas in Hamburg während der Derby-Woche sein zweites Rennen gewann, erfuhr Jacobs von einem 400 000-Mark-Angebot für sein Pferd. Das animierte den kühlen, hanseatischen Bauernsohn, der nach dem Krieg ein inzwischen fast weltweit *orientiertes Kaffee-Imperium* aufbaute, zu der Bemerkung: „Dafür ist Lagunas nicht einmal zu besichtigen."

Diese hohe Einschätzung schien gefährdet, als Lagunas bei der Großen Woche in Baden-Baden gegen zwei eher zweitklassig erscheinende Engländer verlor. Aber der Sieger *dieses Rennens, Fadzi,* entpuppte sich später als besseres Pferd. Weil Lagunas in Baden-Baden unvermutet einen Schwenker zur Seite machte, legte ihm Trainer Heinz Jentzsch Scheuklappen an, damit der Blick nur noch geradeaus gerichtet war.

SPORT-NACHRICHTEN

Kontrolle für Schiedsrichter

Mexico City (dpa/UPI) – Eine Disziplinar-Kommission für Schiedsrichter soll nach dem Wunsch des mexikanischen Organisationskomitees für die Fußball-WM '86 in Mexiko ins *Leben gerufen werden.* Außerdem hat das Komitee dem Weltverband FIFA den Vorschlag gemacht, die WM in nur zehn statt wie vorgesehen in zwölf Städten durchzuführen und die Gelben Karten nicht mehr zu addieren.

AEK Athen verurteilt

Zürich (dpa) – *Zur Zahlung von* 20 000 Schweizer Franken verurteilte die Disziplinar-Kommission des Europäischen Fußball-Verbandes den griechischen Pokalsieger AEK Athen wegen der Verstöße von Spielern und Offiziellen im Pokalspiel gegen Ujpest Dosza.

Sieg im Nationenpreis

Plovdiv (sid) – Den „Preis der Nationen" beim CSIO im bulgarischen Plovdiv gewann die deutsche Mann*schaft in der Besetzung* Bernd Kamps (Bremen) auf Saloniki, Heinrich-Wilhelm Johannsmann (Steinhagen) auf Karthago, Reiner Supan (Borken) auf Kemenate und Lutz Gössing (Steinhagen) auf Miss G.

Schwedischer Erfolg

Barcelona (sid) – *Die* Schweden Anders Jarryd/Hans Simonsson gewannen das Doppel des mit 200 000 Dollar dotierten Tennis-Grand-Prix-Turniers in Barcelona durch einen 7:5, 6:3-Sieg über die Amerikaner Jim Gurfein/Eric Iskersky.

Nene Ski-Schanze

Hinterzarten (sid) – Mit dem Sieg des 21 Jahre alten Jugoslawen Primoz Ulaga endete das Einweihungsspringen auf der Mattenschanze Hinterzarten. Auf dieser Schanze wurde für 250 000 Mark eine Eisanlaufspur installiert, die eine Umstellung vom Sommertraining auf die Wettbewerbe im Winter erleichtern soll.

Hanika ausgeschieden

Detroit (sid) – Bereits im Viertelfina*le des mit 150 000 Dollar dotierten* Tennis-Turniers in Detroit schied die Weltranglistenfünfte Silvia Hanika aus Ottendichl nach der 6:2, 2:6, 2:6-Niederlage gegen die farbige Texanerin Zina Garrison aus.

Sieg und Niederlage

Hamburg (dpa) – Nach der 2:1-Niederlage im ersten Trainingsspiel gegen Australien revanchierte sich die deutsche Damen-Hockey-National-Mannschaft in der zweiten Begegnung mit einem 2:1-Sieg.

Langer besiegt

Wentworth (sid) – Im Viertelfinale des mit umgerechnet 500 000 Mark dotierten World Matchplay Championship schied Bernhard Langer (Anhausen) gegen den spanischen Titelverteidiger Severiano Ballesteros aus.

Eisschnellauf: Zwei Chancen

Inzell: (dpa) – Zwei gute Plazierun*gen gegen die internationale Konkur*renz müssen diejenigen Eisschnelläufer erreichen, die der deutsche Verband zu den Olympischen Winterspielen nach Sarajewo entsenden wird. Gelegenheit dazu bieten die beiden ersten Stationen der Vier-Bahnen-Tournee in Inzell und Innsbruck.

Bonn *im Halbfinale*

Paris (sid) – Mit einem klaren 6:1-Sieg über Norwegens Meister Fjellhammer BK qualifizierte sich der fünfmalige deutsche Badminton-Meister 1. DBC Bonn für das Halbfinale des Europapokals.

In der nächsten Runde

Duisburg (dpa) – Der Duisburger SV 98, deutscher Vertreter im Wasserball-Europapokal der Cupsieger, besiegte den Konigliche Antwerpse Zwemclub 15:3 und den NMC Paris-Charenton 13:3. Damit erreichte Duisburg die nächste Runde.

Tanzen: Silber für die Hulls

Bremen (sid) – Die in England geborenen und für Osnabrück startenden Geschwister Michael und Patsy Hull *ertanzten sich bei den Allround-Euro*pameisterschaften der Professionals in Bremen den zweiten Platz. Es gewannen die englischen Weltmeister Sycamore/Weavers.

Sieg für Wilander

Barcelona (sid) – Der 19 Jahre alte Schwede Mats Wilander gewann das mit 200 000 Dollar dotierte Grand-Prix-Turnier in Barcelona. Im Endspiel besiegte der schwedische Tennisspieler den Argentinier Guillermo Vilas 6:0, 6:3, 6:1.

SPORTPOLITIK / Weyers Kampf gegen IOC-Präsident Antonio Samaranch

IOC als Weltregierung des Sports?

dpa/sid, Belgrad

Ein reißender Strom habe noch einmal überbrückt werden können. Mit diesem Bild zeichnet DSB-Generalsekretär Karlheinz Gieseler seine Bilanz der VI. Europäischen Sportkonferenz (ESK). Folglich ist die ESK in Belgrad gerade noch einmal davongekommen. In zwei Jahren, so ist es festgelegt worden, wollen sich die Repräsentanten der staatlichen und nichtstaatlichen nationalen Sport-Dachorganisationen Europas in Cardiff zum siebten Male treffen. Dann stellt sich die Überlebensfrage erneut und wohl noch dringlicher.

Nach dreitägigem Redemarathon brachte die Konferenz ein achtseitiges Abschlußpapier zur Welt, dessen Friedensaussage heftig umstritten war. Schließlich einigten sich Ost *und West, wie das so üblich ist, auf* den kleinsten gemeinsamen Nenner und beließen es bei einem Appell an die politisch Verantwortlichen in aller Welt, zu gemeinsamen Lösungen zu kommen. Die Konferenz hatte auf diese Weise ihre Konsensfähigkeit auch in schwieriger politischer Lage bewiesen. Doch reicht das schon als *Nachweis der eigenen Existenzberechtigung?*

Die ESK litt in Belgrad unter deutschen Ermüdungs- und Abnutzungserscheinungen. Die Zahl der Teilnehmer nimmt ab, führende Köpfe des europäischen Sports blieben zu Hause. So wurde die Konferenz von den Deutschen aus Ost und West dominiert. Hier ein gutaufgelegter DSB-Präsident Willi Weyer, der mit seiner Debattierkunst jede Attacke parierte. Dort der DTSB-Präsident Manfred Ewald aus der „DDR", der, nachdem er sein Soll an Angriffen gegen die geplante amerikanische Raketensta*tionierung in Westeuropa erfüllt hat*te, die Hand zur Kooperation entgegenstreckte.

Allerdings nur, soweit es die ESK-Thematik betraf. Eine vorsichtige Anfrage des Deutschen Sport-Bundes, ob denn demnächst nicht ein Spitzentreffen der beiden deutschen Sport-Dachverbände ratsam sei, wurde von *Ewald* ausweichend beantwortet. Das ist unverständlich, wenn man bedenkt, daß gegenwärtig auf vielen Ebenen das Gespräch zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" gepflegt wird. Beim Betrachten des Terminkalenders hat die Hinhaltetaktik jedoch einen Sinn. Der „DDR"-Sportchef *Manfred Ewald will* offenbar erst die politischen Entscheidungen im November abwarten, Anfang Dezember dann beginnen zwischen DSB und DTSB die Verhandlungen über den Sportverkehr 1984.

Sie werden zu einem ersten Test für das künftige Klima zwischen den beiden deutschen Staaten werden. Zugleich wird sich zeigen müssen, wie belastbar und tragfähig die in Belgrad errichtete Brücke tatsächlich ist.

Die Furcht, die ESK würde am Nein der Osteuropäer gegenüber Strukturänderungen scheitern, wur*de durch die* Bereitschaft zum Nachdenken über den Anschluß an die Weltvereinigung der nationalen Dachverbände (IANOS) ausgeräumt. Daß die Osteuropäer umschwenkten, mag auch vom Schock des unverblümten Kompetenzanspruchs des IOC-Präsidenten Juan Antonio Samaranch auf den Massensport ausgelöst worden sein, eine Vision vor der im Sinne der Mehrheit Willi Weyer als „Weltregierung des Sports" nur warnen konnte. Olympische Grundsätze herrschen auch im Breitensport, aber die olympische Flagge als Herrschaftssymbol über jeden Sportplatz, das ist schwer annehmbar.

Weyers Vorschlag, der ESK als europäisches Sprachrohr von IANOS zusätzlich Ausstrahlung zu geben, soll bis 1985 untersucht und geprüft werden.

FORMEL 1

Kein Geld für Johnny Cecotto

sid/DW. Düsseldorf

Die Formel-1-Teams Spirit (mit dem Schweden Stefan Johansson) und Theodore (mit dem Venezolaner Johnny Cecotto und Roberto Guerrero aus Kolumbien) werden am 15. und letzten Lauf zur Weltmeisterschaft am 15. Oktober in Kyalami (Südafrika) nicht teilnehmen.

Spirit, das in dieser Saison den Honda-Turbomotor eingesetzt hat, wird von den Japanern nicht mehr beliefert, da ab Kyalami Titelverteidiger Keke Rosberg (Finnland) und sein Williams-Teamkollege Jacques Laffite (Frankreich) den Honda-Turbo statt des Ford-Coswortmotors einsetzen. Williams präsentiert in Südafrika auch gleich den neuen Wagen für die Saison 1984: den Williams FW 09 Honda. Der neue Williams-*Rennwagen unterscheidet* sich von den bisherigen Konstruktionen hauptsächlich durch längere Seitenkästen. Das Team Theodore startet aus Geldmangel nicht mehr. Cecotto wird wohl künftig bei Brabham fahren.

HANDBALL

Großwallstadt in großer Form

sid/dpa, München

Der TV Großwallstadt hat den TuS Hofweier mit seinen eigenen Waffen geschlagen. Beim 20:13 (9:7)-Auswärtssieg wurden die überfallartigen Tempoangriffe – bisher Erfolgsformel der Handball-Bundesliga-Mannschaft aus Hofweier – und der achtmalige Torschütze Manfred Freisler zu den *Eckpfeilern der Erfolges.* „Großwallstadt ist nach dieser Leistung allererster Meisterschaftsanwärter", sagte Bundestrainer Simon Schobel, der Augenzeuge des Spiels war.

Auf dem Sprung zur Tabellenspitze steht durch den 19:18-Heimsieg gegen die Reinickendorfer Füchse nur noch der nach fünf Spieltagen allein ungeschlagene Rekordmeister Frischauf Göppingen (10:0 Punkte) vor den Großwallstädtern. Die Art und Weise, wie Großwallstadt (Meister von 1978 bis 1981) vor 2800 Zuschauern den Ausfall von Spielmacher Peter Meisinger (Fußverletzung) in den Anfangsminuten verkraftete, bewies die Spielweise eines Spitzenteams.

BASKETBALL

Köln: Kritik am Trainer

sid, Köln

Köln machte sich buchstäblich selbst zum Narren und 2300 Fans in Göttingen feierten Karneval. Das Spitzenspiel des fünften Spieltages zwischen dem Meister ASC Göttingen und dem Pokalsieger BSC Saturn Köln lieferten ein neues Kapitel im Kuriositäten-Kabinett der Basketball-Bundesliga. Denn die Kölner verspielten in den letzten 90 Sekunden eine bis dahin verdiente 64:58-Führung und verloren am Ende mit 64:66, womit Göttingen (10:0 Punkte) weiter ungeschlagen die Tabellenführung verteidigte.

Nach dem 74:75 am vergangenen Mittwoch in Leverkusen war es für die Kölner die zweite Saisonniederlage innerhalb von nur vier Tagen, womit Köln mit 6:4-Zählern auf den vierten Rang abgerutscht ist. Ralph Klein, dem israelischen Coach der Kölner, warf man spontan einen taktischen Fehler vor, als er sich Sekunden vor dem Ende gegen zwei Freiwürfe und für einen Einwurf entschied. Die Rheinländer verloren prompt den Ball.

ZAHLEN

FUSSBALL

Europameisterschaft der Damen, Gruppe 4: Deutschland – Holland in Siegen 1:1 (1:0), Belgien – Dänemark in Brüssel 2:2.

1. Holland	5 2 2 1	12:7	6:4
2. Dänemark	5 2 2 1	8:5	6:4
3. Deutschl.	5 0 4 1	5:6	4:6
4. Belgien	5 1 2 2	6:11	4:6

Freundschaftsspiele: Saarbrücken – Nürnberg 3:0, Bochum – Wattenscheid 3:0, Gebhardshagen – Braunschweig 1:7, Duisburg – Düsseldorf 2:1, Searing/Belgien – Leverkusen 3:0, Frankfurt – Darmstadt 1:0, Lüttringhausen – Lüttich 1:3.

BASKETBALL

Bayreuth – Leverkusen 62:96, Charlottenburg – Hagen 103:88, Heidelberg – Osnabrück 68:65, Gießen – Wolfenbüttel 88:87, Göttingen – Köln 66:64. – Bundesliga, Damen, 1. Spieltag: Köln – München 65:78, Agon Düsseldorf – Marburg 92:53.

EISHOCKEY

Bundesliga, 11. Spieltag: Köln – Mannheim 4:5, Kaufbeuren – Freiburg 12:7, Rießersee – Rosenheim 2:5, Landshut – Iserlohn 5:3, Düsseldorf – Schwenningen 2:8.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 5. Spieltag: Schwabing – Hüttenberg 24:17, Kiel – Nürnberg 24:13, Gummersbach – Bergkamen 19:16, Dankersen – Günzburg 16:22, Göppingen – Reinickendorf 19:18, Hofweier – Großwallstadt 13:30.

HOCKEY

Damen-Länderspiele in Hamburg: Deutschland – Australien 2:1, Deutschland – Australien 1:0.

RINGEN

Bundesliga, 8. Wettkampftag, Gruppe West: Aschaffenburg – Aldenhoven 18,5:20, Schifferstadt – Königshofen 28:11, Köllerbach – Bonn-Duisdorf 20:17, Witten – Goldbach 27:12. – Gruppe Süd: Hallbergmoos – Reilingen 15,5:22, Urloffen – Freiburg-Haslach 31,5:14, Freiburg-St. Georgen – Aalen 13:24,5, Triberg – Wiesental 19:18,5.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 4. Spieltag: Bremen – Grenzau 1:9, Saarbrücken – Herbornseelbach 9:0, Bad Hamm – Heusenstamm 8:8, Düsseldorf – Altena 9:7, Reutlingen – Jülich 9:4. – Bundesliga, Damen, 4. Spieltag: Kleve – Frankfurt 9:5, Stuttgart – Donauwörth 8:8, Kiel – Kaiserberg 9:4, Ahlem – Saarbrücken 7:9.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren, 3. Spieltag: München – Paderborn 1:3, Fort. Bonn – SSF Bonn 3:0, Leverkusen – Frankfurt 1:3, Norderstedt – Passau 0:3.

ROLLHOCKEY

Europameisterschaft in Vercelli/Italien: Spanien – Schweiz 11:1, Frankreich – England 8:3, Holland – Deutschland 4:0.

KUNSTTURNEN

Länderkampf Deutschland – Südkorea in Lebach, Endstand: Deutschland 570,95 Punkte – Südkorea 559,10. – Inoffizielle Einzelwertung: 1. Geiger (Herbolzheim), 2. Rohrwick (Oppau) und Winkler (Heusenstamm) alle 114,10, 4. Wagner (Amberg) 112,75, 5. Lefebre (Hannover) 112,40, 6. Chang (Südkorea) 111,95.

BOXEN

Berufsbox-Veranstaltung in der Frankfurter Festhalle, Schwergewicht (vier Runden): Classen (Düsseldorf) – Marignan (Frankreich) Unentschieden, Mittelgewicht: G. Rocchigiani (Berlin) K.-o.-Sieger 1. Rd. über Heytens (Belgien), Schwergewicht (acht Runden): Hartmann (Frankfurt) – Rodriguez (Spanien) Unentschieden, Halbschwer (acht Runden): Jassmann (Korbach) – Mudimbi (Zaire) Unentschieden, Mittel (sechs Runden): Varela (Rüsselsheim) Sieger durch techn. K. o. 5. Rd. über Bitterling (Pforzheim), Superfeder (um den WAA-Titel): Weller (Pforzheim) Sieger durch techn. K. o. 1. Rd. über Ortega (USA), Superfeder (acht Runden): Chitenle (Sambia) PS über Mullins (USA).

RADSPORT

Omnium-Europameisterschaft der Profis in Kopenhagen: 1. Clark (Australien) 6 Punkte, 2. Frank (Dänemark) 9, 3. Freuler (Schweiz) 12, 4. Doyle (England) 18, 5. Kristen (Deutschland) 20.

SKISPRINGEN

Matten-Skispringen in Hinterzarten: 1. Ulaga (Jugoslawien) 267,4 Punkte, (91+93), 2. Puikkonen 260,6 (90+91), 3. Nykänen 259,6 (91+90), 4. Kokkonen (alle Finnland) 259,0 (90+90), 5. Bulau (Kanada) 258,1 (90+91) ... 12. Rohwein 246,6 (88,5+87,5), 22. Samek 237,5 (86+84), 23. Bauer und Boll beide 235,8 (86,5 + 84) ... Klauser 235,5 (85 + 85) ... 30. Waldvogel (alle Deutschland) 230,3 (84+84).

TISCHTENNIS

Bundesliga, Damen, 4. Spieltag: Kleve – Frankfurt 9:5, Stuttgart – Donauwörth 8:8, Kiel – Kaiserberg 9:4, Ahlem – Saarbrücken 7:9, Düsseldorf – Frankfurt 3:9, Kronshagen – Kaiserberg 8:8.

1. Kiel	6 5 0 1	50:29	10:2
2. Kronshagen	6 4 2 0	52:32	10:2
3. Kleve	4 3 1 0	35:25	7:1
4. Kaiserberg	4 2 1 1	30:30	5:3
5. Donauwörth	4 1 2 1	32:26	4:4
6. Frankfurt	5 2 0 3	33:37	4:6
7. Ahlem	5 1 1 3	37:42	3:7
8. Saarbrücken	4 1 0 3	22:34	2:6
9. Stuttgart	4 0 1 3	19:35	1:7
10. Düsseldorf	4 0 0 4	16:36	0:8

WASSERBALL

Europapokal der Pokalsieger, Vorrundenturnier in Duisburg: Duisburg 98 – Charenton/Frankreich 13:3 (4:0, 2:0, 4:2, 3:1), Duisburg 98 – SC Antwerpen 15:3, (2:0, 6:0, 3:2, 4:1), Charenton – SC Antwerpen 12:5.

1. Duisburg 98	2 2 0	28:6	4:0
2. Marne-Charenton	2 1 1	15:18	2:2
3. SC Antwerpen	2 0 2	8:27	0:4

GALOPP

Rennen in Köln: 1. R.: 1. Narr (R. Malinowski), 2. Senja, 3. Sefront, Toto: 36/12, 16, 10, ZW: 260, DW: 544, 2. R.: 1. Slenderrella (G. Bocskai), 2. Opus, 3. Kingston, Toto: 40/15, 15, 15, ZW: 120, DW: 656, 3. R.: 1. Newcomer (R. Ording), 2. Miss Aurelia, 3. Kavalkade, Toto: 28/15, 20, 22, ZW: 176, DW: 1704, 4. R.: 1. Fra Diavolo (D. Ilic), 2. Neigo, 3. Doncel, Toto: 236/66, 50, 34, ZW: 4606, DW: 45 880, 5. R.: 1. Argonaut (G. Bocskai), 2. Belle Duchesse, 3. Nyx, Toto: 48/19, 17, 21, ZW: 232, DW: 2008, 6. R.: 1. Ermione (St. Eccles), 2. Little Sir, 3. Cira, Toto: 76/22, 26, 22, ZW: 852, DW: 3768, 7. R.: 1. Omen (P. Schade), 2. Kaiserjagd, 3. Kashmora, Toto: 60/16, 14, 21, ZW: 152, DW: 864, 8. R.: 1. Lagunas (G. Bocskai), 2. Bootsman, 3. Daun, Toto: 14/12, 22, 17, ZW: 172, DW: 752, 9. R.: 1. Herdonia (E. Apter), 2. Adlerschwung, 3. Chariadouce, Toto: 112/34, 54, 26, ZW: 1748, DW: 15 860, 10. R.: 1. Dubbio (D. Ilic), 2. Wundertraum, 3. Atomvogel, Toto: 48/20, 17, 85, ZW: 160, DW: 6084.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 3, 19, 20, 27, 33, 47, Zusatzzahl: 22. – Spiel 77: 9 2 2 8 9 2 8. – Toto, Elferwette: 1, 1, 1, 2, 2, 2, 1, 2, 1, 0, 2. – **Rennquintett:** Rennen A: 14, 13, 15. – Rennen B: 31, 22, 30. – **Glücksspirale**, Endziffern: 98, 420, 2813, 91 807, 935 131, 9 709 996. – **Prämienziehung:** 401 008, 533 107, 008 269. (Ohne Gewähr.)

BOXEN / René Weller schlug einmal zu und gewann einen Titel, von dem keiner weiß, was er eigentlich bedeutet

Kochlöffel-Schlag zur ominösen Weltmeisterschaft

FRANK QUEDNAU, Frankfurt

Mein Gott, was für eine Qual. Wie erklärt man es dem deutschen Boxvolk, das Max Schmeling kennt und Bubi Scholz auch noch, dann aber irgendwann das Interesse abgeschaltet hat, weil sich die Rummelplatz-Atmosphäre in den Vordergrund drängte und es nicht jedermanns Sache ist, Haut den Lukas zu sehen und an sportliches Boxen denken zu sollen.

Also, wie erklärt man's den Freunden eines Sports, der hierzulande an seinem eigenen Umweltschmutz schon erstickt schien. So wie der Sprecher am Ring in der Frankfurter Festhalle: „Seit 23.38 Uhr hat die Bundesrepublik Deutschland einen neuen Box-Weltmeister." Oder so wie Erstes und Zweites Programm der deutschen Fernsehanstalten in ihren Sportsendungen vom Samstag: Überhaupt nicht, keine Meldung, kein Wort, kein Bild, nicht vorhanden, dem Vergessen schon preisgegeben, bevor jemand aufmerken könnte.

René Weller ist Weltmeister. Nachfolger von Max Schmeling? Das tut weh, das darf nicht sein. Um Mini-Maxen geht es hier, nicht um einen strammen Max.

René Weller gewann den Titel nach der Version der World Athletic Association (WAA) im Super-Federgewicht. Er tat es, weil er nach etwa 40 Sekunden mit einer rechten Geraden das Kinn eines gewissen James Ortega getroffen hatte, Ortega nicht mehr richtig zu sich kam und der Ringrichter nach 2:38 Minuten den Kampf abbrach. Weller: „Selbstverständlich, ich fühle mich als Weltmeister. In diesem Ring werde ich noch viele große Siege tanzen." Ali-Attitüde, für was?

Erste Szenenbeschreibung: Der technische Leiter der Veranstaltung trug einen weltmeisterlichen Smoking. Aber der Gong war nicht da. Bei zwei Amateurvereinen war einer bestellt; keiner brachte ihn vorbei – vielleicht hielten die Amateure das gar nicht für Boxen. Da der technische Leiter im Zivilberuf Koch ist, kam er wohl auf den rettenden Einfall. Plötzlich hieb einer mit einem hölzernen Kochlöffel auf eine jener Blechwannen, in denen in Kantinen die Erbsensuppen warm gehalten wird. Kochlöffel-Weltmeisterschaft, Küchen-Titel mit zerbeulter Blechwanne.



Zweite Szenenbeschreibung: Weit nach Mitternacht schreckte ein Gerücht die Teilnehmer an der Siegesfeier im Hotel Plaza auf. Dieser Ortega, der sein schnauzbärtiges Gesicht und den etwas schwammigen Körper hingehalten hatte, sei gar nicht der Ortega, der WAA-Weltmeister. In solchen Situationen ist es gut, wenn der Weltverbands-Gründer persönlich anwesend ist. Also sagte Pat O'Grady, dem in Denver 40 Boxer gehören, dessen Sohn einmal Weltmeister war, dessen Frau die Kampfrekorde führt, also sagte Pat O'Grady: „Das ist James Ortega, ich habe ihn in dem Kampf gesehen, in dem er den Titel gewann. Selbstverständlich, er ist es." Was nicht besagt, daß er boxen kann. Seine Betreuer, so heißt es, hätten vor dem Kampf nicht so recht gewußt, wie sie die Bandagen um die Fäuste des Champs wickeln sollten.

Pat O'Grady, weinrotes Hemd, brauner Anzug, schwarze Schuhe, laut und massig wie einer jener Touristen, denen in Alt-Heidelberg der Fotoapparat abhanden kam, ist nicht mehr WAA-Präsident. Das ist jetzt ein Mann namens Jay „Champ" Thomas. Er schreibt Bücher. Zum Beispiel „Die lebende Legende Sean O'Grady – eines der größten Sportbücher aller Zeiten". Sean ist der Sohn, alle kommen aus Denver, Ortega auch, Blake Carrington und sein Clan grüßen.

Mit ihm, so Weltverbands-Gründer O'Grady, könne man in den USA Millionen machen. Er sei schnell, stark, sehe gut aus: René Weller kostete die Minuten nach seinem Sieg aus. Den Lorbeerkranz um den Hals, auf den Schultern seiner Betreuer sitzend, ließ er sich Freundin Doris zum Kuß emporreichen. Vielleicht wird er jetzt auch im Frankfurter Hotel Plaza erkannt. Dort hatte man ihn („Wir wissen ja nicht, wer Sie sind") zwei Stunden lang warten lassen, bevor er in sein Zimmer gehen durfte. James Ortega saß derweil auf seinem Ringhocker wie vorher nach einer rechten Geraden im Staub: völlig verdutzt, sprachlos, ein wenig geistesabwesend (unten). FOTOS: PERENYI/SIMON



René Weller war dennoch zufrieden. Zweifel ließ er nicht aufkommen. So schnelle K. o.-Schläge kämen nun einmal vor im Boxsport, beim Ali und dem Sonny Liston sei das auch so gewesen. Selbstverständlich, Max Schmeling hat gegen Joe Louis auch zwei Minuten verloren (1938). Schluß mit diesen Vergleichen.

In Frankfurt war es eher so, daß Weller mit einem harten, guten, schnellen Schlag verhindert hat, daß der ominöse Weltmeister noch deftiger enttarnt wurde. So hat Ortega schnell verloren, brauchte gar nicht zu zeigen, ob er boxen kann, darf seine 50 000-Dollar-Gage in Sicherheit bringen.

René Weller ist, das gilt nicht erst seit gestern, ein guter Boxer. Ein gewissenhafter noch dazu. Das Bild des Show-Spielers, das er für sich selbst in der Öffentlichkeit so gerne zeichnet, gilt nicht. Es ist nur Teil des Geschäftes in Sachen Leder und Schmuck, das er betreibt. Als Sportler ist er unantastbar.

Aber gleich Weltmeister mit pompösem Silbergürtel? Ein Sport, der verschiedene Weltverbände zuläßt und zwei davon (WBC und WBA) auch noch von solch zwielichtigen Geschäftemachern wie Bob Arum und Don King beherrschen läßt, darf nicht aufmucken, wenn er als unseriös bezeichnet wird.

René Wellers Logik ist deshalb so abwegig nicht. Er sagt: „Niemand soll glauben, daß ich mich jetzt für den Größten halte, nur weil ich Ortega geschlagen habe. Ich weiß auch, daß es noch andere Verbände gibt und jeder von seinem Weltmeister behauptet, er sei der Beste. Wie soll ich aber wissen, wer recht hat, wenn ich nicht gegen alle Weltmeister geboxt habe."

Die anderen Weltmeister heißen Roger Mayweather (WBC) und Hector Camacho (WBA) – Namen, weiter nichts, wie Ortega auch. Wie es nun weitergehen soll, weiß keiner so recht. Weller will Europameister gegen den Italiener Lucio Cusma werden, gegen den er auf Sizilien schon unentschieden geboxt hat. Sein Manager Wilfried Sauerland hat aber den sogenannten WM-Kampf nur nach Frankfurt bekommen, weil er die Verpflichtung eingegangen ist, Weller werde seinen WAA-Titel innerhalb von 90 Tagen verteidigen.

Dann, so heißt es, kommt ein Mann namens Frank Newton auf ihn zu, nur noch ein Name mehr. Mama O'Grady, die Dame, die im Clan die Ranglisten führt, sagt, Newton sei in 24 Kämpfen unbesiegt. In was für Kämpfen, wo, wer sind die, die er besiegt hat?

Ein Niemandsland des Sports, oder ein Dschungel, in dem mit dem Suppenlöffel auf Blech geschlagen wird und Betreuer des Titelverteidigers nicht in der Lage sind, ihrem Schützling die Handschuhe überzuziehen.

Mini-Maxen. Laßt Max Schmeling aus dem Spiel, nennt nicht jeden seinen Nachfolger. Max war Weltmeister.

MOTORRAD

Doppelsieg für Schweden

sid, Llandrindod Wells

Die Motorrad-Geländefahrer Schwedens triumphierten bei der 58. Internationalen Sechstagefahrt erstmals in den Wertungen „Trophy" und „Silvervase", doch das Gesprächsthema Nummer eins war auch gestern noch das Ungeschick der deutschen Teilnehmer. Weil zwei „Trophy"- und drei „Silvervasen"-Fahrer am Donnerstag unerlaubt die ausgewiesene Strecke verlassen hatten, waren sie disqualifiziert worden und brachten ihre Mannschaften im Kampf um die Weltmeisterschaft mit 98 550 Strafpunkten (A-Team) und 137 420 (B-Team) ins Hintertreffen – die Plätze neun und 13 waren die Ausbeute für den neunmaligen „Trophy"- und sechsmaligen „Vasen"-Gewinner.

„Die deutschen Fahrer sind alte Hasen, ich kann nicht verstehen, was sie gemacht haben", erklärte CSSR-Teammanager Jan Krivka, der in der Jury eine Kampfabstimmung gefordert hatte, die dann mit 12:4 gegen die Deutschen ausging. „Die Strafe ist hart, aber das Reglement sieht nichts anderes vor", sagte Fahrtleiter Brian Jones.

Die Betroffenen sahen es anders: „Man muß das verstehen", forderte der mitverurteilte Europameister Eddy Hau (Sauerlach) aus dem „Silvervasen"-Team. „Wir wußten, was an der betreffenden Stelle auf uns zukam, und dann stand da einer, der uns rechts in den Wald schickte. Ich habe gedacht, es ist ein Marschall des Veranstalters."

Sicher, mit einem Sieg hatte keiner so richtig gerechnet. Der deutsche Geländesport befindet sich im Jahr eins nach Zündapp im Umbruch. Die Münchner Firma, die in Deutschland auf diesem Sektor tonangebend war und auch für die europäische Konkurrenz Maßstäbe setzte, hatte sich nach 45 Europa- und zwei Weltmeisterschaften dem Straßenrennsport zugewandt.

Schon die Europameisterschaft, zwei Titel für Italien, zwei für die „DDR" und nur einer (statt wie 1982 drei) für die Fahrer aus der Bundesrepublik Deutschland hatte gezeigt, daß die OMK-Fahrer in Wales lediglich Außenseiter sein konnten. Doch als die mitfavorisierten Italiener, die „DDR" und die CSSR plötzlich Fahrer verloren, schien einer der vorderen Plätze möglich.

FUSSBALL / Deutsches Damen-Team ausgeschieden

Die Widersprüche des Trainers Gero Bisanz

DW. Siegen

„Wir haben eine große Chance vertan, etwas für den Damen-Fußball zu tun." Resigniert und enttäuscht zog Anne Trabant-Haarbach, die Spielführerin der Damen-Nationalmannschaft des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), Bilanz. Soeben war ihre Mannschaft mit einem 1:1-Unentschieden gegen die Niederlande aus dem Kampf um die Teilnahme an der ersten Europameisterschaft ausgeschieden.

Die Qualifikation für diese EM war jedoch das erklärte Ziel aller Beteiligten, als vor einem Jahr erstmals eine Damen-Nationalelf aufgebaut wurde. Doch während die Spielerinnen nach dem Unentschieden in Siegen für ihre Enttäuschung und ihr Ausscheiden noch keine Worte fanden, erklärte Trainer Gero Bisanz lapidar: „Wir sind einfach noch nicht so weit, um international mithalten zu können." Daß der deutsche Damen-Fußball vielleicht sogar schon einmal in seiner Leistung weiter war, wollte er nicht gelten lassen: „Diese inoffizielle Weltmeisterschaft der SSG Bergisch-Gladbach war ein Zufall und ist nicht überzubewerten. In anderen Ländern wird ebenfalls schon lange Fußball gespielt und zum Teil ganz anders trainiert." Gero Bisanz, der Trainer-Ausbilder des DFB, war vor einem Jahr im Rahmen dieser Tätigkeit von „Herrn Neuberger beauftragt worden, mich um den Aufbau einer Damen-Nationalmannschaft zu kümmern".



Das Ziel nicht erreicht: DFB-Trainer Gero Bisanz. FOTO: RZEPKA

Der Aufbau einer Nationalelf – für Gero Bisanz eine Aufgabe unter vielen. Und angesichts der Leistungsstärke der deutschen Spielerinnen erschien ihm das Ansinnen des DFB-Chefs nicht allzu zeitraubend. Er traute sich zu, die deutsche Mannschaft zur Endrunde der Europameisterschaft zu führen. Das ist ihm nicht gelungen.

Vier Unentschieden und eine Niederlage bei einer noch ausstehenden Begegnung (mit Belgien am 22. Oktober) reichten nicht annähernd, um die Erwartungen und Hoffnungen zu erfüllen, die vor allem Anne Trabant-Haarbach mit einer Damen-Nationalmannschaft verknüpft hatte: „Wir sind technisch schon weit, aber uns fehlt Spielpraxis." Der Mangel an Spielpraxis verwundert nicht, denn diese Nationalmannschaft wurde erst kurz vor Beginn der Qualifikationsrunde für die EM zusammengestellt. Drei Lehrgänge innerhalb eines Jahres und ein einziges Freundschaftsspiel sollten nach dem Plan von Trainer Gero Bisanz reichen, um in „unserer Gruppe Erster zu werden".

Daß es schließlich doch nicht reichte – dafür konnte der Trainer keine konkreten Gründe anführen. Einerseits räumte er ein, daß „die Mannschaften alle etwa gleich stark" waren, andererseits sprach er seinem Team die entsprechende Spielpraxis ab. Ausschlaggebend schien ihm letztlich das größere physische Durchsetzungsvermögen der Gegnerinnen, die „eine härtere Spielweise entwickelten, als ich sie mir für den Damen-Fußball wünsche".

In Dänemark und Holland trainieren Frauen oft mit Männern und tragen sogar Spiele gegen männliche Jugendmannschaften aus. Das lehnt Bisanz für den DFB-Bereich ab. Er favorisiert den technisch und taktisch versierten Fußball für Damen-Mannschaften und fordert stärkere Gegner für die Vereinsmannschaften. Die mangelnde Konkurrenz, bedingt durch die momentane Organisation des Spielbetriebs in Verbandsligen unterfordert viele talentierte Spielerinnen, ihre Entwicklung stagniert.

Um die Entwicklung im Damen-Fußball zu forcieren, fordert Bisanz jetzt die Einführung von Regionalligen („eine Bundesliga ist noch Utopie"), „damit die Spielerinnen aufgrund der größeren Konkurrenz besser gefordert werden". Daneben aber mußte der Trainer erkennen, daß die Damen-Mannschaft zur Beschleunigung ihrer Entwicklung intensivere Betreuung erfordert und nicht als eine unter vielen Aufgaben nebenamtlich erledigt werden kann: „Es wäre zu wünschen, daß ich mehr Zeit dafür hätte."

Reagan verteidigt Präsenz der USA in Libanon

Washington besorgt über Aufrüstung Syriens mit SS 21

KIELINGER/DW. Washington/Bonn

Präsident Ronald Reagan hat am Wochenende bestätigt, daß Syrien in Kürze von der Sowjetunion mit Raketen vom Typ SS 21 ausgestattet werden wird. Bei dieser taktischen Waffe mit bis zu 120 km Reichweite handelt es sich um die modernisierte Version der im Westen unter dem Namen „Frog" bekannten Rakete. Die mobile SS-21-Rakete wurde bislang noch niemals außerhalb der Sowjetunion oder anderer Warschauer-Pakt-Staaten stationiert.

Reagan beschuldigte in einer öffentlichen Rundfunkansprache die syrische Regierung, ihre ursprüngliche Absicht, sich aus dem Libanon zurückzuziehen, aufgegeben und statt dessen 5000 sowjetische Berater und Techniker „sowie massive sowjetische militärische Ausrüstung" in ihr Land gelassen zu haben.

Reagan verteidigte die Präsenz der USA in Libanon. Er stellte die Frage, ob die Vereinigten Staaten oder die freie Welt dabei zusehen könnten, „daß der Nahe Osten dem sowjetischen Block einverleibt wird". Der amerikanische Präsident erinnerte in dem Zusammenhang an die Abhängigkeit Westeuropas und Japans vom Erdöl aus dieser Region.

Dramatische Veränderung

Auf die rapide Aufrüstung in Syrien ist die amerikanische Regierung wiederholt in letzter Zeit von besorgten Vertretern moderater arabischer Staaten, darunter Jordanien und Saudi-Arabien, angesprochen worden. Die militärische Situation in Syrien hat sich seit dem Ende der israelischen Invasion nach Libanon, vor über einem Jahr dramatisch verändert. Syrien verfügt inzwischen wieder über ein weitgehend modernisiertes und ausgewechseltes militärisches Arsenal, das zwar noch immer nicht an die israelische Kapazität heranreicht, aber in einem zukünftigen Konflikt schweren Schaden im israelischen Kerngebiet und den Städten zufügen könnte.

Experten der Washingtoner Administration beziffern den Wert des zuletzt von den Sowjets gelieferten Rüstungsguts schon jetzt auf 2,5 Milliarden Dollar. Unter den Waffen befinden sich Kampfbomber vom Typ MiG 23 und MiG 25, moderne M-72-Panzer und mehrere Batterien der Luftabwehrrakete SAM-5, die wie die SS 21 bislang niemals an Länder außerhalb des Warschauer Pakts geliefert worden sind.

Mehr und mehr sieht die Reagan-Administration ihren eigenen Fahrplan zur Befriedung der Region – zuletzt formuliert von Präsident Reagan am 1. 9. 1982 – zurückgedrängt und durch neue Machtkonstellationen ersetzt.

Neue Rolle Israels

Dadurch hat sich auch die Rolle verändert, die Israel in dem ursprünglichen Konzept der Amerikaner zugedacht war. Noch bis vor zwei Monaten bedrängte Washington den israelischen Partner, seine Truppen aus Libanon abzuziehen und der Konsolidierung der Beiruter Zentralregierung nicht im Wege zu stehen.

Nach Beginn der Kämpfe um die Schuf-Berge ersuchten die USA die Israelis geradezu, sich nicht zu rasch aus dem umkämpften Gebiet zurückzuziehen. Inzwischen macht man sich in Washington Sorgen um die generelle militärische Entschlossenheit Israels, worüber es in der Vergangenheit nie Zweifel gegeben hatte. Die israelischen Truppen haben sich auf eine Defensivstellung entlang des Awali-Flusses zurückgezogen, wodurch Washington selber immer stärker als der Gegenspieler Syriens auf libanesischem Terrain erscheint.

*

rtr, New York

Der frühere Sicherheitsberater des ehemaligen US-Präsidenten Jimmy Carter, Zbigniew Brzezinski, hat die gegenwärtige amerikanische Nahost-Politik als einen „Trümmerhaufen" bezeichnet. In der „New York Times" schrieb Brzezinski gestern, die Vereinigten Staaten stünden kurz vor einer militärischen Verwicklung gegen die Palästinenser und Syrien. Die israelische Führung versuche absichtlich, die Politik der USA auf Libanon zu konzentrieren, um so von Präsident Ronald Reagans diplomatischen Bemühungen im Rahmen seines Nahost-Friedensplans abzulenken. „Militärisch verhält sich Amerika als die Hilfstruppe der libanesischen Armee und politisch als Stellvertreter der israelischen Außenpolitik", schrieb Brzezinski.

Fünf Millionen Zwangsarbeiter in der UdSSR

SAD/dpa, London/New York

In der Sowjetunion gibt es zur Zeit rund fünf Millionen Menschen, die zur Zwangsarbeit eingesetzt werden. Das geht, wie die Londoner „Sunday Times" meldet, aus einem Bericht hervor, den der sowjetische Geologe und Menschenrechtler Jegor Davijdow (43) diese Woche auf einem internationalen Hearing in Lissabon vorlegen wird. Davijdow zufolge verrichten „mindestens 2,5 Millionen Strafgefangene und wahrscheinlich noch einmal so viele bedingt Entlassene" in seiner Heimat Zwangsarbeit. Die Angaben von Davijdow stützen sich auf Informationen aus 252 Arbeitslagern, etwa zehn Prozent der Gesamtzahl. Dem Hearing unter Vorsitz des portugiesischen Ministerpräsidenten Mario Soares wird ein heimlich aufgenommener 40-Minuten-Film aus einem Zwangsarbeitslager vorgeführt.

Die amerikanischen Zollbehörden haben inzwischen dem US-Finanzministerium vorgeschlagen, drei Dutzend sowjetische Produkte mit einem Einfuhrverbot zu belegen, weil diese wahrscheinlich von Strafgefangenen oder Zwangsarbeitern hergestellt sind. Dies berichtet die „New York Times".

„US-Vorschläge nicht das letzte Wort"

rtr/AP, Bonn/Moskau

Die USA haben weitere Kompromißbereitschaft für eine Einigung bei den Genfer Verhandlungen über den Abbau atomarer Mittelstreckenraketen signalisiert. Der Leiter der Europaabteilung des amerikanischen Außenministeriums, Richard Burt, sagte am Wochenende in Bonn, nach einem weiteren Treffen der „besonderen Beratungsgruppe" der NATO, die jüngsten Initiativen des amerikanischen Präsidenten seien nicht das letzte Wort. Es gebe natürlich Raum für einen Kompromiß.

Die sowjetische Regierungszeitung „Iswestija" hat einen „offenen Brief" an US-Präsident Ronald Reagan veröffentlicht, in dem dieser beschuldigt wird, wegen des Abschusses eines südkoreanischen Jumbo-Jet „Haß gegen die Sowjetunion" aufzubauen. In dem Text hieß es, sogar amerikanische Geheimdienstbeamte hätten zugegeben, daß die sowjetischen MiG-Piloten, die die Maschine abschossen, nicht gewußt hätten, daß es sich um ein Verkehrsflugzeug gehandelt habe.

Wird Vorruhestandsregelung beerdigt?

Statt Verkürzung der Lebensarbeitszeit „Flexibilisierung des Arbeitslebens"

GISELA REINERS, Bonn

Wo das Treffen stattfinden wird, weiß man noch nicht, wohl aber, daß „es lange dauern wird". Am 18. Oktober kommen die Minister Norbert Blüm (Arbeit und Soziales), Gerhard Stoltenberg (Finanzen) und Otto Graf Lambsdorff (Wirtschaft) zusammen, um darüber zu beraten, ob und wie eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit bewerkstelligt werden kann, möglichst ohne, daß es etwas kostet. Vermutlich wird bei dieser Konferenz, die einst von Blüm vorangetriebene – von Lambsdorff und Stoltenberg aber ungeliebte Vorruhestandsregelung – sanft beerdigt. Die neue Devise heißt „Flexibilisierung des Arbeitslebens". Dieses vorwiegend bisher im Zusammenhang mit der Tages- und Wochenarbeitszeit verwendete Wort könnte auch auf die Lebensarbeitszeit angewandt werden.

Am Anfang nach der Regierungsübernahme, hatte die Union es noch eilig. In einer Klausurtagung kurz vor dem Weihnachtsfest, am 22. und 23. Dezember wurde über eine Vorruhestandsregelung beraten, die es Arbeitnehmern ermöglichen sollte, freiwillig mit 58 Jahren den Arbeitsplatz zu räumen. Dafür sollten sie mit einem Entgelt in Höhe von mindestens 68 Prozent des letzten Nettolohns, eher aber mehr, entschädigt werden, um einen Anreiz zum Ausscheiden zu schaffen. Durch eine Wiederbesetzungspflicht für die freigewordenen Plätze errechnete man sich eine Entlastung für den Arbeitsmarkt von ungefähr einer halben Million Menschen. Angesichts von drei Millionen Arbeitslosen, die erwartet werden, bedeutete dies schon eine Erleichterung.

Daumen auf der Kasse

Doch der Arbeitsminister, der auch zu Weihnachten schon Blüm hieß, hatte seine Rechnung ohne den FDP-Wirtschaftsminister, aber auch ohne den eigenen Parteifreund, Finanzminister Stoltenberg gemacht. Der eine lehnte aus grundsätzlichen Erwägungen ab – er befürwortet eher eine Heraufsetzung der Altersgrenze als eine Senkung; der andere hielt den Daumen auf der Kasse und erklärte das Ganze für unbezahlbar. Denn der Staat ist gefordert bei der Vorziehung des Ruhestandes; sei es über die Rentenversicherung oder über die Arbeitslosenversicherung. Weiter sollten sich an der Finanzierung noch die Tarifpartner beteiligen, sowohl die Arbeitgeber durch Zahlung von Versicherungsbeiträgen und Lohnanteilen, als auch die Arbeitnehmer durch Lohnverzicht für Lohnanteile. Den Rest sollte die Bundesanstalt für Arbeit aufbringen. Sie würde entlastet werden, da sie für eine halbe Million Arbeitslose weniger hätte aufkommen müssen.

Blüm wartete nur auf die Wahlentscheidung vom 6. März, um dann gleich loslegen zu können. In seinen Wahlkampfansprachen warb er für die CDU mit dem Slogan: „Lieber bezahlen wir dem Opa die Rente als dem Enkel die Arbeitslosigkeit." Doch nach gewonnener Wahl wurde weder der Verschiebebahnhof in der Sozialversicherung stillgelegt noch der Vorruhestand geregelt.

Erst durch den Druck der Gewerkschaften, die zu weiten Teilen eine (von Arbeitgebern abgelehnte) Wochenarbeitszeit-Verkürzung auf 35 Stunden für die nächste Tarifrunde auf ihre Fahnen geschrieben haben, wurde der Vorruhestand wieder aktuell. Hinzu kamen die schlechten Wahlergebnisse in Hessen und Bremen, die teilweise auf den Unmut der Wähler über gekürzte Sozialleistungen zurückgeführt wurden. Ebenso zählte die Rückenstärkung für Blüm durch die Sozialausschüsse, den Arbeitnehmerflügel der Partei. Der forderte Anfang des Monats erneut eine Regelung für den frühen Ruhestand. Doch es sieht nicht so aus, als ob 1984 von manchem die Hände in den Schoß gelegt werden können.

Im Gespräch ist vielmehr jetzt eine Kompromißlösung, die auf den Präsidenten der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, zurückgeht. Danach sollen 58jährige Arbeitnehmer ihre Wochenarbeitszeit halbieren können von jetzt 40 auf 20 Stunden. Wegen Begünstigung durch die Steuerprogression würde der halbe Lohn sich auf 55 Prozent des Nettolohns hochrechnen. Die Bundesanstalt – ohne sie wird es nicht gehen, das glaubt man inzwischen auch im Wirtschaftsministerium – würde 15 Prozent dazulegen. So erhielte der Arbeitnehmer 70 Prozent.

Hinzu kommen noch die Aufwendungen der Bundesanstalt für die vollen Beiträge zur Renten- und Krankenversicherung. Die müßten aufgestockt werden, damit das Altersruhegeld nicht beeinträchtigt wird, aber auch, damit die Ausfälle für die Rentenkasse, die unter chronischem Geldmangel leidet, nicht größer werden. Über die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung selbst scheint noch keine Klarheit zu bestehen. Sie müßten vom regulären halben Lohn gezahlt werden. Vielleicht wird aber auch davon abgesehen, weil der „Kurzarbeiter" ja wiederum Leistungen aus Nürnberg erhält. Möglich ist auch eine Saldierung.

Diese Regelung hätte, so wird verbreitet, den Vorteil, daß der Übergang in den Ruhestand sich gleitend vollzieht, wie es das in einigen Industriezweigen, z. B. in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, schon gibt. Der Arbeitnehmer wird nicht zum sofortigen Nichtstun verurteilt.

Die Gefahr, daß ältere Arbeitnehmer von Kollegen, Betriebsrat und Arbeitgeber gleichermaßen zum Ausscheiden gedrängt werden, ist dadurch geringer geworden.

FDP-Zustimmung?

Mit dieser Regelung könnte sich eventuell auch die FDP anfreunden, die vor allem eine Belastung der Wirtschaft durch einen vorgezogenen Ruhestand ablehnt. In der FDP war besonders die Lösung mit versicherungsmathematischen Abschlägen favorisiert worden. Doch dann hätte der vorzeitige Ruhestand pro vorgezogenem Jahr sieben bis acht Prozent der Rente gekostet – und das für den Rest des Lebens. Das hätte sicher niemand gelockt, seinen Platz im Betrieb vorzeitig zu räumen. Wäre dies Modell jedoch in Anspruch genommen worden, hätte die Rentenversicherung Einnahmenausfälle gehabt bei gleichzeitiger Leistungsverpflichtung, was der Liquidität dieser Kasse auch nicht förderlich gewesen wäre.

Die Übergangslösung hätte aber noch einen Vorteil. Es war bei der Tarifrente immer betont worden, daß die Lösung wieder zurücknehmbar sein müsse für Zeiten besserer Konjunktur und – aufgrund der Bevölkerungsstruktur – sinkender Arbeitnehmerzahlen. Von 20 Wochenarbeitsstunden auf 40 zu erhöhen, dürfte nicht so schwierig sein wie von Null Stunden auf 40.

IG Metall: Wir sind kampfbereit

rtr, München

Gewerkschaftlichen Widerstand gegen Angriffe auf die Mitbestimmung, den Abbau von Sozialleistungen und „den anhaltenden Rüstungswahn" hat der stellvertretende Vorsitzende der IG Metall, Hans Mayr, zur Eröffnung des 14. Gewerkschaftstages der Organisation gestern in München angekündigt. Die Arbeitnehmer müßten ihre erworbenen Rechte verteidigen und „verhindern, daß das Rad der sozialen Entwicklung wieder rückwärts gedreht wird". Es sei unübersehbar, daß gegenwärtig der soziale Konsens und der innere und äußere Frieden bedroht seien, erklärte Mayr vor den 551 Delegierten, die die 2,5 Millionen Arbeitnehmer vertreten. Die IG Metall sei eine „kampfbereite Massenorganisation, die die Zukunft mit dem nötigen Mut zum Risiko angeht". Ein weiteres Thema ist der personelle Wechsel an der Spitze der Gewerkschaft. Hans Mayr (62) folgt für eine nur dreijährige Amtsperiode Eugen Loderer (63), der nach elf Jahren aus Altersgründen seinen Vorsitz aufgibt.

Carstens verteidigt NATO-Nachrüstung

AP, St. Louis/Missouri

Bundespräsident Karl Carstens hat am Wochenende nachdrücklich den Nachrüstungsbeschluß der NATO verteidigt. Bei einem Besuch in St. Louis im amerikanischen Missouri sagte Carstens, der Westen, der in den vergangenen Jahren zurückhaltend aufgetreten sei, müsse seine Stärke demonstrieren. Vor allem in den siebziger Jahren hätten das westliche Bündnis im allgemeinen und die Vereinigten Staaten im besonderen bewußt Zurückhaltung geübt. Die Mitgliedstaaten der NATO seien davon überzeugt, daß die beste Chance zur Erlangung eines Abkommens über Rüstungsbegrenzung im Doppelbeschluß liege, der die Ankündigung der Aufstellung neuer Mittelstreckenwaffen mit der Bereitschaft verbindet, Abrüstungsverhandlungen zu führen.

Carstens wurde von der Washington-Universität mit der Ehrendoktorwürde der juristischen Fakultät ausgezeichnet. Gegen die Ehrung hatte es zuvor wegen Carstens Mitgliedschaft in der NSDAP Proteste von mehreren Studenten und Dozenten gegeben.



Montag, 10. Oktober 1983
Nr. 236

WELT DER WIRTSCHAFT

Ärger mit der Werkstatt

sz. – Der Schreck fährt einem jedesmal tief in die Glieder, wenn man sein Auto aus der Werkstatt abholt und ein freundliches Wesen lächelnd die Rechnung über den Tresen schiebt. Wer unter 200 Mark mit seinem geliebten Spielzeug von dannen fahren darf, kann sich glücklich schätzen. Protest wird selten laut. Aber wer hat – Hand auf's Herz – in solchen Augenblicken nicht schon einmal darüber nachgedacht, ob man das nächste Mal doch nicht lieber zu einem netten und erfahrenen Bekannten geht, der eine kleine Reparatur oder die fällige Inspektion wesentlich billiger in seiner Freizeit durchführt?

Daß Autowerkstätten nicht immer sachgerecht, dafür aber zu teuer arbeiten, wird immer wieder behauptet. Die Berliner Stiftung Warentest wollte es genau wissen. Mit simpel präparierten Personenwagen wurden über 140 Werkstätten in der Bundesrepublik gestestet. Das Ergebnis: Ein vernichtendes Urteil. Nur jede vierte Werkstatt arbeitete gut, dafür waren die Preise gesalzen. Im Durchschnitt, so das Institut, fielen die Rechnungen um 50 Prozent zu hoch aus. Hochgerechnet auf die Branche würde das bedeuten, *daß die Betriebe statt jährlich 16 nur* gut zehn Milliarden Mark einnehmen dürften.

Nun gut, schwarze Schafe gibt es überall. Vielleicht wurden gerade sie ertappt. Doch klagen die Kfz-Werkstätten allgemein über zu geringe Auslastung, weil die Autofahrer sparen und die *Industrie die Autos* zuverlässiger macht. Da muß sich der Verdacht aufdrängen, daß eben die Autofahrer, die noch in die Werkstatt kommen, für den notwendigen *Ausgleich sorgen müssen.*

Tee-Sorgen

K. S. – Die Zeiten ungewöhnlicher Wachstumsraten sind für den deutschen Teehandel offensichtlich vorbei. Genaue Aussagen lassen sich zwar nicht machen, da der Verbrauch am Teesteueraufkommen abgelesen wird, Schwankungen in der Lagerhaltung also unberücksichtigt bleiben. Aber dennoch würde wohl kaum ein Importeur von einem steigenden Konsum reden. Einer der Gründe: Der zeitweilige Boom der aromatisierten Sorten, der den Konsum angeregt hat, gehört der Vergangenheit an. Womit aber ließe sich der Konsument erneut ködern? Zumal wenn die Preise, besonders bei den besseren Qualitäten aus Sri Lanka und Indien, steigen. Daß die Kaffeepreise stärker anziehen, mag den Substitutionsgedanken fördern, wird an der Vorliebe der Deutschen für Kaffee aber trotzdem nichts ändern. Es bringt auch wenig, wenn die Werbung den Deutschen die englischen Trinkgewohnheiten vorhält. Denn man muß den Kaffee in England probiert haben, um die Vorliebe der Briten für den Tee zu verstehen.

KOHLERUNDE / Der Ruhrkohle AG droht Verlust von über 500 Millionen Mark

Finanzierung der Anpassungsschichten stellt eines der Kernprobleme dar

HANS BAUMANN, Essen

Bei der heutigen Kohlerunde in Bonn stehen zwei Problemblöcke zur Debatte: Aufstockung der Investitionshilfe, um die Investitionsfähigkeit des deutschen Steinkohlebergbaus zu sichern, und die Finanzierung der von der IG Bergbau vorgeschlagenen 20 Anpassungsschichten im kommenden Jahr bei vollem Lohnausgleich. Allein die Ruhrkohle AG wird, so war am Wochenende am Rande des Steinkohletages '83 und des Bergmannsabends zu hören, 1983 „mindestens" 500 Millionen Mark verlieren.

Dieser Betrag muß sich zwangsläufig weiter erhöhen, wenn der Bergbau gezwungen werden sollte, jene 32 Prozent der Löhne zu zahlen, die über die 68 Prozent hinausgehen, die bei Feierschichten von der Bundesanstalt für Arbeit übernommen werden. Da mit den Anpassungsschichten auch versucht werden soll, Kosten zu senken und Liquidität durch Haldenabbau zu beschaffen, muß die Kohlerunde eine Ausnahmeregelung für die Bundesanstalt für Arbeit finden, denn bisher werden die 68 Prozent Feierschichtenzuschlag nur für Förderausfall und nicht für den Abbau von Halden gewährt.

Es wird für nicht sehr wahrscheinlich gehalten, daß Bonn und die Kohleförderländer direkt die Kosten der Anpassungsschichten tragen, da sich hieraus ein Gewohnheitsrecht ableiten ließe und indirekt von der öffentlichen Hand der Abbau von der 40-Stunden- auf die 35-Stunden-Woche bezahlt würde.

Wie stark die Stahlkrise auf die Steinkohle durchgeschlagen hat, zeigt der Rückgang des Absatzes an die Stahlindustrie insgesamt von 47 Millionen Tonnen 1979 auf 31 Millionen Tonnen 1982. Gleichzeitig konnten zwar an die Stromwirtschaft mit 36 Millionen Tonnen eine Million Tonnen mehr abgesetzt werden, auf den übrigen Märkten jedoch verlor der deutsche Steinkohlebergbau in dieser Zeit von 13,5 auf elf Millionen Tonnen. Die Stahlflaute hat ganz besonders die Ruhrkohle in Mitleidenschaft gezogen. *Ihr Absatz* ging von 1981 auf 1982 von 62 auf 53 Millionen Tonnen zurück. 1982 konnten die Probleme noch durch Aufhaldung gelöst werden, von 1983 an muß zu den Mitteln Feierschichten, Betriebsurlaub, Belegschaftsverminderung und Teilstillegung gegriffen werden. Von September 1982 bis September 1983 verließen 7600 Mitarbeiter die Ruhrkohle.

Die betriebswirtschaftlich optimale Antwort auf den Einbruch der Kokskohlenachfrage wäre die sofortige Stillegung von sieben Millionen Tonnen Förderkapazität und die Entlassung von *12 000* Mann Belegschaft. Da sich dazu aber kein Aufsichtsrat bereitfinden würde und auch die Politik solche Maßnahmen verhindern würde, muß ein sozial- und regionalfreundlicher Weg der Anpassung gefunden werden.

Zur Debatte steht in Bonn auch die Teilstillegung der Zeche Gneisenau, die 1988 sowieso auslaufen sollte. *Punktuell* soll darüber hinaus auf anderen Schachtanlagen die Förderung gedrosselt werden. Auch künftig wird der Bergbau versuchen, jene Mengen an sich zu ziehen, die die Stromwirtschaft heute noch aus dem Ausland bezieht. Dazu werden Preisnachlässe bis zu 100 Mark je Tonne auf den *Listenpreis* gewährt. Auf keinen Fall will der Bergbau Bonn um Aufhebung der Importkontingente bitten.

Bei der Ruhrkohle AG werden 1983 schon 17 Fördertage ausfallen, fünf durch Betriebsurlaub und 12 durch *Kurzarbeit. Die* dadurch entstehenden Verluste werden mit „wenigstens 500 Millionen Mark" angegeben. Sollte der Bergbau politisch bei der Kohlerunde gezwungen werden, die Differenz von 32 Prozent zu den 68 Prozent, die die Bundesanstalt für Arbeit bei Feierschichten gewährt, zu zahlen, so geriete die Ruhrkohle ganz tief in die *roten* Zahlen.

Bei der Kohlerunde wird der Bergbau in Bonn nicht nur mit dem Argument der Versorgungssicherheit bei einem Anziehen der Weltkonjunktur arbeiten. Er wird auch auf die arbeitsmarktpolitische Bedeutung der Steinkohle mit *ihren 180 000* direkt und den 400 000 indirekt Beschäftigten hinweisen, ebenso auf die 17 000 Lehrlinge, die im Bergbau beschäftigt sind und übernommen werden. *Jeder dritte Industriebeschäftigte ist* in den Kohleregionen mit dem Bergbau verbunden.

US-AKTIENMÄRKTE

Zinszuversicht erweist sich als starker Hausse-Motor

H.-A. SIEBERT, Washington

Ein Bündel positiver Konjunktursignale hat die US-Aktienmärkte in der vergangenen Woche weit nach vorn gebracht. An der New York Stock Exchange stellte der Dow-Jones-Industrie-Index bei hohen Umsätzen gleich zwei Rekorde auf. Bei Börsenschluß am Freitag notierte er 1272,15 Punkte – 495 oder 64 Prozent mehr als zu Beginn der Hausse vor 14 Monaten. Über die Woche gewann er 39,02 (Freitag: 3,35) Punkte, während der breitgestreute Nyse-Index um 2,48 (0,28) auf 98,72 Punkte – ebenfalls ein neuer Rekord – schnellte. Unter Führung von IBM haben sich ausgesuchte Computerwerte wie Honeywell, *National Semiconductor* und NCR deutlich erholt.

Bestimmt wurde das Klima durch den Rückgang kurzfristiger Zinsen, was sich an den US-Rentenmärkten in stark ermäßigten Renditen niederschlug. Die größere Zinszuversicht spiegelte sich auch im Dollarkurs, der am Freitag am New Yorker Platz von 2,5830 auf 2,5660 Mark sackte. *Keinerlei Eindruck machte die Erhöhung* der Geldmenge MI (Bargeld und Sichteinlagen) in der letzten Berichtswoche um 600 Millionen Dollar. Die Aggregate bewegen sich nach wie vor innerhalb der Zielkorridore; überdies sank die Nachfrage nach Geschäftskrediten um mehr als eine Milliarde Dollar.

Die jetzt veröffentlichten Beschlüs*se des Offen-Markt-Komitees des* Federal Reserve System zeigen, daß die „Fed" im September die Geldschleusen etwas öffnete, nachdem sie von Mai bis Juli geschlossen worden waren. Es sieht so aus, daß sich die US-*Notenbank darauf konzentriert,* den Tagesgeldsatz zwischen neun und 9,5 Prozent zu halten. Am Freitag betrug er 9,35 Prozent. Nicht ernst genommen hat die Wall Street die Prognose von US-Finanzminister Regan, wonach Washingtons Haushaltsdefizit im Finanzjahr 1985 auf 100 bis 125 Milliarden Dollar sinken soll. Inzwischen hat die Treasury auch erklärt, diese Voraussage gelte nur, wenn der Kongreß Präsident Reagans zusätzliche Ausgabenkürzungen akzeptiere, was im Wahljahr jedoch unwahrscheinlich ist. Das Haushaltsbüro des *Weißen Hauses hält an rund 170 Milliarden* Dollar fest.

Als Hausse-Motor erwies sich der Rückgang der US-Arbeitslosenrate im September auf 9,3 (Dezember: 10,7) Prozent, verglichen mit 9,5 Prozent im August. Seit Beginn des Aufschwungs ist in Amerika die Zahl der Arbeitslosen um 1,6 auf 10,4 Millionen gefallen; die Zahl der Beschäftigten nahm um *2,9 auf 101,9 Millionen* zu. Die *Erholung* ist aber unausgeglichen: In New York, New Jersey, Texas und Massachusetts erhöhte sich die Arbeitslosigkeit. Kräftige Anstöße *sind außerdem von höheren* Industrieaufträgen – plus 1,1 Prozent im August – ausgegangen. Solide Wachstumsraten registrieren weiterhin die großen US-Warenhausketten. Bei *Sears Roebuck & Co.* stiegen die Umsätze seit Jahresfrist um 13,5 (Oktober: 27,5) Prozent.

Warten auf Lathière?

Von GERD BRÜGGEMANN

Wie allgemein erwartet, hat die Bundesregierung auf ihrer letzten Sitzung beschlossen, den Bürgschaftsrahmen für das europäische Airbus-Programm um 400 Millionen auf 4,5 Milliarden Mark zu erhöhen. Damit verschafft Bonn dem angeschlagenen Unternehmen, das seit Monaten Flugzeuge nur noch auf Halde produziert, eine Atempause. Darüber hinaus hat das Kabinett eine weitere Entscheidung getroffen, die für die europäischen Flugzeugbauer noch wichtiger ist als der höhere Bürgschaftsrahmen. Bonn ist unter gewissen Bedingungen bereit, auch die Entwicklung eines neuen Flugzeugmodells finanziell zu fördern. Dabei handelt es sich um ein Kurz- und Mittelstreckenflugzeug mit einer Kapazität von 150 Passagieren und der Bezeichnung A 320.

Bernard Lathière, Präsident der Airbus-Industrie, hält ein Überleben des *zivilen Flugzeugbaus in Europa* nur für möglich, wenn die neue Maschine, deren Entwicklungskosten er auf reichlich fünf Milliarden Mark schätzt, bis 1988/89 einsatzbereit ist. *Bis zum Ende der neunziger Jahre* rechnet er mit einem Absatz von 800 Maschinen. Dabei handelt es sich jedoch um Zukunftsmusik, denn mit der Entwicklung des Flugzeuges wurde noch nicht einmal begonnen. Auch die Bonner Beteiligungsbedingung, daß nämlich eine ausreichende Zahl von Aufträgen vor dem Startsignal vorliegen muß, ist nicht erfüllt. Lediglich die beiden französischen Staatsgesellschaften Air France und Air Inter haben auf Weisung ihrer Regierung 75 Maschinen geordert.

Da sich die Hoffnungen der Airbusbauer, die staatliche British Airways werde die neue Maschine bestellen, vor einigen Wochen zerschlugen, als die Briten ganz uneuropäisch bekanntgaben, sie hätten sich für amerikanische Flugzeuge entschieden, rückt die Lufthansa nun in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Die deutsche Gesellschaft hat sich bisher bedeckt gehalten.

Tatsächlich aber kann nicht übersehen werden, daß die A 320 zu Beginn der neunziger Jahre ganz gut in die Lufthansaflotte passen könnte, wenn die Boeing 727, deren jüngstes Exemplare gegen Ende der siebziger Jahre in Dienst gestellt worden sind, ausgemustert werden müssen und der Airbus A 310 mit seinen 200 Sitzplätzen sich für viele Strecken als zu groß erweist. Allerdings ist die Lufthansa bisher wohl der Ansicht gewesen, sich mit einer Entscheidung Zeit lassen zu können. Sie verfügt über einen außerordentlich modernen Maschinenpark, so daß ein Nachdenken über Flugzeuge, die erst in fünf bis sechs Jahren auf den Markt kommen, nicht besonders dringlich erscheint, auf einen Markt überdies, auf dem auch attraktive Flugzeuge amerikanischer Hersteller angeboten werden.

Dies kann sich aber sehr bald als ein zu unternehmensbezogener Gesichtspunkt herausstellen, der sich lange kaum durchhalten läßt. Zwar ist sicher nicht damit zu rechnen, daß eine Bundesregierung mit der Fluggesellschaft, an der sie mehrheitlich beteiligt ist, so rüde umgeht, wie französische Kabinette das mit ihren Luftlinien tun. Aber es wäre unrealistisch, nicht zu erkennen, daß es hierzulande ein beachtliches Druckpotential gibt. Es ist vorerst noch ganz und gar ungeordnet, ließe sich aber wohl, wenn es sich als nötig erweisen sollte, recht schnell formieren.

Die Lufthansa wäre gut beraten, nicht darauf zu warten. Im Gegenteil, es könnte durchaus sinnvoll sein, sich dieses Druckpotentials beizeiten nutzbar zu machen. Denn die Airbus-Industrie sucht ja nach Aussage von Präsident Lathière, noch einen bedeutenden Erstbesteller für die A 320, um das Projekt überhaupt beginnen zu können. Normalerweise werden solchen Bestellern besonders günstige Konditionen eingeräumt, weil der Ersteinsatz von neu entwikkelten Flugzeugen für die Fluggesellschaften nicht ohne Risiko ist.

Da die Lufthansa sicher ist, daß die A 320 wie ihre großen Geschwister A 300 und A 310 technisch und wirtschaftlich ein gutes Flugzeug wird, bräuchte eigentlich nur noch über die Konditionen gesprochen zu werden, was bisher nicht geschah. Der Airbus-Präsident auf der anderen Seite würde enorm viel Zeit verlieren, wenn er darauf baute, daß sich die deutsche Gesellschaft unter Druck setzen ließe. Lathière, der sich gern nachsagen läßt, er sei ein vorzüglicher Verkäufer, hat in dieser Angelegenheit noch nicht in der Kölner *Lufthansa-Verwaltung vorgesprochen.* Vielleicht wartet man dort auf ihn.

AUF EIN WORT

„Kostengünstige Hardware und die Verbilligung der Software führen zu einer verstärkten Dezentralisierung der Informationsverarbeitung im Unternehmen. Damit steht die EDV nicht länger im Zentrum des Interesses. Sie kommt vielmehr wieder dorthin, wo sie hingehört: zur Unterstützung von Hilfsdiensten wie Schreiben, Rechnen und Verwalten am Arbeitsplatz."

Waldemar B. Melzer, Geschäftsführender Gesellschafter der CPT Text-Computer GmbH, Köln

FOTO: DRATHEN

Besorgniserregende Schwarzarbeit

dpa/VWD, Bonn

Besorgt hat sich Handwerkspräsi*dent Paul Schnitker über die in ihrer* Tendenz deutlich zunehmende Schwarzarbeit geäußert. Nach recht zuverlässigen Schätzungen müsse das Volumen der Schwarzarbeit im gesamten Handwerk mit – vorsichtig – zehn Prozent des Gesamtumsatzes angegeben werden, das wären immerhin etwa 38 Milliarden Mark. Schnitker betonte, es sei nicht auszuschließen, daß der Negativrekord des vergangenen Jahres in diesem Jahr erneut überflügelt wird.

US-HAUSHALT

Unternehmer sehen im Defizit das größte Konjunkturrisiko

H.-A. SIEBERT, Washington

Die US-Wirtschaft werde zwar weiter wachsen, falls sich Präsident Reagan und der Kongreß vor den Wahlen im November 1984 nicht auf einen Abbau des Haushaltsdefizits durch höhere Ausgabenstreichungen oder Steuern einigten. Das Risiko eines „Unfalls" nehme unter diesen Umständen aber zu, erklärte der Vorsitzende des Federal Reserve Board, Paul Volcker, auf der traditionellen Herbstsitzung des Rates der amerika*nischen Wirtschaft in Hot Springs,* Virginia.

In diesem Umfeld rechnet der Chef der US-Notenbank mit steigenden Zinsen, „was zu Einbrüchen im Wohnungsbau und zu einer Verschlechterung der internationalen Schuldenkrisen führen kann". Die Folge wäre ein teurer Dollar sowie ein kostspieliger Schuldendienst in den Ländern, die variable Sollzinsen vereinbart hätten. Zum erstenmal warnte Volcker auch vor einer Neuauflage der Inflation. Er forderte die Unterneh*men und Gewerkschaften auf,* bei Lohnverhandlungen und Preisfestsetzungen die Stabilitätsfortschritte zu berücksichtigen. Seit Jahresfrist seien in den USA die Verbraucherpreise nur um 2,6 Prozent gestiegen.

Als größte Gefahr bezeichneten auch die Mitglieder des Business Council, der sich aus den größten US-Unternehmen zusammensetzt, Washingtons Budgetdefizit. Es halte die Zinsen hoch, die wiederum Investitionen unwirtschaftlich machten. Übereinstimmung herrschte darin, daß sich die Prime Rate (zur Zeit elf Prozent) kaum verändern wird und *die Anleiherenditen höchstens um* 0,5 Prozent sinken. Das US-Bruttosozialprodukt wächst 1984 real um 4,8 Prozent, während die Arbeitslosenquote von 9,3 auf 8,3 Prozent zurückgeht.

ARGENTINIEN

Auslandsschulden: Gericht erlaubt Verhandlungen

dpa, Buenos Aires

Argentinien kann wieder über die Refinanzierung der Auslandsschulden seiner 32 Staatsbetriebe in Höhe von knapp sechs Milliarden US-Dollar (rund 15,5 Milliarden Mark) weiter verhandeln.

Ein Berufungsgericht in der Stadt Comodore Rivadiavia, 2000 Kilometer südlich der argentinischen Hauptstadt, hat einen entsprechenden Beschluß des Bundesrichters von *Rio* Gallegos, Federico Pinto Kramer, am Samstag für unwirksam erklärt. Einstimmig erklärte das Gericht den Bundesrichter in der Sache für unzuständig.

Der Bundesrichter Pinto Kramer in dem 2700 Kilometer südlich von Buenos Aires gelegenen Rio Gallegos hatte per Beschluß die Weiterverhandlungen mit den internationalen Banken verboten, weil nach seiner Auffassung in dem Mustervertrag mit der staatlichen Fluggesellschaft Aerolineas Argentinas die nationalen Interessen verletzt worden waren.

Der Richter wandte sich vor allem dagegen, daß New York als Gerichtsstand eingesetzt worden war. Am Dienstag hatte Pinto Kramer außerdem den Präsidenten der argentinischen Zentralbank, Julio Gonzalez del Solar, nach seiner Rückkehr von den Sitzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) in *Washington* verhaften und nach Rio Gallegos bringen lassen, wo er ihn zehn Stunden lang vernahm. Am Donnerstagabend war Gonzelez dann wieder frei*gelassen worden.*

Die Verhaftung des Zentralbankpräsidenten hatte große Besorgnis bei den internationalen Banken ausgelöst und zu dem Beschluß geführt, Argentinien keine weiteren Kredite mehr zu geben, bevor nicht die innere Lage geklärt ist.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Preisanstieg abgeschwächt

Wiesbaden (rtr) – Die Lebenshaltungskosten waren in der Bundesrepublik Deutschland im September um 2,9 Prozent höher als vor einem Jahr und um 0,2 Prozent höher als im August. Damit bestätigte das Statistische Bundesamt seine vorläufigen Berechnungen. Im August waren die Lebenshaltungskosten mit einer Jahresrate von drei Prozent und um 0,3 Prozent gegenüber Juli gestiegen.

Weltbank-Anleihe

Frankfurt (AP) – Die Weltbank begibt eine Euro-Anleihe über 200 Millionen Dollar, die mit einem Zinssatz von 11¼ Prozent und einer festen Laufzeit von sieben Jahren ausgestattet ist. Vereinbart ist ein Verkaufskurs von 100 Prozent, wie die Deutsche Bank in Frankfurt mitteilte. Die Emission werde von einem internationalen Bankenkonsortium unter Federführung der Deutschen Bank übernommen. Es sei vorgesehen, die Anleihe an der Wertpapierbörse in Luxemburg einzuführen.

Strom aus dem Atom
Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung
1982 in %

Land	%
UdSSR	6
USA	12
Großbritannien	15
BR Deutschland	17
Japan	19
Belgien	31
Frankreich	39
Schweden	40

CONDOR

Schweden, Frankreich und Belgien sind die Industrieländer, die bisher bei der Stromerzeugung am eindeutigsten auf die Kernenergie setzen. Während bei den beiden Großmächten USA und UdSSR der Kernenergieanteil relativ gering ist, *nimmt die Bundesrepublik im internationalen* Vergleich einen Mittelplatz ein. QUELLE: GLOBUS

Weg der Kurse

	7. 10. 83	30. 9. 83
Boeing	42,875	39,375
Chrysler	32	29,50
Citicorp	36,50	35,875
Coca-Cola	55,25	50,75
Exxon	37	36,50
Ford Motors	66,375	61,50
IBM	132,375	126,875
PanAm	7,625	7,125
US Steel	28,75	27,625
Woolworth	38,875	35,875

US-Stahlfusionen

Washington (Sbt.) – Noch wird die amerikanische Stahlindustrie von acht Konzernen dominiert. Der Vorstandsvorsitzende der U. S. Steel Corporation, David Roderick, ist jedoch der Ansicht, daß es nicht mehr lange so bleibt. Er wagte jetzt die Voraussage, daß sich die Zahl der Marktführer in den nächsten zwei Jahren durch Zusammenschlüsse „auf drei bis vier Unternehmen verringern wird". Dadurch werde sich auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit der US-Stahlindustrie verbessern. Roderick schloß Ankäufe durch U. S. Steel, dem größten Stahlkonzern der Vereinigten Staaten, nicht aus. Erst vorletzte Woche vereinbarten Jones & Laughlin, eine Tochter der LTV Corp., und Republic Steel eine Fusion, die von den Aktionären noch genehmigt werden muß.

Arbeitslosenrate gesunken

Washington (rtr) – Die Arbeitslosenrate ist in den USA im September auf *saisonbereinigt 9,3* Prozent von *9,5* Prozent im August gesunken. Wie das Arbeitsministerium weiter mitteilte, waren im Berichtsmonat im zivilen Bereich 10,40 Millionen Personen *nach 10,70 Millionen im August* ohne Arbeit. Im September 1982 lag die Rate noch bei 10,2 Prozent.

Londoner Kassapreise

	7. 10. 83	30. 9. 83
Kupfer (£/t)	986,5	990,5
Blei (£/t)	280,5	275,25
Zink (£/t)	563	548
Zinn (£/t)	8485	8440
Gold ($/Unze)	399,875	406,875
Silber (p/Unze)	687,95	751,10
Kakao [1] (£/t)	1498,5	1497,5
Kaffee [2] (£/t)	1846,5	1792,5
Zucker (£/t)	168	156
Kautschuk (p/kg)	77	77,50
Wolle (p/kg)	401	400
Baumwolle [3] (cts/lb)	87,55	86,70

[1] Abladung März; [2] Abladung Januar; [3] A-Index-Preis Liverpool

STEUERZAHLERBUND

Gegen Familiensplitting – Zu hoher Verwaltungsaufwand

GISELA REINERS, Bonn

Das Karl-Bäuer-Institut des Bundes der Steuerzahler (BdSt) hat sich gegen *die Pläne zur Ablösung* des Ehegattensplittings durch ein Familiensplitting ausgesprochen. Diese Pläne genügten nicht den Anforderungen der Steuergerechtigkeit und seien *zu verwaltungsaufwendig.* Der Steuerzahlerbund schlägt statt dessen ein Ehegattensplitting mit angemessenen Kinderfreibeträgen zusammen mit einem neugestalteten Kindergeld *zur Entlastung der Familien* vor.

Der Steuerzahlerbund strebt vor allem eine Lösung an, die für die öffentlichen Haushalte keine Mehrkosten *mit sich bringt. Gleicherweise* soll sie gerecht und praktikabel sein. Ein Familiensplitting komme diesem Ziel nicht nahe, weil es sich nur um Näherungslösungen handele. Beim *Ehegattensplitting* mit Kinderfreibeträgen würden die tatsächlichen Kosten eher berücksichtigt. Auch sei es einfacher bei Alleinerziehenden anzuwenden.

Man geht davon aus, daß das Ehegattensplitting die Partner in der Regel gerecht besteuert. Die Kinderfreibeträge sollten den Unterhaltsaufwand für Kinder, der die Leistungsfähigkeit der Eltern mindere, berücksichtigen und „ausreichend bemessen sein". Die Steuermindereinnahmen sollten durch die Neugestaltung des Kindergeldes, das nur noch an wirklich Bedürftige gezahlt werden soll, ausgeglichen werden. Das Kindergeld wird danach nur noch an sozial Schwache gezahlt, für die Einkommensgrenzen und Beträge mit steigender Kinderzahl angehoben werden könnten. Bei „Zahlvätern" könnte der Unterhalt für die Kinder bei Nachweis in voller Höhe in die Lohnsteuerkarte eingetragen werden.

CDU/CSU-WIRTSCHAFTSMINISTER / Bonn soll Reformpläne konkretisieren

Für flexiblere Arbeitszeit-Regelungen

DANKWARD SEITZ, München

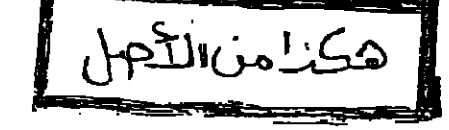
Trotz mancher Risiken im Auslandsgeschäft wird sich nach Ansicht der CDU/CSU-Wirtschaftsminister der konjunkturelle Aufschwung, in dem sich die deutsche Wirtschaft derzeit befindet, auch im kommenden Jahr fortsetzen. Ein entscheidender Durchbruch auf dem Arbeitsmarkt wird allerdings nicht erzielt werden können, auch wenn der Beschäftigungsrückgang inzwischen nahezu zum Stillstand gebracht werden konnte. Eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung wird ihrer Ansicht nach nur durch die Erschließung neuer Wachstumsfelder, durch die Förderung von Investitionen, Innovationen und Existenzgründungen sowie durch Entlastungen der Unternehmen auf der Kostenseite (etwa bei den Lohn-Nebenkosten) möglich sein.

Die Bundesregierung forderten die Wirtschaftsminister der unionsregierten Länder, die sich alljährlich zweimal treffen, daher auf, möglichst bald weiterführende Vorstellungen ihres Reformkonzepts inhaltlich wie zeitlich zu konkretisieren, um Investoren und Konsumenten eine verläßliche Orientierungsperspektive zu bieten. Die bisher beschlossenen Entlastungs- und Belebungsmaßnahmen seien nur ein erster Schritt in diese Richtung.

Eine unvertretbare Mehrbelastung wird nach Meinung der Minister, die sich diesmal unter dem Vorsitz ihres bayerischen Kollegen Anton Jaumann in München trafen, die von den *Gewerkschaften geforderte 35-Stunden-Woche* für die Unternehmen bringen und zusätzliche Arbeitsplätze gefährden. Alle Bestrebungen, die Arbeitszeit flexibler und individueller zu gestalten, seien nur bei absoluter Kostenneutralität zu befürworten. So sollte beispielsweise jedem Betrieb durch tarifliche Öffnungsklauseln die Wahl zwischen mehr Lohn oder mehr Freizeit ermöglicht werden.

Der Einbeziehung des Landes Bremen in die regionale Strukturförderung wollen die CDU/CSU-Wirtschaftsminister nur dann zustimmen, wenn für Bremen zusätzliche Gelder bereitgestellt und keine Abstriche bei der Förderung bisheriger Gebiete gemacht werden. Nach Ansicht von Jaumann droht nämlich die Gefahr, daß dann auch Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen für weitere eigene Regionen entsprechende Hilfen beantragen.

An das Bundesverkehrsministerium wurde appelliert, den Bau der neuen Bundesbahnstrecke Hannover-Würzburg (Investitionsvolumen: rund zwölf Milliarden Mark) und Mannheim-Stuttgart (acht Milliarden Mark) forciert voranzutreiben. Streckenstillegungen der Bahn könne man nur dann zustimmen, wenn davon nicht der Güterverkehr betroffen sei und notwendige Straßenneubauten berücksichtigt würden.



CHILE / Wirtschaft zwischen Hoffen und Bangen

Kein realistisches Konzept

dpa/VWD, **Santiago de Chile**

Der seit Mitte Februar amtierende chilenische Finanzminister Carlos Caceres hat durch die Umschuldung der Auslandsverpflichtungen für die Jahre 1983/84, einen Überbrückungskredit des Internationalen Währungsfonds (IWF) sowie neue Kredite der internationalen Banken in Höhe von 1,3 Milliarden Dollar (rund 3,4 Milliarden Mark) die brennendsten Probleme des Landes vorerst halbwegs lösen können.

Im Inneren hat er über die Zentral- und Staatsbank die Geschäftsbanken direkt unterstützt und dadurch den Zusammenbruch des ganzen Finanzsystems verhindert. Gleichzeitig hat er auch den Schuldnern der Banken eine Umschuldung eingeräumt, so daß die Industrie, Landwirtschaft und das Transportgewerbe etwas Luft schnappen und weiter arbeiten können. Der neue Auslandskredit muß allerdings zur Zahlung der alten Schulden verwendet werden, kommt also der Wirtschaft des Landes nicht zugute. Die Auflagen des IWF – ausgeglichener Staatshaushalt, festgelegte Devisenreserve, begrenzte Verschuldung – sind monetäre Heilmittel, die sich jedoch auf die Reaktivierung der Wirtschaft negativ auswirken und keinen neuen Arbeitsplatz schaffen.

Gerade die Arbeitsbeschaffung aber ist für Juntachef Augusto Pinochet das vordringlichste und schwierigste Problem, das er so schnell wie möglich lösen muß, weil sonst eine soziale Explosion droht. Kredite der Interamerikanischen Entwicklungsbank oder anderer internationaler Finanzierungsinstitutionen können für konkrete Projekte einigen zehntausend Arbeitslosen Arbeit und Brot geben – niemals aber 1,2 Millionen.

Niemand hat derzeit in Chile ein reales Rezept dafür, wie man in ein paar Jahren so viele Menschen in den Arbeitsprozeß einbauen kann. Der Finanzminister ist nach der umfangreichen Stützung der Banken knapp bei Kasse und nicht in der Lage, wirklich umfassende Arbeitsbeschaffungsprogramme zu finanzieren. Der Bau von 6000 vom Staat subventionierten Sozialwohnungen, dazu ein Aufforstungsprogramm sollen zwar laut Pinochet 80 000 Personen direkt und einer gleichen Anzahl indirekt wieder zu regulärer Arbeit verhelfen. *Aber das ist nur ein Tropfen auf den* heißen Stein. Zu tun gäbe es genug. Aber zu allem gehört Geld, und gerade das hat der Finanzminister nicht. Denn das Kupfer, Chiles Hauptausfuhrartikel, steuert wieder seinem „historischen Tiefstpreis" von 65 US-Cents pro englisches Pfund (453 Gramm) zu, was einen Aderlaß für die Deviseneinnahmen bedeutet.

Positiv wird zum ersten Mal nach mehreren Jahren die Handelsbilanz 1983 werden, vor allem durch den radikalen Rückgang der Einfuhren.

SÜDKOREA / Das Land erlebt einen geradezu stürmischen Wirtschaftsaufschwung

Furcht vor konjunktureller Überhitzung

FRED de la TROBE, **Seoul**

Der Wirtschaftsaufschwung in Südkorea nimmt sich im *internationalen Vergleich stürmisch* aus. Nach den amtlichen Statistiken belief sich die reale Wachstumsrate im ersten Halbjahr 1983 auf beachtliche 9,6 Prozent gegenüber der gleichen Vorjahresperiode. Die Aufwärtsentwicklung trugen vor allem der inländische Bauboom und ein steigender Privatkonsum, zuletzt aber auch immer mehr die zunehmenden Exporte. Die Produktion lag im Juli um 16 Prozent höher als im gleichen Vorjahresmonat, der Umsatz der Hersteller um zehn Prozent höher. Die Kapitalinvestitionen erhöhten sich im ersten Halbjahr um neun Prozent.

Während die Exporte 1982 nur um zwei Prozent gestiegen waren, zogen sie in den ersten sechs Monaten 1983 immerhin um 7,4 Prozent an. Gleichzeitig schnellten aber die Importe um zwölf Prozent hoch, so daß sich das Defizit der Handelsbilanz noch vergrößerte. Die sinkenden Ölpreise und eine gute Ernte in Korea, die zu *geringeren Getreideeinfuhren* führte, verhinderten allerdings eine noch weiter klaffende Lücke in der Bilanz.

Den Exporten kam die Stabilität der Preise und eine De-facto-Abwertung des gleitenden Won um etwa fünf Prozent gegenüber dem Vorjahresstand zugute. So hat sich die Wettbewerbsstärke der Angebote aus *Südkorea gegenüber* denen aus Taiwan, Singapur und Hongkong wieder erhöht. Das geht auch daraus hervor, daß die koreanischen Ausfuhren in der ersten Hälfte 1983 unter diesen Ländern die höchsten Zuwachsraten aufwiesen. Das hohe Defizit der Leistungsbilanz, das im ersten Halbjahr 1983 auf 2,9 Milliarden Mark kam, bereitet Sorgen. 1982 belief sich der Fehlbetrag allerdings auf 6,5 Milliarden Mark.

Im Vergleich zu früheren Jahren haben Südkoreas Wirtschaftspolitiker die Preisentwicklung gut in den Griff bekommen. Die Verbraucherpreise lagen im August um nur 2,6 Prozent über dem Stand des gleichen Vorjahresmonats, die Großhandelspreise sogar um 0,3 Prozent niedriger. Die Nominallöhne haben sich im ersten Halbjahr um durchschnittlich zwölf Prozent erhöht.

Aus Sorge vor einer Konjunkturüberhitzung und weiterer *Verschlechterung der Leistungsbilanz* will die Regierung den Privatkonsum drosseln und die Staatsausgaben einschränken. Steuervergünstigungen beim Einkauf kurzlebiger Konsumgüter werden rückgängig gemacht, durch Einwirkung auf die Tarifparteien soll versucht werden, die Lohnerhöhungen im nächsten Jahr auf fünf Prozent zu begrenzen.

Der Staatshaushalt für 1984 soll auf der Höhe des diesjährigen von 35 Milliarden Mark gehalten werden. Da an den Verteidigungsausgaben nicht gerührt wird, müssen öffentliche Projekte beim Wohnungsbau und der Anlage von Eisenbahnstrecken, Straßen und Häfen gestrichen werden.

Um finanzielle Engpässe zu vermeiden, will die Regierung die Währungspolitik flexibel handhaben. Statt einer Zunahme der Geldversorgung um zwölf Prozent wie am Jahresanfang geplant, ist jetzt an eine Expansion von 16 Prozent gedacht.

In den drei Jahren der Regierung Chun Doo Hwans haben sich Südkoreas Auslandsschulden auf jetzt insgesamt 101 Milliarden Mark verdoppelt. Die internationalen Banken sehen noch kein ernstes Problem, da Südkorea als pünktlicher Zahler gilt.

Das koreanische Entwicklungsinstitut (KDI), äußerte sich jetzt allerdings besorgt über die Höhe der Auslandsverpflichtungen, die 57 Prozent des Bruttosozialprodukts ausmachen. Laut KDI ist es beunruhigend, daß etwa zwei Drittel der Schulden gleitenden Zinssätzen unterliegen.

HONGKONG / Günstige Exportentwicklung

Kursverfall der Währung

dpa/VWD, **Hongkong**

Die ungewisse Zukunft der britischen Kronkolonie Hongkong nach 1997 – in dem Jahr läuft der britische Pachtvertrag für einen großen Teil des Hongkong-Gebietes (New Territories) aus – hat zu einem drastischen Kursverfall des Hongkong-Dollars geführt. Dazu haben nicht zuletzt auch die festgefahrenen Regierungsgespräche zwischen London und Peking geführt. Schritte zur Stabilisierung der währungspolitischen Lage seitens der Finanzverwaltung von Hongkong erscheinen deshalb unvermeidbar, berichtet die Bundesstelle für Außenhandelsinformation in Köln.

Am Devisenmarkt hatte die Währung der Kronkolonie in den vergangenen Monaten erheblich an Wert verloren: Gegenüber der US-Devise erreichte der Hongkong-Dollar Mitte September mit 9,55 Hongkong-Dollar je US-Dollar seinen niedrigsten Kurs – verglichen mit 6,50 Hongkong-Dollar zum Jahresbeginn. Bis Anfang Oktober konnte sich der Kurs wieder leicht auf 8,15 Hongkong-Dollar verbessern. Dies war unter anderem auf die zweimalige Erhöhung des Diskontsatzes im September um insgesamt 4,5 auf 16 Prozent zurückzuführen.

Das Wachstum des Bankenplatzes war in den letzten zehn Jahren erheblich: Ende 1973 wiesen 74 Institute mit voller Banklizenz eine Bilanzsumme von 40,25 Milliarden Hongkong-Dollar aus, Mitte 1983 waren es bereits 484 Kreditinstitute mit insgesamt 959,97 Milliarden Dollar.

Der kräftig gesunkene Außenwert der Währung steht in krassem Widerspruch zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Kronkolonie. Hongkongs Ausfuhr wuchs in den ersten acht Monaten 1983 um 18,3 beziehungsweise 17,3 Prozent, die Einfuhr lag um 14,9 Prozent über dem Vorjahresniveau. Und die Auftragsbestände der Exportwirtschaft lassen für den weiteren Jahresverlauf ebenfalls eine günstige Entwicklung erwarten.

GROSSBRITANNIEN / VAG auf Platz vier

Neuwagen laufen weiter gut

WILHELM FURLER, **London**

Die Neuwagen-Verkäufe in Großbritannien haben in den ersten drei Quartalen dieses Jahres alle Erwartungen übertroffen. *Bis Ende September* wurden insgesamt 1,464 Millionen neue Personenwagen verkauft, das sind 17,7 Prozent mehr als in den ersten neun Monaten 1982.

Nachdem der August dieses Jahrees wegen der Einführung neuer, mit dem Buchstaben A beginnender *Kennzeichen zum herausragenden* Rekordverkaufs-Monat wurde, rechnete man eigentlich mit einem starken Abfall im September. Doch mit 118 475 (August: 374 599) neuzugelassener Personenwagen wurde die September-Zahl des vergangenen Jahres um knapp vier Prozent überschritten.

Zum ersten Mal seit Januar 1979 hat British Leyland dem Ford-Konzern die Führung bei den Autoverkäufen abjagen können. British Leylands Marktanteil erreichte im September 20,79 Prozent gegenüber 19,47 Prozent für Ford. Auf Rang drei mit 13,77 Prozent liegt die Opel-Schwesterfirma General Motors. Den *September-Zahlen zufolge* liegt die *Volkswagen-Audi-Gruppe* mit einem Anteil am britischen Neuwagenmarkt von 6,86 Prozent auf Platz fünf hinter Datsun (8,97 Prozent) und vor Volvo (4,24). Aber gemessen an den ersten neun Monaten dieses Jahres konnte VW-Audi mit 5,65 Prozent den vierten Platz und damit den des erfolgreichsten ausländischen Anbieters behaupten.

Ausgesprochen gut schneiden deutsche Personenwagen auch im Ansehen der britischen Kunden ab. Die britische Verbraucher-Organisation hat in ihrem Test-Magazin *„Which" jetzt das Ergebnis einer* Umfrage bei ihren mehr als 25 000 Mitgliedern veröffentlicht, aus der als Wagen mit den geringsten Beanstandungen der Audi 80 hervorging.

Personalabbau bei Alfa Romeo

rtr, **Mailand**

Der staatseigene italienische Autohersteller Alfa Romeo will sein Personal kräftig reduzieren. Wie das Unternehmen mitteilte, ist geplant, die 26 000 Personen zählende Belegschaft um 4000 zu verringern. Weitere 4000 Beschäftigte sollen mindestens für ein Jahr freigestellt werden. Ein Unternehmenssprecher sagte, der geplante Personalabbau sei die Folge der rückläufigen Nachfrage nach den Mittelklasse-Pkw der Typen Alfetta und *Giuletta* sowie der erhöhten Produktivität durch Einführung neuer, arbeitskraftsparender Technologien. Alfa Romeo ist Italiens zweitgrößter Autohersteller nach der privaten Fiat.

Milliarden-Kredit für Portugal

AFP, **Washington**

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat Portugal einen Kredit von 703 Millionen Sonderziehungsrechten (rund 1,9 Milliarden Mark) gewährt. Wie am Sitz des IWF in Washington mitgeteilt wurde, soll dieser Kredit die wirtschaftliche Erholung des Landes unterstützen. Ein Teil des Kredits, 445 Millionen Sonderziehungsrechte, wird in Form eines „stand-by"-Kredits bis Februar 1985 vergeben. Lissabon kann dabei sofort einen *Kredit* von 96,75 Millionen Sonderziehungsrechten in Anspruch nehmen. Ein weiterer Kredit in Höhe von 258 Millionen Sonderziehungsrechten ist ebenfalls sofort verfügbar.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aschaffenburg: Sommer Fertigbauvertrieb GmbH; **Butzbach:** Fortex-Sicherheitsschuh GmbH (Produktionsstätte i. Wölfersheim); **Düsseldorf:** Segrodnik Tiefbau-Ausschachtungen u. Baumaschinenvermietung GmbH; **Duisburg:** M + W. Engineering GmbH, Mülheim (Ruhr); **Heilbronn (Neckar):** W & S Wirtschafts- & Sportwerbung GmbH, Oedheim; **Kaiserslautern:** Schiloma-Keramik GmbH, Eisenberg; **Landshut:** Friedrich Hingerl GmbH, Bayerbach/Rott; **Montabaur:** Dietmar Schiemenz, Montabaur-Elgendorf; **Neuss:** Milthorp GmbH, Meerbusch 3; **Siegen:** Siegener Heizöl-Handelsges. mbH; **Weilheim:** Richard Kaim, Gauting; **Wiesbaden:** Akademische Verlagsges. mbH.

Vergleich eröffnet: Hamm: Format Fertighaus Aktiengesellschaft, Kamen.

USA / Schlußstrich unter Computer-Spionage

Entschädigung für IBM

AP, **San Francisco**

Die beiden Elektronikgroßfirmen International Business Machines Corp. (IBM) und Hitachi Ltd. of Japan haben in einem Schadensersatzprozeß einen Vergleich geschlossen. Gegenstand der gerichtlichen Auseinandersetzung war die angebliche Verwendung gestohlener Geheimunterlagen über die IBM-Computerfertigung und sonstiger Geschäftsinformationen. Der Vergleich, der die Zahlung eines nicht genannten Geldbetrages an IBM für Ermittlungs- und Prozeßkosten einschließt, sieht die Niederschlagung der Klagen gegen 14 Hitachi-Mitarbeiter sowie gegen einen Mitarbeiter der Hitachi-Tochter Nissei Electronics of Japan vor. Aufrechterhalten bleiben die Klagen gegen die National Semiconductor Corp., gegen die National Advanced Systems, eine Tochtergesellschaft der National Semiconductor, sowie gegen die NCL Data Inc., Santa Barbara, und deren Präsidenten, Tom Yoshida. In diesen Fällen sind ebenfalls *Vergleichsregelungen* vorgeschlagen worden.

In dem Zivilprozeß hatte IBM geltend gemacht, die Beklagten hätten sich dazu verabredet, gestohlene IBM-Betriebsgeheimnisse zur Erzielung eigener Vermögensvorteile zu verwenden.

In dem Vergleich erklärt die Firma Hitachi, sie habe keinen Gebrauch von geschützten betrieblichen Informationen von IBM gemacht. Der japanische Elektronikkonzern verpflichtet sich, in seinem Besitz befindliche oder ihm zugängliche geschätzte Informationen IBM zu übergeben. *IBM wurde das Recht* zugestanden, jedes beliebige neue Hitachi-Erzeugnis, das vor dem 1. Oktober 1988 in den Versand geht, zu inspizieren.

NAHRUNGSMITTEL / Marketingorganisation plant Exportoffensive

Briten wollen deutschen Markt erobern

WILHELM FURLER, **London**

Die Briten blasen zum Angriff auf den deutschen Nahrungsmittelmarkt, der von ihnen – wie sie selbst zugeben – bisher sträflich vernachlässigt wurde. Die Anuga – Weltmarkt für Ernährung vom 15. bis 20. Oktober in Köln – ist für die britische Nahrungsmittelindustrie der geeignete Anlaß, die bislang „größte Export-Attacke" zu reiten, wie es in einer Information an die britische Presse heißt.

Die neugegründete Marketinggesellschaft für britische Nahrungsmittel, „Food from Britain", vergleichbar der deutschen CMA, wird gemeinsam mit dem britischen Nahrungsmittel-Export-Rat sowie dem britischen Außenhandels-Verband auf der Anuga eine Ausstellergruppe von mehr als 100 britischen Firmen des Nahrungsmittelsektors betreuen.

Der britische Pavillon ist mit mehr als 2200 Quadratmetern der bislang größte, den das Land jemals auf einer Messe als Gemeinschaftsstand errichten ließ. Das gesamte Anuga-Engagement lassen sich Marketingorganisationen und Aussteller mehr als zwei Millionen Mark kosten.

Gerechtfertigt wird dieser Aufwand mit dem nicht einmal versteckten Hinweis darauf, daß die Nahrungsmittel-Industrie des Landes bislang geschlafen hat, was die unausgeschöpften Exportmöglichkeiten betrifft. Dies gelte vor allem für die Bundesrepublik als dem größten und reichsten Markt in Europa. Wie trostlos sich derzeit noch die britische Situation darstellt, wird an diesen Zahlen deutlich: Am deutschen Nahrungsmittelmarkt mit einem Jahresumsatz von 190 Milliarden Mark stammen immerhin 28 Prozent der Produkte aus dem Ausland, aber nur magere zwei Prozent aus Großbritannien.

35 verschiedene Käsesorten werden in Großbritannien produziert, doch nur zwei – Stilton und Cheddar – werden in Deutschland angeboten. Von den deutschen Käseimporten im vergangenen Jahr im Wert von knapp 1,4 Milliarden Mark (cif-Basis) kaum Käse im Wert von nur zehn Millionen Mark aus Großbritannien. Das soll sich grundlegend ändern. In einer Art Sofortprogramm wird zunächst dem Nahrungsmittel-Export nach Deutschland folgender Vorrang eingeräumt: Käse, Sellerie, Lamm, Spezial-Rindfleisch sowie allgemein Früchte und Gemüse; die Prioritäten-Liste bei verarbeiteten Nahrungsmitteln umfaßt Biskuits, Schokolade und Zuckerkonfekt, Marmeladen, Konfitüren, Tee und Whisky.

Zudem wird „Food from Britain" in Düsseldorf eine Niederlassung eröffnen, die nicht nur Marktforschung betreiben, sondern auch als Verbindung zwischen Exporteuren und Importeuren dienen soll.

RENTENMARKT / Weiter freundlich

Auslandsinteresse nimmt zu

Am Rentenmarkt hat sich die Stimmung mit dem Zinsrückgang in den USA weiter aufgehellt. In der vorigen Woche sind die deutschen Kapitalmarktzinsen sogar stärker gesunken als die amerikanischen.

Unser Markt profitiert inzwischen von der zunehmenden Stärke der D-Mark, die zahlreiche internationale Anleger anlockt. Nachdem zuerst Geld aus der Auflösung niederländischer und britischer Rentenanlagen in deutsche festverzinsliche Papiere geflossen war, beobachtete man jetzt auch Tauschoperationen aus US-amerikanischen Titeln in deutsche. Zugleich wagten sich auch inländische institutionelle Investoren wieder aus der Reserve. Die ruhige Marktentwicklung spricht nach Händlermeinung für Stetigkeit. (cd.)

Emissionen	7.10. 83	30.9. 83	30.12. 82	30.12. 81	30.12. 80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,77	7,87	7,45	10,05	9,30
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,71	7,80	7,04	10,55	9,88
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,89	8,08	7,61	10,26	9,43
Schuldverschreibungen der Industrie	8,32	8,39	8,24	11,52	8,35
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,91	8,04	7,65	10,12	9,37
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,65	7,77	7,43	10,50	9,70
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,35	8,49	7,94	9,75	9,05
Inländische Emittenten insgesamt	7,90	8,03	7,63	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	8,15	8,23	8,45	10,32	8,32

MAREDO / Erfolg mit Frischprodukten – Eröffnung neuer Betriebe geplant

Steak-Markt ist noch nicht gesättigt

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Zukunft der Gastronomie liegt in der Spezialisierung. Davon überzeugt ist Manfred Holl, geschäftsführender Gesellschafter der Restaurantkette Maredo Gaststätten GmbH & Co. KG, Sindelfingen, der für die von seinem Unternehmen strikt verfolgte Linie hochqualitativer und frischer Kost mit dem Schwerpunkt Steak und Salat noch „enorme Wachstumsmöglichkeiten" sieht. Den gesamten Markt der spezialisierten Steakhäuser in der Bundesrepublik schätzt er für dieses Jahr auf ein Volumen von 400 bis 500 Mill. DM. Maredo ordnet sich unter den Großen dieser Branche nach Churrasco und der Block House-Kette an dritter Stelle in der Umsatzskala ein.

Überhaupt glaubt Holl, auf das konsequente Festhalten am Frischprodukt einen Großteil seines Erfolges zurückführen zu können. In den bestehenden acht Maredo-Restaurants werden pro Jahr rund 500 Tonaunen Frischfleisch und 200 Tonnen Salat verbraucht. Beim Fleisch handelt es sich um ausschließlich argentinische Ware. Es sind Stücke (Hüfte, Rumpsteak, Filet und Entrecote) von zweijährigen Black-Angus-Tieren, die Gewähr für eine gute (Fett-)Marmorierung und damit guten Geschmack böten. Das Fleisch – die Verbindung zu Farmern und Schlachthäusern hat sich Holl über Jahre hinweg persönlich aufgebaut – kommt bei Temperaturen um den Gefrierpunkt vakuumverpackt per Schiff (und deshalb gut „abgehangen") über den Atlantik.

Diese Ausschließlichkeit im Warenbezug war für Maredo, wie Holl anmerkt, während der zurückliegenden Falkland-Krise nicht unproblematisch. „Der Krieg hätte keinen Tag länger dauern dürfen", meint Holl, der seinerzeit die Engpaßlage im Nachschub durch seine Dispositionspraxis gerade noch vermeiden konnte. Neue Sorgen bereitet ihm indessen der Höhenflug des Dollar-Kurses, wenngleich dieser in den letzten Tagen etwas abgeknickt ist. Jeder Cent einer Höherbewertung des Dollar koste ihn 10 Pfennig je Kilogramm mehr beim Fleischeinkauf. Für den Fall, daß Lieferungen aus Argentinien unmöglich werden könnten, will Maredo auf US-amerikanisches Fleisch ausweichen. Doch dies sei nur ein Planspiel.

Maredo peilt für das Geschäftsjahr 1983 einen Bruttoumsatz von 55 Mill. DM an, nachdem der Umsatz im Vorjahr von 37 auf 50 Mill. DM gesteigert worden war. Zielprojektion für 1984 ist eine Größenordnung von 65 Mill. DM, wobei die Eröffnung neuer Betriebe ansteht. Es sind dies neue Projekte in Frankfurt, Dortmund und Stuttgart. Weitere Pläne bestehen für Köln, München und Berlin. In Berlin hatte Maredo vor nunmehr 10 Jahren seinen ersten Betrieb eröffnet.

Das Expansionsprogramm schlägt sich nieder in einem Investitionsschub von 6 bis 8 Mill. DM in 1984 nach 2,5 Mill. DM im laufenden Jahr, was im Abschreibungsrahmen liegt. Holl, der seine Umsatzrendite zurückhaltend mit „überdurchschnittlich" beschreibt, beziffert seine Eigenkapitalquote mit etwa 30 Prozent. Seit April 1982 habe Maredo seine Preise stabil gehalten, was bis März 1984 gelten solle. Zustatten komme dem Unternehmen, das von einer durchschnittlichen täglichen Umschlaghäufigkeit von fünf bis sechs Mal seiner 1250 Sitzplätze ausgeht, u. a. die effiziente Organisationsstruktur mit lediglich 12 Mitarbeitern in der Verwaltung und Profitcenter-Prinzip bei den einzelnen Betrieben. Zur Zeit beschäftigt Maredo insgesamt rund 450 Mitarbeiter.

TEE / Mit höheren Preisen wird gerechnet

Trockenheit dezimiert Ernte

KAREN SÖHLER, Hamburg

Der deutsche Teehandel hatte zwar seine Läger rechtzeitig gefüllt, um den inländischen Packern trotz steigender Preise am internationalen Teemarkt noch relativ günstige Angebote bieten zu können. Es scheint jedoch, daß diese Reserven jetzt aufgebraucht sind. Denn das Deutsche Teebüro, Hamburg, hat unmißverständlich erklärt, daß spätestens Anfang des nächsten Jahres mit „erheblichen Preissteigerungen" zu rechnen sei.

Der Ursprung für das hohe Preisniveau liegt in Colombo. Schon zu Beginn dieses Jahres mußten für mittlere und gute Blattware – je nach Provenienz – zwischen 60 bis 80 Prozent mehr gezahlt werden als noch einige Monate zuvor. Hauptursachen waren ein schlechtes Ernteaufkommen infolge starker Trockenheit und die außergewöhnlich umfangreichen Käufe der Mittelostländer. Gründe, die auch heute noch für den Engpaß beim Ceylon-Tee verantwortlich sind. Zusätzlich haben die Unruhen in Sri Lanka die Teeproduktion beeinträchtigt.

In Nordindien sind die Importeure vor eine ähnliche Situation gestellt. Sehr schnell hatten sich die Auktionen in Kalkutta auf den allgemein steigenden Weltmarkttrend eingestellt. Hinzu kommt, daß besonders Indien seinen Eigenverbrauch in den vergangenen Jahren beträchtlich erhöht hat. 1971 behielten die Inder nur 40 Prozent der Gesamtproduktion für den Eigenbedarf, 1982 waren es bereits rund 64 Prozent. Entsprechend ging zeitweise von den Auktionen kaum noch Ware in den Export. Kein Wunder also, wenn auch die Preise in Kalkutta in die Höhe geschossen sind – um 50 bis 70 Prozent. Die Unruhen in Assam tragen ebenfalls ihren Teil zu der Angebotsverknappung bei.

Ob das gehobene Preisniveau besonders bei den hochwertigen Sorten die Struktur des deutschen Teeimports verändern wird, läßt sich noch nicht sagen, meinte ein Hamburger Teeimporteur. Dies hänge von der Reaktion der Verbraucher ab. 1982 bezog die Bundesrepublik Deutschland, die rund ein Prozent der Weltproduktion verbraucht, 34 Prozent aus Indien, 25 Prozent aus Sri Lanka, 13 Prozent aus China, zehn Prozent aus Afrika und sechs Prozent aus Indonesien bei einer Gesamteinfuhr von 16 694 Tonnen.

Einigung auf neue Importquote

gtm, Stockholm

Nach zweitägigen Verhandlungen einigten sich in Washington die USA und Schweden auf eine neue Importquote für schwedischen Spezialstahl. Das genaue Ergebnis wird erst veröffentlicht, wenn es dem Gatt mitgeteilt worden ist. Die schwedische Delegation zeigte sich jedoch mit dem Resultat zufrieden. Es sei bedeutend besser ausgefallen, als nach dem ersten amerikanischen Vorschlag zu erwarten gewesen war.

Nach schwedischer Darstellung hätten die USA Stockholms Standpunkt weitgehend akzeptiert, wonach Schweden im Spezialstahlsektor immer verantwortungsvoll gehandelt und nie Preisdumping betrieben habe.

Die schwedische Nachrichtenagentur TT meldet, daß die neue Quote, die am 21. Oktober in Kraft tritt, etwa 70 bis 80 Prozent des diesjährigen Volumens ausmache, wodurch der USA-Anteil am schwedischen Spezialstahl-Exportwert von bisher umgerechnet rund 132 bis 165 Mill. DM auf 99 bis 132 Mill. zurückgehen würde. Trotz dieses Übereinkommens hält Schweden an seiner Kritik am amerikanischen Exportbeschränkungsbeschluß fest.

VW stärkt in Berlin Technologie-Potential

dos, Wolfsburg

Die Volkswagenwerk AG hat jetzt zusammen mit der Studiengesellschaft Nahverkehr (SNV), Hamburg und Berlin, und dem Omnibushersteller Neoplan Auwärter GmbH & Co., Stuttgart, die Firma „Institut für Aggregatetechnik und Verkehrsfahrzeuge GmbH" (IAV) mit Sitz in Berlin gegründet.

Damit soll nach Angaben von VW das technologische Potential am Standort Berlin in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Berlin noch stärker genutzt werden. Das Gesellschaftskapital von 0,4 Mill. DM wird zur Hälfte von VW gehalten; die übrigen Anteile entfallen zu gleichen Teilen auf SNV und Neoplan.

VW hatte erst vor kurzem die Gründung der VW-Gesellschaft für technische Datenverarbeitungssysteme mbH, ebenfalls mit Sitz in Berlin, bekanntgegeben.

Omnibuswerk Vetter wird stillgelegt

nl. Stuttgart

Das Omnibuswerk der Karosseriefabrik Walter Vetter GmbH & Co., Fellbach, soll bis Ende März nächsten Jahres stillgelegt werden. Betroffen von dieser Werksschließung der Firma Vetter, die Anfang September Vergleich angemeldet hatte, sind rund 250 Mitarbeiter, die bis zu jenem Zeitpunkt die vorhandenen Aufträge aufarbeiten werden.

Nach Angaben von Vergleichsverwalter Volker Grub sei mit dem Betriebsrat für den betroffenen Teil der Belegschaft ein Interessenausgleich erzielt worden. Fortgeführt werden soll das Reparaturwerk mit 45 Beschäftigten. Die Zahlungsschwierigkeiten Vetters werden mit der verschärften Wettbewerbslage im Omnibus-Sektor begründet. Dies hatte zu einem permanenten Umsatzrückgang von 50 Mill. DM (1980) auf 39 Mill. DM in 1982 geführt.

NAMEN

Clemens von Velsen, langjähriger Vorstandsvorsitzender der Salzdetfurth AG, der Vorgängerin der Kali und Salz AG, Kassel, ist Ende September im Alter von 78 Jahren gestorben.

Willy Klein-Gunnewyk, derzeit noch im Vorstand der Krauss-Maffei AG, wird zum 1. November 1983 Vorstandsvorsitzender der Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg AG, München. Er ist Nachfolger von **Norbert Lehmann**, der nach seinem Eintritt in den Ruhestand am 1. Oktober zum weiteren Stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden gewählt wurde. Zum gleichen Zeitpunkt trat auch Vorstandsmitglied **Edmund Drasen** in den Ruhestand.

Werner Haas, persönlich haftender und geschäftsführender Gesellschafter der Erzquell Brauerei Bielstein, Haas & Co. KG, Bielstein, ist am 3. Oktober gestorben.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

VHS-Video-Geräte

Eindhoven (AFP) – Der holländische Elektrokonzern Philips beabsichtigt die Produktion oder Montage von Videogeräten des Typs VHS, erklärte ein Sprecher der Gesellschaft in Eindhoven. Die Produktion soll in den Zweigwerken Krefeld und Wien erfolgen, die bereits Videogeräte des von Philips und Grundig entwickelten Systems V-2000 herstellen. Philips hatte bisher bereits von den japanischen Produzenten Matsushita und Sharp VHS-Videogeräte gekauft und auf außereuropäischen Märkten unter dem eigenen Markennamen abgesetzt.

Dunlop mit Gewinn

Hanau (AFP) – Die Deutsche Dunlop AG, Hanau, schreibt schwarze Zahlen. Der Umsatz, so meldet das Unternehmen, habe sich von Januar bis September 1983 um 4,8 Prozent auf [illegible]54 Mill. DM erhöht, das Ergebnis sei um gut 25 Mill. DM verbessert worden. Mit 20 Mill. DM hat die Reifensparte zu der Gewinnsteigerung beigetragen.

Zuversicht bei Dekorpapier

Düsseldorf (Py.) – Die Interprint Rotationsdruck GmbH & Co. KG, Arnsberg, Hersteller bedruckter Dekorpapiere für Möbeloberflächen, hat im Geschäftsjahr 1982 mit 28 Mill. DM knapp den Umsatz des Vorjahres erreicht. Insbesondere auf dem deutschen Markt war die Geschäftslage vom unbefriedigenden Möbelansatz abestimmt. Dagegen wurden auf den Exportmärkten teilweise Zuwächse erzielt. Der Exportanteil am Umsatz erreichte 62 Prozent. Angesichts des weiter bestehenden erheblichen Bedarfs beurteilt Interprint seine Marktchancen zuversichtlich. Daher wurden 1982 auch die Investitionspläne ungeschmälert realisiert. Zur Verbreiterung der Absatzbasis wurde eine Tochtergesellschaft in Baltimore Maryland (USA) gegründet.

Ikea steigert Umsatz

Bonn (DW.) – Das Geschäftsjahr 1982/83 (31. 8.) beendete die Ikea Deutschland GmbH mit einem um 20 Mill. DM auf 870 Mill. DM gesteigerten Umsatz. Das Betriebsergebnis der 16 Niederlassungen in der Bundesrepublik wird als zufriedenstellend bezeichnet.

Kapital aufgestockt

Oberursel (dpa/VWD) – Die Alte Leipziger Versicherungs-AG, Oberursel, hat ihr Grundkapital zur Verbreiterung der Eigenkapitalbasis und wegen des weiter gewachsenen Geschäftsumfangs zum 1. Oktober durch Bareinzahlung um 5 auf 30 Mill. DM aufgestockt. Die Prämieneinnahmen des Sachversicherers der Alte Leipziger-Gruppe haben sich in den ersten acht Monaten 1983 um knapp 4 Prozent auf 265 Mill. DM erhöht, in der Hausratsversicherung sogar um 9 Prozent. Der Schadensaufwand fiel auf 152 nach 177 Mill. DM.

Entlassungen bei BBC-Großmaschinen

AP, Mannheim

Die Brown, Boveri & Cie. AG (BBC), Mannheim, hat am Freitag für ihren Geschäftsbereich Großmaschinen und Kraftwerke die Entlassung von mehr als 550 Mitarbeitern angekündigt. In einer Pressemitteilung des Unternehmens hieß es, von den „leider nicht zu vermeidenden Maßnahmen" seien etwa 480 Mitarbeiter im Bereich Mannheim-Käfertal und etwa 80 Mitarbeiter im Werk Bexbach (Saarland) betroffen. Die Unternehmensleitung habe dem Betriebsrat Verhandlungen über einen Sozialplan und einen Interessenausgleich für die betroffenen Mitarbeiter angeboten.

In der Mitteilung wurde darauf hingewiesen, daß die BBC Mannheim jedes Jahr Aufträge für je zwei Dampf- und Gasturbinenkraftwerke sowie für mehrere Turbogruppen benötige, um die in diesem Geschäftsbereich vorhandenen Fertigungs- und Planungskapazitäten auslasten zu können. Wegen der Weltwirtschaftslage sei dieses Mindestauftragsvolumen aber seit längerer Zeit nicht mehr erreicht worden. Die BBC beschäftigt in diesem Bereich zur Zeit rund 6000 Mitarbeiter.

Das Unternehmen erwartet nach eigenen Angaben kurzfristig keine Besserung des Kraftwerkmarktes, legte aber Wert auf die Feststellung, daß „der wichtigste und umsatzstarke Geschäftsbereich Großmaschinen und Kraftwerke in Mannheim bleiben wird".

Im ZDF: Menschliche und medizinische Probleme der Organspende

Letztlich tätige Nächstenliebe

Die Transplantationschirurgie hat gegen zwei Fronten zu kämpfen. Einmal gegen die Abstoßungskrisen, die *den Operationserfolg infragestellen* und auf der anderen Seite gegen einen eklatanten Mangel an Spendeorganen, die eine Verpflanzung überhaupt erst ermöglichen.

Die medizinische Problematik konnte in den letzten Jahren wesentlich entschärft werden. Neue Medikamente helfen mit, daß die Verpflanzung „hält", und auch die Operationstechniken sind inzwischen weitgehend standardisiert. Zumindest bei den häufigsten Transplantionen, der *Verpflanzung von Nieren, Herzen* und Lebern. Glückt der Eingriff und toleriert der Krörper das fremde Gewebe, so können sich die Patienten auf ein normales Leben einstellen. Sie sind nicht sklavisch an eine Apparatur gebunden wie die Nierenkranken, die wöchentlich zweimal zur Blutwäsche antreten müssen. Die Transplantation bringt Lebensqualität zurück, auch wenn sich die Patienten regelmäßigen Kontrolluntersuchungen unterziehen und natürlich mit dem Risiko leben lernen müssen, daß eines Tages das fremde Organ versagt. Das bedeutet bei den Nierenempfängern keineswegs das „Schachmatt", für sie bleibt noch immer die Chance, sich wieder in die Dialyse eingliedern zu lassen und auf *ein neues Transplantat zu warten.*

Diese Überbrückung ist weder bei der Herz- noch der Lebertransplantation möglich. Hier hängt es wesentlich davon ab, daß möglichst umgehend ein funktionstüchtiges neues Organ eingepflanzt wird, eine Forderung, die allerdings meistens an den Realitäten vorbeigeht. Tatsache ist

Gesundheitsmagazin Praxis – ZDF, 20.15 Uhr

nämlich, daß die Beschaffung von Organen noch immer große Probleme bereitet. Die Situation, das beteuert Professor Rudolf Pichlmayr (Hannover), einer der erfolgreichsten Nieren- und Leberverpflanzer, immer wieder, ist besser geworden. Im Gespräch mit den Angehörigen von Verstorbenen, deren Organe brauchbar wären, läßt sich die Zustimmung zur sogenannten Explantation immer häufiger erzielen.

Mit einer beträchtlichen Einschränkung allerdings: Viele erklären sich nur mit der Entnahme eines Organs oder im Falle der Niere eines Organpaars einverstanden, verweigern allerdings die gleichzeitige Explantation von Leber und Herz. Die Gründe dafür sind schwer erkennbar, *sie liegen sicher im emotionalen, im* irrationalen Bereich. Nur geduldige Überzeugungsarbeit dürfte diese Situation ändern, denn es ist eigentlich nicht einzusehen, weshalb nicht alle funktionstüchtigen Organe einem Lebenden, der sie dringend benötigt, weitergereicht (Professor Pichlmayr spricht sogar von weitervererben) werden.

Organspende ist eine Sozialverpflichtung, sie ist letztlich tätige Nächstenliebe. Wessen Leben unwi*derruflich verloschen ist, und nur in* diesen Fällen wird die Explantation spruchreif, kann – so paradox es auch klingen mag – Leben erhalten helfen: durch die Freigabe von Organen. Mit Hilfe eines Spenderausweises kann jeder sein Einverständnis mit der Explantation signalisieren, gewissermaßen ein Organtesment. Liegt kein Ausweis vor, ist es nach heutiger Rechtslage Sache der nächsten Angehörigen, über die Organ-Freigabe zu befinden.

Für den Münchener Rechtsmediziner Professor Wolfgang Spann erheben sich ernsthafte Zweifel, ob „ein so höchstpersönliches Entscheidungsrecht nach dem Tode überhaupt auf die Angehörigen übergehen kann". Spann kämpft mutig für eine Beseitigung fragwürdiger Rechtshindernisse. Sein Glaubensbekenntnis: „Es kann doch keine Frage sein, daß die Entnahme von Leichenteilen zum Zwecke der Implantation in den Körper von Patienten nicht rechtswidrig sein kann."

JOCHEN AUMILLER



Wie immer moderiert Hans Mohl das Gesundheitsmagazin FOTO: KÖVESDI

Was ist eigentlich ein Bruttosozialprodukt?

Wirtschaft im Fernsehen – das ist ein hartes Brot. Wie kann man es schmackhafter machen? Interesse dafür ist durchaus vorhanden: Immerhin sind für 67 Prozent der Bundesbürger nach einer Umfrage des Getas-Instituts die Sendungen des Fernsehens in Wirtschaftsfragen die Informationsquelle Nummer 1. Doch mehr als 70 Prozent beklagen, daß die Themen meist nur für Spezialisten verständlich seien. Und 40 Prozent der Befragten würden sich für wirtschaftliche Fragen mehr interessieren, wenn die Materie einfacher dargeboten würde. Beklagt wird dieser Mißstand schon lange. Haben die öffentlich-rechtlichen Anstalten sich daher schon die Frage gestellt, ob sie ihren Programmauftrag verfehlt haben?

Um es gleich vorwegzunehmen: Eine konkrete Antwort konnte auch der 5. Medienkongreß der Hanns-Seidel-Stiftung in München, der diesem Thema gewidmet war, nicht geben. Einig war man sich nur, daß alles irgendwie besser gemacht werden muß. Der Zuschauer brauche heute dringender denn je grundlegende Information, die ihm die Konturen der Wirtschaft und ihr Funktionieren deutlich macht. Doch der Versuch, wie das Gestrüpp der Ökonomie und ihrer Begriffe am besten klärend zu durchdringen sei, blieb im Ansatz stecken. Sinkende Hypothekenzinsen – was sind überhaupt Hypotheken? –, Ölpreisexplosion, sprunghafte Dollar-Kursbewegungen oder ein Bruttosozialprodukt können nicht so ins Bild umgesetzt werden wie ein Tor in einem Fußballspiel einschließlich seiner Wiederholung in Zeitlupe. Wirtschaft ist überwiegend abstrakt; Bilder bleiben Untermalung.

Am einfachsten ist es noch, wenn ein Betrieb schließen muß. Da ist das Werkstor, das protestierende Arbeiter zum letzten Mal verlassen. Das sensibilisiert, doch das „Warum" kann auch ein solcher Film nicht erklären. Da für das Geschehen der Wirtschaft aber mehr noch als für andere Gebiete gilt, daß die Berichterstattung sich ausschließlich oder vorwiegend mit Negativ-Ereignissen befaßt, droht jeder Beitrag die Wirklichkeit zu verfälschen und kann Schaden anrichten. Es gibt eben nicht nur Pleitebetriebe oder Krisen.

So ergab es sich, daß statt kreativer Gedanken Ursachenforschung betrieben wurde, warum alles so unbefriedigend ist. Der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Helmut Geiger, bemängelte, daß für eine gute Wirtschaftsberichterstattung vor allem in der ARD die personelle Besetzung der Redaktionen zu gering sei. Diese kleine Mannschaft habe entweder ein zu geringes Fachwissen oder könne es wegen der geforderten Nachrichtenkürze nicht ausschöpfen.

Kritik übten Geiger und Fritz Haberl, Präsident des Zentralverbandes des Kraftfahrzeuggewerbes, auch an den Unternehmern. Sie hätten es versäumt, rechtzeitig den Umgang mit den Medien zu lernen und ihre gesellschaftspolitische Funktion nie richtig erläutert. Ihre Öffentlichkeitsarbeit beginne in den meisten Fällen erst dann, wenn die eigenen Probleme überhand nähmen. Die Berührungsangst medienunerfahrener Unternehmer führte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Theo Waigel neben anderem auch darauf zurück, daß Fernsehsendungen oft Tribunalcharakter hätten. Dies sei ein „unmöglicher Stil".

Ein total verfälschtes Bild des Unternehmers, so Haberl, zeichneten auch die Unterhaltungssendungen. Kriminalfilme, „Dallas" und „Denver-Clan" stellten Manager immer wieder als Mörder, Playboy, undemokratischen, inhumanen und brutalen Herrenmenschen dar. Dadurch präge sich beim Zuschauer ein Negativbild ein, das nur schwer reparabel sei.

Anerkennung fand, daß in den Fernsehanstalten verstärkt über Programmreformen nachgedacht wird, die dem offenkundigen Defizit bei den Zuschauern in Wirtschaftsfragen Rechnung tragen sollen.

DANKWARD SEITZ

ARD 

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
(Nur über HR, NDR, RB, SFB, WDR)
10.00 heute
10.05 Im Zweifel für den Frieden
10.35 Zum blauen Block
12.10 Notizen einer Woche
12.55 Presseschau

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Theater bei Kampnagel
Von Manfred Bannenberg
Die Maschinenfabrik Kampnagel gibt es nicht mehr. Bei Kampnagel wird jetzt Theater gespielt: das Deutsche Schauspielhaus Hamburg benutzt das Gelände als Ausweichquartier, nachdem die alte Spielstätte wegen Umbauarbeiten geschlossen werden mußte.
17.10 Der Stuhl – vom Stuhl
Wissenswertes über ein Sitzmöbel
17.15 Spaß muß sein
Hanni Vanhaiden und das Fernsehwalroß Antje präsentieren Trickfilme
17.40 Tele-Lexikon
Baden
17.50 Tagesschau
(Anschl. Regionalprogramme)
20.00 Tagesschau
20.15 Glanz und Elend der Kurtisanen
21.15 Wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt
Gewalt und Gegengewalt im südlichen Afrika
Bericht von Walter Sucher
21.45 Bitte umblättern
Mit Beiträgen von Albert Krogmann und Christoph Winter
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Später Frühling
Japanischer Spielfilm (1949)
Regie: Yasujiro Ozu
Ozus preisgekrönter Film schildert die schmerzliche Lösung einer intensiven Bindung zwischen Vater und Tochter. Das geschieht in atmosphärisch ungemein beredten Bildern, die deutlich in der Tradition japanischer Kalligraphie stehen.
00.45 Tagesschau

ZDF

15.57 ZDF – Ihr Programm
16.00 heute
16.04 Mathematik und Experiment
4. Was sind Wellen?
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Heiter bis wolkig
Familiengeschichte in sieben Folgen
2. Folge: Trautes Heim
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Rose Laurens
17.50 Die Straßen von San Francisco
Die Kugel
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.57 ZDF – Ihr Programm
19.00 heute
19.30 Na, sowas!
Musik und Gäste bei Thomas Gottschalk
Mit Kid Creole & The Cocoanuts, Peter Tosh, Hot Chocolate, Daliah Lavi
20.15 Gesundheitsmagazin Praxis
Zum Tag der Organspende
21.00 heute-journal
21.20 Das Fernsehspiel des Auslands
Auf den Schultern eines Riesen
Fernsehfilm *nach dem Roman* von Marjorie Wallace und Michael Robson
England 1979
Dies ist die authentische Geschichte von Terry Wiles, einem Conterganking, das von einem schon älteren Ehepaar zunächst probeweise aufgenommen, später dann adoptiert wird. Terry Wiles spielt sich selbst
22.50 Praxis extra
Ihre Fragen – unsere Antworten
23.10 Sport aktuell – aus Wentworth
Golf-WM
World-Match der Profis
00.10 heute



Setsuko Hara und Masao Mishima in einer Szene des japanischen Spielfilms „Später Frühling", ARD, 23.00 Uhr FOTO: ARD

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Chemie (2)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsshow
1. Bronx/New York, USA. Detectives – Aus dem Alltag der New Yorker Kripo / 2. Breakout – Tanz aus dem Ghetto. Über das Leben einiger Jugendlicher in South Bronx
21.45 Dämmerschoppen
22.15 Sport-Platz
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Mensch, ärgere dich doch!
19.00 Eine Klassenreise (4)
19.15 Naturwissenschaftliches Feature
„Polarstern" im Nordmeer
20.00 Tagesschau
20.15 Auto-Scooter
21.15 Stadtgeschichten
Brückenschläge
22.35 Parkett Mitte
„Furcht und Elend des Dritten Reiches"
Drama von Bertolt Brecht
22.50 New Yorker Bilderbogen
23.20 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Spaß im Dritten mit Bills Klamottenkiste
19.00 Arbeit – Beispiele für ihre Humanisierung
19.30 Elternstammtisch
20.00 Tagesschau
20.15 Soziale Brennpunkte
21.00 drei aktuell
21.15 Task Force Police (2)
22.05 Bücher-Report
22.55 Thema offen

SÜDWEST

18.30 Telekolleg
Für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Für Rheinland-Pfalz
19.00 Die Abendschau
Für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Für Gesamt S3:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.20 Rubrik Verschiedenes
21.20 Flash Gordons Flug zum Mars
21.30 Jazz am Montagabend
22.00 Heinz Klencke blickt zurück

BAYERN

18.15 Vor Gebrauch wegwerfen
18.45 Rundschau
19.00 Vorhang auf!
Amerik. Spielfilm (1953)
Regie: Vincente Minelli
20.50 Rundschau
21.05 Blickpunkt Sport
22.05 Z. E. N.
22.10 Sie baggern nach Öl an der Biegung des Flusses
Ölsand in den Wäldern Kanadas
22.55 Tödliche Trennung
Aus der Serie „Columbo"
00.10 Rundschau

Am 29. September 1983 verstarb der frühere langjährige Vorsitzende unseres Verwaltungsrates, Herr

Clemens von Velsen

Wir gedenken seiner großen Verdienste um unser Haus in Dankbarkeit.

Die Inhaber des Bankhauses
Joh. Berenberg, Gossler & Co.

Ernst Matthewes
Landesschulrat i. R.
8. 6. 1901 4. 10. 1983

Ein arbeitsreiches, schweres und erfülltes Leben ist zu Ende gegangen.
Wir haben ihn sehr geliebt.

Gertrud Matthewes geb. Böse
Rolf Matthewes
Heinke Matthewes geb. Stuhr-Baetz
Katharina, Stefan, Susanne
Franz-Josef Eiler
Lisa Eiler geb. Matthewes
Ernst-Josef, Peter, Andreas

Immenschuur 17a
2000 Hamburg 67

Trauerfeier am Freitag, dem 14. Oktober 1983, um 15 Uhr im Krematorium Ohlsdorf, Halle B. Statt Blumen bitten wir um eine Spende für die Welt-Hungerhilfe, Commerzbank Bonn, Konto 2 530 111, BLZ 380 400 07.

Mit Trauer hat uns die Nachricht erfüllt, daß

Herr Clemens von Velsen

Bergassessor a. D.

verstorben ist.

Er war uns viele Jahre lang in Freundschaft verbunden. Als Mitglied des Aufsichtsrats und des Beraterkreises unserer Bank stand er uns von 1965 bis 1971 als geschätzter Ratgeber zur Seite.

Ausgezeichnet mit hervorragenden Geistesgaben und unternehmerischem Weitblick, hat er uns durch sein kluges, abgewogenes Urteil wertvolle Hilfe geleistet und an der Entwicklung der Bank lebhaften Anteil genommen.

Wir werden seiner stets in Dankbarkeit und Verehrung gedenken.

Frankfurt am Main, im Oktober 1983

DEUTSCHE BANK
Aktiengesellschaft
Aufsichtsrat und Vorstand

Pankraz, die Faulheit und der Taugenichts

Eine der merkwürdigsten Publikationen dieses Jahres ist das „Inselbuch der Faulheit", das – herausgegeben von Gerhard Köpf und Joachim Schultz – sehr absticht von den übrigen Sammelbänden dieser Art im Frankfurter Insel-Verlag, beispielsweise vom „Inselbuch der Träume", vom „Inselbuch der Bäume" oder vom „Inselbuch der Freundschaft". Waren die früheren Bücher durch die Bank klug geplante und mit Fleiß arrangierte Anthologien, so bietet sich das „Inselbuch der Faulheit" als ein wirres Sammelsurium von Bruchstücken aus mehr oder weniger berühmten Texten dar, die überhaupt nicht zusammenpassen und nur teilweise mit der Faulheit zu tun haben. In einem kleinen Nachwort versichern die Herausgeber denn auch mit reizender Logik, daß sie schlichtweg zu faul gewesen seien, sich bei der Auswahl Mühe zu geben. Solle der Leser doch selbst zusehen – wenn er nicht seinerseits zu faul dazu sei.

Immerhin stellen Köpf und Schultz vier Gestalten der Weltliteratur als Inbegriff des Faulpelzes besonders heraus. Es sind der Belacqua aus Dantes „Göttlicher Komödie", der „Taugenichts" von Eichendorff, der „Oblomow" von Gontscharow und der „Murphy" von Samuel Beckett. Jeder dieser vier, so wird uns versichert, habe die Faulheit in glorioser Weise auf die Spitze getrieben. Belacqua, im Fegefeuer sitzend und an sich schon fürs Paradies gereinigt, sei zu faul gewesen, die wenigen Schritte „*empor*" *zu tun, die ihn noch von* der Himmelspforte trennten; der „Taugenichts" sei Meister beim trägen Anschauen der römischen Wasserkünste; Oblomow sei zu faul, um sich vom Sofa zu erheben und seine geliebte Olga zu erobern; Becketts Murphy schließlich sei sogar zu faul, sich morgens anzuziehen, bleibe nackt und erkälte sich lieber, als auch nur nach der Unterhose zu greifen.

Leider sind die Insel-Herausgeber nicht faul genug, um eine generalisierende Deutung der Verhaltensweise der vier Super-Faulenzer zu vermeiden. Die Faulheit, so belehren sie uns, sei ein „antikapitalistischer Reflex"; Faulenzer seien entweder feudale oder – siehe Paul Lafargue – proletarische Gestalten, die sich dem Verwertungszusammenhang der bürgerlichen Gesellschaft verweigerten, Revolutionäre also gewissermaßen oder besser „Aussteiger", wie sie heute so sehr in Mode gekommen sind.

Die Deutung ist nicht nur abgeschmackt und allzu zeitgeistlich, sie verkleistert auch, was die Aufzählung der Reihe Belacqua–Taugenichts–Oblomow–Murphy doch gerade nahelegte: daß es nämlich grundverschiedene Phänotypen des Faulenzens gibt, die nur schwer zur Deckung zu bringen sind. Der „antikapitalistische" (Pankraz würde lieber sagen: „antizivilisatorische") Faulenzer, wie er in Murphy aufscheint, liefert lediglich eine Seite des Tetraeders. Es ist die Faulheit warmer, südlicher Gefilde, wo man weniger zum Glücklichsein braucht als im Norden und wo man folglich alle Änderungswünsche gern auf „manana", auf morgen, verschiebt. Man lese das bei Mário de Andrade nach!

Belacqua verkörpert hingegen eher den „Helden der Freizeit", der besonders unter der nördlichen Arbeiterschaft anzutreffen ist. Das Fegefeuer, Belacquas Welt, ist ja keineswegs entspannend, sondern ungemein anstrengend, ähnlich wie die Ferien- und Freizeitwelt unseres durchschnittlichen Arbeitnehmers mit ihren streßhaltigen Autostaus, ihrer hektischen Hobby- und „Do-it-your-self-"Geschäftigkeit und mit den albernen „Animatoren" an den Stränden, die einen dauernd in Trab halten und nicht zur Ruhe kommen lassen. Der „Held der Freizeit" möchte zwar immer weniger arbeiten, aber das bedeutet nicht, daß er wirklich faulenzen möchte, im Gegenteil: die angepeilte Freizeit ist oft wuseliger als die Arbeit.

Oblomow seinerseits ist der typische „Held der Langeweile", der häufig in modernen Intellektuellenkreisen vorkommt. Er weiß im genauen Sinne des Wortes nichts mit sich anzufangen und blickt gebannt – wie das Kaninchen auf die Schlange – in den Orkus des Nichts und der Sinnlosigkeit. Nicht einmal die Liebe vermag den Bann zu lösen, und im Hintergrund rührt sich das schlechte Gewissen. Du „müßtest eigentlich", sagte sich Oblomow oft genug, doch du „kannst eben einfach nicht". Eine höchst unerquickliche Faulenzerei.

Wie glücklich nimmt sich dagegen Eichendorffs Taugenichts aus, der „Held des wahren Nichtstuns"! Er ist weder träge noch von leerer Gschaftlhuberei, er langweilt sich nie, und dennoch ist es ihm gegeben, stundenlang „abschalten" zu können, im sommerlichen Rom im Schatten zu liegen und ohne einen Gedanken dem Murmeln und Flüstern der zahllosen Brunnen und Wasserspiele zuzuhören. Dies ist die einzig angenehme und erquickliche Form des Faulenzens, die Faulheit der Tiere und die Faulheit Gottes, von der beispielsweise auch der Verhaltensforscher Konrad Lorenz so schön zu erzählen weiß und die er den „Gang zu den Krokodilen" nennt. Hineinversinken in den gelassenen Gleichklang und Herzschlag der Natur, Einswerden mit dem Sein – *darum* bemühen sich Brahmanen und buddhistische Heilige, das ist die geheime Sehnsucht aller Selbsterfahrungskurse und Wochenendseminare für gestreßte Manager.

Eine solche Form der Faulheit kann natürlich für sterbliche Menschen immer nur momentan und zeitlich limitiert sein, weil andernfalls das warme Sein in das kalte Nichts umschlagen würde. Auch im Süden kommt bei faulem Nichtstun allmählich, wie Ernst Bloch sagt, ein „Gift des dunklen Insichseins" in den Organismus und zersetzt ihn. Denn „das Jetzt und Hier des Menschen, ohne Tun, schmeckt ihm nicht; nicht zuletzt, weil es so vortrefflich sein könnte und es nicht ist".

Pankraz

Zum ersten Mal unter einem Dach vereint – Berlin zeigt das plastische Gesamtwerk Pablo Picassos

Mit dem Kinderwagen auf Kunstsuche

In der Nationalgalerie in Berlin muß in den vergangenen Monaten sehr viel gebetet worden sein. Denn daß die Ausstellung des plastischen Werkes von Picasso in solcher Fülle und Qualität stattfinden kann, daß so viele Wünsche sich in vielfältigster Form erfüllen ließen, grenzt ans Wunderbare. Erst einmal ereignete sich der für Berlin so glückliche Umstand, daß in Paris das Musée Picasso erst später öffnen kann, als erwartet: Nicht zuletzt auch wegen der Leihgaben, die Berlin zum großen Manet-Fest in die französische Hauptstadt entsandt hatte, hat das Picasso-Museum 45 bedeutende Werke ausgeliehen. Kaum anzunehmen, daß sich diese Großzügigkeit in Zukunft noch einmal wiederholen wird. Das Schwierigste war freilich, die Zustimmung der Picasso-Familie zu gewinnen. Kinder und Enkelin haben sich schließlich bereit gefunden, die Berliner Unternehmmng in unerwartet spendabler Weise zu unterstützen.

Schließlich fand man in Werner Spies den profundesten Kenner des plastischen Oeuvres. Er hat 1971 das grundlegende Werk dazu erarbeitet – es wurde jetzt für die Schau als Katalog noch erweitert und verbessert, liegt als praktikables Verzeichnis des skulpturalen Gesamtschaffens (Verlag Gerd Hatje) vor. Mit Spies hat man einen gleichsam noch von Picasso selbst autorisierten Kenner – und darüber hinaus einen hochbegabten Ausstellungs-Regisseur. Die Schau vermittelt ein einzigartiges Erlebnis. Da ist kein Moment nachlassender Spannung. Staunen und Beglückung durchweg. Berlin und seine Gäste werden sich nur so durch die Drehtüren des Mies-van-der-Rohe-Baus drängen.

Kurioserweise ist dies die „erste richtige Picasso-Ausstellung" die es überhaupt in Berlin gibt. In der Ära des omnipräsenten Kultussenators Tiburtius waren die Kisten mit den Werken einer Picasso-Schau sozusagen wieder retour geschickt worden, weil das Jahrhundertgenie Picasso damals politisch nicht ins lokale Programm paßte.

Erst 1949, durch die grundlegende Publikation Daniel-Henry Kahnweilers (dem unvergessenen kongenialen Kunsthändler ist jetzt nobel der Katalog gewidmet), war der breiteren Öffentlichkeit die Tatsache ins Bewußtsein gehoben worden, daß Picasso auch ein phänomenaler Bildhauer war. Dennoch haben die Skulpturen neben dem immensen übrigen Oeuvre eher einen Nebenpart gespielt: *Die bislang erste* und einzige umfassende Präsentation des plastischen Oeuvres, in Paris, London und New York, liegt mehr als anderthalb Jahrzehnte zurück. Die Berliner Schau übertrifft sie an Umfang und Wichtigkeit ohne Mühe.

Picasso, der sich über alle Begrenzungen von Ismen und Stilrichtungen hinwegsetzte und in diesem Jahrhundert noch einmal den Typus des renaissancehaft vielbegabten Künstlers verkörperte, zeigt sich gerade in seinen Skulpturen als heiterer homo ludens. Ein Künstler, der sich die Formen und Muster spielerisch zu eigen machte.



Aus dem Werk eines homo ludens: „Die Ziege" von Picasso (1950), Bronzeplastik aus der Berliner Ausstellung FOTO: BINDER/THIELE

Nach den ersten Plastiken zu Beginn des Jahrhunderts, die mit ihrer lebhaft bewegten Oberfläche unter dem Eindruck des übergroßen Rodin standen, gibt es noch eine lange Phase, in der Skulptur und Malerei in *einem dialogischen*, sich erweiternden ergänzenden Verhältnis stehen. Erst später triumphiert die Assemblage mit immer neuen, verblüffenden Formgebungen aus Fundstükken. Die Plastik ist längst nicht mehr abbildend. Sie benutzt die Vorgaben der Realität zu Spielen und Kombinationen. Und dennoch läßt sich sagen, daß Picassos Skulpturen eigentlich nie vollabstrakt sind. Man findet in ihnen immer noch Wirklichkeit, so sehr sie sich auch vom Gegenstand entfernen mögen. Kurz: Figur und Stilleben werden zum Anlaß unerhörter Zusammensetzungen und Erfindungen.

Der Skulpteur Picasso modelliert nicht aus einem Zentrum das geschlossene plastische Ganze: Seine Arbeitsweise ist die Erweiterung, die Hinzufügung, die Variation. Ob er teigige Kopfvolumen formte oder schließlich einer Pavianfigur ihren Kopf aus zwei Spielzeugautos aufprägte, die Kahnweiler dem kleinen Claude mitgebracht hatte: Skulpturen sind Summe. Mit Françoise Gilot zog er, einen alten Kinderwagen in der Hand, umher, um Schrotteile zu finden, die die Skizzen seiner Phantasie verwirklichen konnten. Ein besonderer Reiz der Betrachtung besteht jetzt darin, ursprüngliche Fundstücke, die die Schaffenskraft unmittelbar initiierten, in der kaschierenden Branche wiederzuerkennen – wie auch die vielfältigen Spuren, Texturen, Muster, die den Gußformen eingeprägt wurden.

Die Schau, mit rund 200 Ausstellungsstücken, zeigt zahllose „Inkunabeln". Darunter den außerordentlich wichtigen Frauenkopf, die verblüffenderweise einzige größere kubistische Plastik Picassos, die so großen Einfluß auf andere Bildhauer ausübte. Die Skulpturen, die unter dem Eindruck außereuropäischer, „primitiver" und iberischer Skulptur entstanden. Die sensationelle, aus Pappe geschnittene „Gitarre", ein für die kubistische Malerei, die papiers collés, unschätzbare Arbeit. Die drahtgefügten „Raumzeichnungen". Kunstwerke, die regelrecht zur „Allgemeinbildung" gehören, wie die „Ziege" oder jener Stierschädel, den Picasso schlichtweg aus einem Fahrradsattel und einem Lenker zusammensetzte.

Mag das plastische Werk anderer Bildhauer dieses Jahrhunderts innerhalb des künstlerischen Gesamtkontextes jeweils wichtiger sein: Picasso stellte an Fülle, Phantasie, Vielseitigkeit, nicht zuletzt aber an heiterer Sinnlichkeit alle anderen in den Schatten. Er konnte alles. Selbst im Gespräch, wenn er dabei Draht zwischen den Fingern bog, entstand Kunst-Geschichte. (Bis 27. November, 11. Dezember '83 bis 29. Januar '84: Kunsthalle Düsseldorf; Katalog 40 Mark).

PETER HANS GÖPFERT

Bertini: Einstand des neuen WDR-Chefdirigenten

Durchbruch mit Berlioz

Die Pläne Gary Bertinis, des neuen Chefdirigenten beim Sinfonieorchester des Westdeutschen Rundfunks in Köln, zielen hoch. Das Orchester soll unter ihm wieder jenen Ruf und Rang zurückgewinnen, den es in den fünfziger und sechziger Jahren besaß, als sich die internationale Dirigentenprominenz einander am WDR-Pult ablöste, und der dann unter Zdenek Mazal und Hiroshi Wakasugi doch leicht angekratzt wurde.

Bertini, dem in Rußland geborenen Israeli, mag man das zutrauen. Er ist ein glänzender Orchestererzieher. Er hat das Jerusalem Symphony Orchestra, dessen Chef er weiterhin bleibt, binnen kurzem aus dem Nichts zu einem respektablen Klangkörper gemacht. Er fordert und stimuliert seine Musiker durch künstlerisch anspruchsvolle Programme. Er selbst schreckt vor Anstrengungen, vor verbissener Probenarbeit nicht zurück. München hat ihn vor Jahren als Chef seiner Philharmoniker ausgeguckt; das scheiterte am Veto der Musiker. Die Kölner zeigen da mehr Mut.

Bertini, der noch bei Honegger Komposition studiert hat, ist in der Tat ein Dirigent, dem man kein X für ein U vormachen kann. Er ist in der musikalischen Analyse so sicher wie am Pult. Und doch nicht bloß ein musikalischer Technokrat.

Seinen Einstand beim WDR gab er nun auf grandios inszenierte Art: mit zwei Aufführungen von Berlioz' „Requiem" in den Domen zu Münster und Altenberg, jener den Toten der napoleonischen Kriege zugeeigneten Grande messe des morts, für die der Komponist gleich Tausende von Mitwirkenden reklamierte.

Bertini beließ es dabei, den Kölner Rundfunk-Chor mit denen des NDR Hamburg und des SDR Stuttgart zu vereinigen. Denn er hat bei diesem Werk mehr zu bieten als die knallige Bombastik. Selbst die Posaunenchöre des Jüngsten Gerichts klingen bei ihm festlich erhebend, in herrlicher Größe von Gott kündigend. Das hörte man selten so edel.

Vor allem überrascht, wie viel zerknirschte Inbrunst, wie viel schiere Schönheit Bertini in dieser Partitur findet, wozu er mit dem Tenor Keith Lewis auch den richtigen Belcanto-Mitstreiter gewonnen hatte. Und da sich auch das Orchester in einer instrumentalen Brillanz und Reinheit von Graden vorstellte, gelang Bertini auf Anhieb das Außerordentliche. Das bestärkt die Zukunftshoffnung kräftig.

REINHARD BEUTH

Zeichentrickfilm: „Lucky Luke III" von Goscini

Gräser in den Zähnen

Da die Produktion von Zeichentrickfilmen ausgesprochen teuer ist, versuchen die Filmgesellschaften, das Risiko gering zu halten, indem sie einfach erfolgreiche Comicserien verfilmen. Das jüngste Ergebnis dieser Bemühungen heißt „Lucky Luke: Das große Abenteuer". Die Western-Serie über den „Lonesome cowboy" Lucky Luke wurde 1946 von Morris entworfen, der Durchbruch kam allerdings erst, als der „Asterix"-Autor Goscini die Szenarios schrieb. Ähnlich wie „Asterix" war auch „Lucky Luke" eine Parodie, mit dem Unterschied freilich, daß ausschließlich der „Wilde Westen" persifliert wurde: die Saloon-Szenen, die Revolverhelden und die US-Kavallerie.

Daß nun der Name der Serie für den dritten Lucky-Luke-Film, für den Goscini ebenfalls das Szenario schrieb, übernommen wurde, heißt nicht, daß auch das Konzept hätte übernommen werden müssen. Es genügt ja völlig, wenn der Titelheld und die wichtigsten Nebenfiguren auftauchen: Lucky Luke selbst, sein Pferd Jolly Jumper, der Hund Rantanplan und die Gangsterbrüder Dalton. Der Film beschränkt sich im wesentlichen darauf, daß die Daltons gefangen werden. Und wieder ausbrechen. Und wieder gefangen werden, und wieder ausbrechen. Aber natürlich gibt es noch andere wichtige Leitmotive: Mama Dalton (Ödipuskomplex), Resozialisierungsmaßnahmen (Zeitkritik), in Broten eingebackene Feilen (Krise der Stahlindustrie). Und was ist der Drang der Daltons zur Flucht aus ihren engen Zellen anderes als die Emanzipation von der Embryonalsehnsucht?

Die formale Struktur des Films wird von den klassischen Gags des Genres bestimmt, als da sind: a) jemand fällt hin, und b) etwas fällt auf jemanden drauf. Und wenn jemand hinfällt und dabei auf jemand anderen drauffällt, dann ist dies geradezu ein Super-Gag.

Natürlich wurde der Film ausschließlich für Kinder gedreht, aber die würden erst richtig lachen, wenn er abwechslungsreicher wäre. Zumal hier anstatt der Parodien auf die Western-Klischees nur die Klischees selbst vorkommen. Damit der Film auch garantiert kinderfrei ist, wurde die Figur Lucky Lukes schweren Beschränkungen unterworfen: während er in den Comics ständig an einer Zigarette zieht, ist im Film allenfalls ein Grashalm gestattet. Aber vielleicht konnten die Animateure keinen Zigarettenrauch zeichnen – es wäre nicht der einzige Notbehelf in diesem Film.

DANIEL DITTMAR

Claude Simon wird 70

Wer könnte den Wind anhalten?

Claude Simon, mehrfach als Anwärter auf den Nobelpreis für Literatur im Gespräch, wird heute 70 Jahre alt. Unter den Namen, die als Repräsentanten des „nouveau roman" in Frankreich zählen, gilt Claude Simon auch für das Signet eines literarischen Werks, das noch vor Robbe-Grillet, Butor, Sarraute ansetzt und bis ins Spätwerk die ästhetische Formation beibehalten hat. Wann immer in der französischen Gegenwartsliteratur von der adäquaten sprachlichen Herstellung der sich überlagernden Bewußtseinsverhältnisse, der Auslöschung von Individualität des handelnden Subjekts als geschichtsbestimmender Instanz die Rede ist, fällt der Name Claude Simon.

In seinen Romanen, von denen die meisten auch in deutscher Übersetzung vorliegen, versucht der 1913 in Tananarive/Madagaskar als Sohn eines französischen Offiziers geborene Schriftsteller, in einer an Proust und Faulkner orientierten Sprach- und Schreibweise, in syntaktisch überlängten Sätzen und Prosaperioden sowie unter Verzicht auf Interpunktion Erinnern und Realität in den Stillstand eines Sprachzusammenhangs zu bringen. Die Psychologie des Helden, Kausalität im Handlungszusammenhang, lineare Zeitlichkeit interessieren nicht. Man könnte auch von einer literarischen Ästhetik des panoramatischen Blicks sprechen.

Als Student nahm er auf seiten der Linken am spanischen Bürgerkrieg teil. 1940 geriet er in deutsche Gefangenschaft. Sein Werk, in das die Erlebnisse während des Krieges und die Eigenheit des provinziellen Südens von Frankreich (Perpignan) eingegangen sind, wendet sich gegen ein politisch-soziales Engagement des Schriftstellers als Ersatz für künstlerische Arbeit.



Für eine Ästhetik des panoramatischen Blicks: der französische Schriftsteller Claude Simon FOTO: CAMERA PRESS

Als Novum und Umbruch innerhalb des Schaffens von Claude Simon, von dem aus sich eine innere „Datierung" der weiteren Arbeiten des Romanciers herleiten läßt, gilt der 1957 erschienene Roman „Le vent" („Der Wind"). Dieser Roman greift die Proustsche Vorlage von dem Funktionieren der Erinnerung auf und überträgt dieses Modell auf die in 17 Kapiteln sich auflösenden Sätze. Ein Buch, das sich mit der Unmöglichkeit beschäftigt, die Geschichte als vom Menschen formbar zu verstehen: Es gibt keinen, der den Wind anzuhalten vermag.

REINER NERVAL

Zwei Uraufführungen in Düsseldorf: Brechts „Jakob Geherda" und Grasers „Buckelige Angelika"

Wenn ein Segelclub mit dem Abwaschmädchen . . .

Schick ist sie ja, die Werbeformel, die das Düsseldorfer Schauspielhaus auf seine Plakate druckt: „Deutschlands Ensemble Nummer eins." Doch die Behauptung kann sich auf eine Umfrage der Zeitschrift „Theater heute" unter den Kritikern der Republik stützen: Die Mehrzahl von ihnen attestierte der Bühne „die bemerkenswerteste Gesamtleistung in der vergangenen Saison".

So etwas macht ganz schön mutig, und so gab es jetzt – nach einer jüngst ziemlich verunglückten deutschen Erstaufführung der dramatisierten Kafka-Erzählung „Die Verwandlung" von Stephan Berkoff – zwei Uraufführungen an zwei aufeinanderfolgenden Tagen: ein neues Stück von Jörg Graser, der vor wenigen Jahren mit seiner „Witwenverbrennung" – auf dem Bildschirm als „Der Irrenwärter" – auffiel, und eines – von Bertolt Brecht.

Von Brecht? Das kann doch nicht wahr sein! Das Werk des „Stückeschreibers" ist doch seit dessen Tod 1956 so mannigfach durchforstet worden, daß man in diesen 27 Jahren unmöglich etwas übersehen haben kann. Aber es hat seine Richtigkeit: „Das wirkliche Leben des Jakob Geherda", etwa 1935/36 begonnen und Fragment geblieben, hat die höheren Weihen der Bühne noch nicht erfahren. Dazu mußte Brecht-Adept Peter Palitzsch her. Er führte Regie.

Schauplatz ist ein heruntergekommenes Restaurant, dessen Personal sich vom Besuch junger Leute eines Segelclubs den Fortbestand des Unternehmens (und seiner Stellung) erhofft. Die Jungen kommen tatsächlich, aber sie machen nicht nur Zeche, sondern vernaschen gleich auch noch das Abwaschmädchen Silvia, so daß das gleiche Personal hoffen muß, der Segelclub werde von sich aus nicht wiederkommen. Sonst müßte man ja eingreifen, *handeln*, und zwar gegen die eigenen Wirtschaftsinteressen und gegen die des Chefs.

Wieder mal ein typisch Brechtsches „Dilemma" also – nur entspringt daraus kein Stück, auch nicht, wenn der zweite Kellner Jakob Geherda – ein von allen Seiten getretener Hund – zu träumen anfängt. Im Traum verteidigt er das bedrohte Mädchen als schwarzer Ritter – daraus wird eine Slapstick-Gaudi in der Art des Karl Valentin, den Brecht so bewunderte.

Aber auch wenn Palitzsch (mit Hans Schulze in der Titelrolle – er spielt sie hervorragend präzis und immer ganz ernsthaft –) die Sache genau ausbalanciert: die altbekannte Dreigroschen-Moral, erst komme das Fressen und dann die Moral, ergänzt durch den Zusatz, moralisches Verhalten sei nur im Traume möglich, hat Brecht an anderen Orten wahrhaftig weit besser vorgeführt. Das Stück hier ist entbehrlich.

Belanglos leider auch „Die buckelige Angelika" von Jörg Graser. Er erzählt, ohne alle Dramatik allerdings und ohne irgendeine Steigerung, von einem verkrüppelten Mädchen, das für einen Operntenor schwärmt. Der aber fühlt sich durch diese Verehrerin gestört, er schmeißt eine Premiere, und nur eine Journalistin kann ihn retten: Sie arrangiert einen „Fototermin" in der Wohnung der Bemitleidenswerten und erfüllt damit deren Traum von einer leibhaftigen und persönlichen Begegnung. Nie wird sie wieder in die Oper gehen. Als Ehefrau des Hausmeisters Cyceck, der bislang ihre Mutter „frequentierte" und der nun die zur Attraktion gewordene „Königin der Möhrengasse" bevorzugt, wird sie künftig Beerdigungen besuchen und sich „in den Leichenschmaus drängen".

Wie einst Ödön von Horváth, so fahndet auch Graser nach der garstigen Innenseite des „goldenen Weaner Herzn", und er zeigt es sogar noch ein wenig perfider als sein literarisches Vorbild. Aber im Gegensatz zu seinem Erstling „Witwenverbrennung" fallen ihm diesmal keine szenischen Lösungen ein. Graser hat bloße Dialoge geschrieben, kein Theaterstück.

Das Schlimmste zudem, das diesen Dialogen widerfahren konnte, ist die Düsseldorfer Inszenierung, die – immerhin – Johannes Schaaf in den Spardekorationen seiner Ehefrau Susanne Thaler angerichtet hat. Wird schon darin nichts zu Bild – die allernötigsten Requisiten werden in einen Einheitsgrundriß gepfercht –, so erst recht nicht in den Arrangements von Schaaf. Alles bleibt beliebig und in den Wind gesprochen. Das ist nun, nach Kleists „Käthchen" und Beaumarchais' „Tollem Tag", schon das dritte Mal, daß Schaaf erhebliche Ausfallerscheinungen erkennen läßt.

Wäre nicht Krista Posch gewesen, die die Titelfigur bestürzend vergegenwärtigt, nicht Jenny Lattermann als Mutter und nicht Wolfgang Reinbacher als Cyceck – Bert Oberdorfer als Opernsänger und Gabriele Köstler als Journalistin schafften ihre Rolle nicht –, Stück und Abend wären völlig untergegangen. So verhallen, weil Frau Thaler akustisch ungünstig baute, nur viele Textstellen. Es ist nicht unbedingt schade drum. Wer will, kann alles im Programmheft nachlesen.

KATHRIN BERGMANN

JOURNAL

Forschungsanlage für Synchroton-Strahlung

dpa, Dortmund

Für eine positive Entscheidung über den Bau einer europäischen Synchroton-Strahlungsquelle in *Dortmund haben sich 22 Physiker* aus der Bundesrepublik ausgesprochen. Die Großforschungsanlage müsse in der Bundesrepublik möglichst bald gebaut werden, um den Vorsprung vor allem der USA auf diesem Gebiet aufzuholen, sagte der Dekan des Fachbereichs Physik an der Universität Dortmund, Prof. Erich te Kaat. Die in der Forschungsanlage (250 Mill. Mark) erzeugten Strahlen können zur Untersuchung von Festkörperoberflächen, zur Molekularuntersuchung und zur Forschung in der Mikro-Elektronik verwendet werden.

Berlin hat „ein Recht" auf das Watteau-Gemälde

AP, Berlin

Prinz Louis Ferdinand von Preußen darf nach Ansicht des ehemaligen Berliner Justizsenatsdirektors Otto Uhlitz das berühmte Watteau-Gemälde „Einschiffung nach Cythera" nicht, wie beabsichtigt, für 15 Millionen Mark an das Land Berlin verkaufen. Berlin habe als Rechtsnachfolger Preußens ein Options- und Vorkaufsrecht und könne den Prinzen verpflichten, der Stadt das Bild zu einem Preis, der von einem gemeinsam ernannten Sachverständigen festzusetzen sei, zu übertragen. Zu diesem Ergebnis kam Uhlitz in einer juristischen Untersuchung im Zusammenhang mit dem in Berlin heftig umstrittenen Ankauf des Meisterwerks.

Brahms und die bildende Kunst

DW. Kiel

Mit dem Verhältnis der bildenden Künstler zu Brahms und den Beziehungen von Brahms zur bildenden Kunst beschäftigt sich eine Ausstellung der Kunsthalle Kiel. Unter dem Titel der Klingerschen Radierfolge „Brahms-Phantasien" zeigt sie nicht nur die Entwürfe und Skizzen Klingers zu dem Zyklus aus dem Hamburger Nachlaß zum erstenmal der Öffentlichkeit, sondern bezieht auch Werke von Menzel, Fantin-Latour und anderen Künstlern ein. Brahms' Vorlieben werden anhand einer Postkarten-Sammlung aus seinem Besitz, die die von ihm besonders geschätzten Kunstwerke abbilden, dargestellt. Die Ausstellung ist bis zum 26. Okt. zu sehen. Der Katalog der Beiträge von Kunsthistorikern und Musikwissenschaftlern enthält, kostet 10 Mark.

Russische Primaballerina geht an römische Oper

SAD, Rom

Das Ballett, seit Jahren ein Stiefkind der römischen Oper, soll aufgewertet werden. Nach einjährigen Verhandlungen gelang es dem Intendanten, Alberto Antignani, die Primaballerina des Bolschoi-Balletts, *Maya Plissertskaya, für drei* Jahre nach Rom zu verpflichten. Die Russin wird ab Januar '84 Chefin des Opernballetts. In Rom findet die Diva derzeit allerdings unvollkommene Verhältnisse vor: Das Opernhaus kann wegen mangelnder Sicherheit immer noch nicht in Betrieb genommen werden. Das Ballett wurde wegen der monatelangen Zwangspause stark dezimiert. Und für die Proben steht nur ein einziger kleiner fensterloser Saal zur Verfügung.

Nizzas Musikpalast soll 1984 fertig sein

AFP, Nizza

Die Stadt Nizza wird ab Ende 1984 über die zweitgrößte Bühne Frankreichs nach der Pariser Oper verfügen. Wie der Bürgermeister der Stadt, Jacques Medecin, jetzt mitteilte, sollten die Arbeiten an dem 1981 begonnenen Kongreß- und Musik-Palast in spätestens etwas über einem Jahr abgeschlossen sein. Das Auditorium wird über eine Bühne von 1200 Quadratmetern verfügen sowie über einen Orchestergraben für 120 Musiker. Der Saal bietet 2500 Zuschauern Platz. Die Kosten für das Projekt beziffern sich auf rund 530 Millionen Franc.

Mannheimer Filmpreis an sowjetischen Beitrag

dpa, Mannheim

Zum Abschluß der 32. Internationalen Filmwoche in Mannheim hat der sowjetische Beitrag „Männererziehung" den mit 10 000 Mark dotierten „Großen Preis" erhalten. Die Auszeichnung ging an den Regisseur des Streifens, Usman Saparow. Der „Große Preis", um den sich in diesem Jahr 17 Filme bewarben, wird, wie es die Statuten fordern, immer an einen Erstlingsspielfilm verliehen. Nach Meinung der Jury habe, trotz der Auszeichnung, ein herausragender und wirklich überzeugender Beitrag gefehlt. Der mit 10 000 Mark dotierte Preis im „Wettbewerb junger Filmländer" ist dreigeteilt verliehen worden. Er ging an Christian Richard aus Obervolta, den Iraner Mahomoud Samiy und Kidlat Tahimik von den Philippinen.

Pozzuoli – Massenflucht aus der sterbenden Stadt

Fachleute schließen schweres Erdbeben nicht mehr aus

KLAUS RÜHLE, Rom

In Pozzuoli, einer Stadt von rund 75 000 Einwohnern, zwölf km westlich von Neapel, herrschen Chaos und Rebellion als Folge der Erdbeben und Erdbewegungen, die seit vielen Monaten die Zone erschüttern und das Leben für die Bewohner zur Hölle machen. Wenn die Vulkanologen bisher hoffnungsvolle Voraussagen machten, nach denen das geologische Phänomen langsam abklingen sollte, so verzichten sie jetzt auf beruhigende Erklärungen. Demnach scheint festzustehen, daß die Situation sich von Tag zu Tag verschlimmert, daß im Erdinnern ungeheure Kräfte tätig sind und mit einem vernichtenden Ausbruch der Erdmassen gerechnet werden muß. Die weitaus meisten Häuser, vor allem im Zentrum der Stadt, sind schwer beschädigt und unbewohnbar geworden. Die Folge davon ist, daß die lange hinausgeschobene Evakuierung von Pozzuoli sich nicht länger verschieben läßt.

Doch geht diese Evakuierung nicht planmäßig vor sich; sie hat sich vielmehr in eine panische Massenflucht verwandelt. 50 000 Menschen sind bereits mit all den Habseligkeiten, die sie mitführen konnten, geflohen. Die restlichen 25 000 kampieren auf der Straße in Pkws, in kleinen Zelten und meutern gegen die Behörden, die sie ihrem Schicksal überlassen oder besser gesagt überlassen müssen, weil sie außerstande sind, des Exodus Herr zu werden und Notquartiere für alle zu finden.

Die römische Regierung will nun mit drakonischen Maßnahmen unter Mobilisierung des Heeres der Situation Herr werden. Sie plant alle leerstehenden Häuser und Wohnungen zwischen Rom und Salerno zu beschlagnahmen, um dort die evakuierten Familien von Pozzuoli provisorisch unterzubringen. Aber sie stößt dabei auf den Widerstand der Hausbesitzer, die, vielfach mit Hilfe der Carabinieri ihr Eigentum gegen die dekretierte Übergabe an Evakuierte, vielfach auch gegen das gewaltsame Eindringen von Obdachlosen aus Pozzuoli verteidigen. Sie beschuldigen die Regierung, verfassungswidrige Maßnahmen zur Lösung des Evakuierungsproblems zu ergreifen. Einige Hausbesitzer beklagen, daß ihnen für Schäden die bei der zwangsweisen Einquartierung von Opfern des Erdbebens von 1980 angerichtet wurden, bis heute kein Ersatz geleistet worden sei. In einzelnen Fällen handelt es sich bei den erbosten Hausbesitzern um Industrielle, die im Falle der Beschlagnahmung als Vergeltungsmaßnahme androhen, Massenentlassungen in ihren Fabriken vorzunehmen.

Die Situation in Pozzuoli selbst wird immer dramatischer. In der sterbenden Stadt ist eine wahre Volkserhebung im Gange. Hunderte von verzweifelten Familien belagerten das Rathaus und rebellierten gegen die mangelnde Hilfe seitens der verantwortlichen Stellen. Mehrere Männer und Frauen drangen in das Gebäude ein und verlangten vom Bürgermeister empfangen zu werden. Das Stadtoberhaupt von Pozzuoli weigerte sich jedoch, sein polizeilich geschütztes Bunkerbüro zu verlassen und sich der Volksmenge zu stellen. Der Proteststurm wurde immer bedrohlicher. In Sprechchören forderten die enttäuschten Einwohner „Wohnungen, Zelte und Betten". Schließlich ergriff der Vizebürgermeister das Wort und beklagte bitter, „uns fehlen technische Fachkräfte, vermehrte polizeiliche Hilfe, Geldmittel. Die Regierung macht uns Versprechungen, die sie nicht hält".

Während in Pozzuoli das Chaos herrscht, berät man in Rom fieberhaft, auf welche Weise man der Massenflucht Herr werden und eine organische Lösung der sich stellenden Probleme finden könnte. Alle sind sich darüber einig, daß eine Umsiedlung der Bevölkerung von Pozzuoli unvermeidlich geworden ist. Doch streitet man sich über das Wie und Wo. Die einen schlagen die Neugründung von Pozzuoli Nummer zwei, auf erdbebensicherem Hinterland vor, wobei freilich noch unklar bleibt, wo der neue Lebensraum in einer dichtbesiedelten Provinz gefunden werden soll. Die anderen sind für die Errichtung einer langgestreckten Satellitenstadt an der Küste unmittelbar im Anschluß an das verlassene Pozzuoli. Wie und wo die arbeitslosen Fischer wieder ihrer Beschäftigung nachgehen sollen, weiß bis heute niemand. Vermieden werden soll auf alle Fälle der Bau einer Barackenstadt.



„Smoky Colours" bestimmen den Sommer '84

In Mailand herrschte noch immer Sommer, als Italiens Couturiers schon die Mode für den nächsten präsentierten. Den Auftakt zum Ausblick '84 der Milano Collezioni machte **Erreuno**. Nach dem Defilee lud er seine Gäste in die neue Boutique in der Via Spiga ein, wo viele Createure von Rang eigene „Lädchen" eröffnet haben.

So auch **Gianfranco Ferre**, dessen Markenzeichen klassische Eleganz und erlesene Materialien sind. Diesmal schlingt er 80 Zentimeter lange Krawatten als Accessoires über Seidenblusen und pyjamaähnliche Blazer-Jacken. Über die schmalen Hüften bindet er 15 Zentimeter breite Gürtel.

Die Farben Weiß und Schwarz bilden die Basis der vielen Spielarten von Geometrics beim Stricker-Clan **Missoni**. Neben der obligaten Maschen-Kollektion bietet Missoni auch Cotton, Seide, Leinen und verschiedene Jersey in „klassischen Formen und zeitloser Eleganz".

Georgio Armani, immer noch der Star unter den italienischen Mode-Designern, zeigte nach zweijähriger Abstinenz in seinem neuen Haus die '84er Sommer-Kollektion: eine Melancholie der Farben „Smoky colours", wie Armani sie nennt, bestimmen sein Programm. Bestechend einfach die Form, aber raffiniert Schnittführung und Details: weite, lose Hosen, einfache Wickelröcke, „Arbeitshemden" wie zu groß, Blazer mit und ohne Revers, manchmal effektvoll auf der Hüfte übereinandergeschlungen. Lässig und elegant – Krawatten, die über Blusen im Herrenhemd-Stil gebunden werden.

„Palm Beach" nennt Mariucia Mandelli für **Krizia** ihre Kollektion: Schnitte in Palmenblatt-Form, gewellte Säume, die asymmetrisch die Wade verhüllen. Wieder inspirierten zwei Tiere – der schwarze Panther und mit seinen unregelmäßigen Flecken der Dalmatiner – die Künstlerin. Krizias Farben sind Schwarz, Weiß, sanftes Hellblau, Hellgrün und schattige Gewitterfarben.

Kaum noch überschaubare stilistische Vielfalt gab es bei der Mammutkollektion von **Gianni Versace**: Sackkleider wie aus den Sechzigern neben gerafften schwarzen Nappa-Röcken. Marine, Weiß und Schwarz sind Versaces Grundfarben.

Uniformen haben Claude Montana zu seiner **Complice**-Kollektion inspiriert: Marine, Garde oder gar Fremdenlegion. So auch seine Farben: Weiß, Marineblau und Sahara-Töne als Basis-Farben. Dazu helles Rot und Orange.

Vielleicht haben die Franzosen in dieser Woche in Paris mehr Überraschungen für den nächsten Sommer auf Lager.

ZEICHNUNGEN: MONIKA SCHENKL

Wieder „Krippentod" von eineiigen Zwillingen

Genetische Identität „schuld" am selben Schicksal?

SAD, Rhyl

Schon bald nach der Geburt ihrer Zwillingstöchter beschlossen Arthur und Linda Connolly: „Die Kinder sollen in getrennten Zimmern schlafen, damit sie sich mit ihrem Schreien nicht gegenseitig aufwecken." Vier Monate später starben die beiden kleinen Mädchen in ein und derselben Nacht im Schlaf – jedes in seinem Zimmer, beide ohne erkennbare Ursache.

Die Familientragödie ereignete sich am Wochenende in der nordwalisischen Stadt Rhyl. Als Linda Connolly (29) gegen acht Uhr das Zimmer der kleinen Samantha betrat, um sie zu wecken, lag das Baby leblos in seinem Bettchen. Voll böser Vorahnung rannte die Mutter in Gabrielles Zimmer. Dort bot sich ihr dasselbe Bild.

Der Pathologe Donald Wayte konnte bei der Obduktion lediglich feststellen, daß beide dunkelhaarigen Mädchen eines natürlichen Todes gestorben waren. Ein Polizeisprecher bestätigte: „Es gibt keinerlei verdächtige Umstände."

Die wahrscheinlichste Erklärung ist nach Ansicht des bekannten englischen Kinderfacharztes ein plötzliches Aussetzen der Atmung: „Viele Babys hören eine Minute lang auf zu atmen, fangen dann aber wieder an zu atmen. Es scheint jedoch, daß einige Babys unterbewußt einfach vergessen, die Atmung wiederaufzunehmen."

Daß bei eineiigen Zwillingen dieses „Vergessen" gleichzeitig eintreten kann, könnte mit einem gemeinsamen Erbfaktor zusammenhängen. In Nordengland waren vor einem halben Jahr männliche Zwillinge im Alter von sieben Monaten unter ganz ähnlichen Umständen gestorben.

Das scheinbar unerklärliche Sterben von Kleinkindern wird in England als „Krippentod" bezeichnet. Professor John Emery von der Universität Sheffield, einer der bekanntesten Forscher des „Krippentodes", erklärte gestern zu dem Fall: „Wir sind uns der besonderen Gefahren bei Zwillingen so sehr bewußt, daß wir beim Tod eines Zwillings den anderen automatisch ins Krankenhaus bringen lassen. In vielen Fällen erkrankt denn auch der gesunde Zwilling binnen 24 Stunden." Dies ist insofern nicht verwunderlich, da eineiige Zwillinge genetisch identisch sind und die gleichen physischen Schwachpunkte haben.

WETTER: Zeitweise Regen

Wetterlage: Die Warmfront eines Islandtiefs überquert Deutschland und führt etwas mildere Meeresluft heran. In der zweiten Tageshälfte erreicht die nachfolgende Kaltfront Nordwestdeutschland.

Vorhersage für Montag:

Nordhälfte der Bundesrepublik und Raum Berlin: Stark bewölkt bis bedeckt und zeitweise Regen, nachmittags im Nordwesten auflockernde Bewölkung und einzelne Schauer. Höchsttemperaturen um 14, nachts Abkühlung auf 11 bis 6 Grad. Mäßiger bis frischer Wind um West mit kräftigen Böen.

Südhälfte der Bundesrepublik: Stark bewölkt bis bedeckt, aber nur gelegentlich leichter Regen. Höchsttemperaturen um 16, nachts Tiefstwerte um 10 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind um West.

Weitere Aussichten:

Wechselnd wolkig, einzelne Schauer, Temperaturen wenig geändert.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	10°	Kairo	30°
Bonn	12°	Kopenh.	12°
Dresden	8°	Las Palmas	27°
Essen	11°	London	15°
Frankfurt	13°	Madrid	19°
Hamburg	11°	Mailand	20°
List/Sylt	11°	Mallorca	26°
München	11°	Moskau	8°
Stuttgart	11°	Nizza	22°
Algier	25°	Oslo	9°
Amsterdam	12°	Paris	15°
Athen	24°	Prag	10°
Barcelona	22°	Rom	20°
Brüssel	13°	Stockholm	3°
Budapest	15°	Tel Aviv	32°
Bukarest	22°	Tunis	21°
Helsinki	4°	Wien	13°
Istanbul	20°	Zürich	11°

Sonnenaufgang* am Dienstag: 6.37 Uhr, Untergang: 17.40 Uhr, **Mondaufgang:** 12.38 Uhr, Untergang: 20.36 Uhr.

* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Eine „Januskopf-Droge" beunruhigt Frankreich

Mysteriöses Mittel beraubt Menschen ihres Willens

A. GRAF KAGENECK, Paris

Das französische Gesundheitsministerium hat Kenntnis von zwölf Fällen, in denen Bürger des Landes nach unbewußtem Einnehmen eines ihnen aufgenötigten Medikaments ihres Bewußtseins und Willens beraubt und zu Handlungen gezwungen wurden, an die sich sich hinterher nicht mehr erinnern konnten. Die „Dunkelziffer" dieser Fälle liegt nach Einschätzung des Ministeriums sehr viel höher, da nur eine geringe Zahl von Opfern den Mut aufbringt, ihr Mißgeschick den Behörden anzuzeigen. In den meisten bekannten Fällen handelt es sich um sexuellen Mißbrauch der Opfer. Aber auch Fälle von Raub und Diebstahl, Entwendung von Portemonnaies, Ausstellung von Schecks wider Willen sind vorgekommen. Inwieweit auch sicherheitspolitische Fragen in das Phänomen involviert sind, weiß im Gesundheitsministerium noch niemand zu sagen. Die Droge ist nach allem Anschein auch vorzüglich im Spionage-Dienst zu verwenden.

Das Beunruhigende an dem neuen Medikament ist, daß es sich um ein durchaus handelsübliches, ohne ärztliches Attest erwerbbares Arzneimittel handelt, das in Form von Pillen eingenommen wird. Fachleute bezeichnen es indes als ein „Januskopf-Mittel", das sowohl heilen wie den Menschen seines Willens berauben und ihn fremdem Willen unterwerfen kann. Es genügt nach Erkenntnissen der Prüfer, die völlig harmlose Pille zu zerdrücken und in Staub zu verwandeln, diesen anschließend unbemerkt einem Getränk oder einer Speise beizumischen, um den gewünschten Effekt beim Gegenüber zu erzielen. Auf der jüngsten Tagung der Giftexperten im Pariser toxikologischen Fernand-Widal-Krankenhaus konnte nicht geklärt werden, was diese alarmierende Verwandlung herbeiführt.

Wenige Tage nach der Fachleute-Klausur trat die Kommission zur Überwachung der Pharmazeutika im Gesundheitsministerium zusammen, um den Wahrheitsgehalt der Anschuldigungen zu prüfen. Die Untersuchungen dauern zur Zeit noch an. Auch im Ministerium verschweigt man die Identität des Mittels. Man deutet lediglich an, daß es sich um ein Beruhigungsmittel handelt und daß solche Mittel auf der Basis von Benzo-Diazepine unter Beimischung von Alkohol oder Kokain „ein Betragen bei Menschen hervorrufen, das zumindest sehr bizarr ist". Es wird sich dabei auch noch herausstellen müssen, ob andere, ähnlich zusammengesetzte, in Massenumlauf befindliche Mittel aus dem Verkehr gezogen werden müssen.

Der Geschädigte ist zur Zeit noch so gut wie rechtlos. Er hat keine Möglichkeit, den Verlust wiedereinzutreiben, und Regreßansprüche stehen ihm auch nicht zu. Die Versicherungsgesellschaften haben noch keine Garantien gegen Fälle von medikamentöser Unterwerfung in ihre Sicherheits-Palette aufgenommen. So bleibt nur die Warnung der Mütter an ihre Töchter, der Ehemänner an ihre Frauen und der Vernunft an das Hirn, sich nicht in Gespräche mit Fremden und schon gar nicht zu einem „Bruderschaftstrunk" einzulassen.

Ariane's Unpünktlichkeit schlägt schwer zu Buche

Der nichteingehaltene Zeitplan kostete schon Millionen

CONSTANZE GUTACKER, Paris

Auf dem langen Weg zur Eroberung des Weltraums gerät Europa immer wieder ins Stolpern. Zum zweiten Mal mußte jetzt der Start der europäischen Trägerrakete „Ariane" verschoben werden. Obwohl es nicht Schwierigkeiten mit der Rakete selbst sind, sondern technische Probleme der Nutzlast, die „Ariane" am Boden festhalten, sehen Experten schwarz für die Zukunft des Unternehmens.

Ursprünglich hatte „Ariane" sich schon am 15. September mit dem Satelliten „Intelsat 7" an Bord auf den Weg machen sollen. Weil aber die Vorgängermodelle des Kunstmondes, Nummer fünf und sechs, auf ihrer Erdumlaufbahn nicht einwandfrei funktionierten, winkten die Techniker in den USA, wo Intelsat gefertigt wird, ab. Man einige sich auf den 12. Oktober als neuen Termin. Doch auch er wurde abgesagt.

Michel Bigner, bei der Raumfahrtbehörde in Paris zuständig für Transportsysteme, erklärte noch einmal mit Inbrunst, daß nicht die Rakete schuld sei an der Verzögerung, die nun am 18. Oktober hochgehen soll. Gelänge dieser Start, so sei man guter Hoffnung, auch den nächsten, für den 15. Dezember geplanten Flug, durchziehen zu können. „Wenn nicht, wird Ariane nicht vor Mitte Januar nächsten Jahres wieder starten können."

Dies wäre in der Tat bitter für die Europäer. Damit würde der ganze weitere „Fahrplan" durcheinandergeraten. Für das nächste Jahr sind sechs Starts geplant und von Kunden gebucht – soviel wie der „Weltraumbahnhof" der Europäer in Kourou (Guayana) zuläßt.

In Paris wird jedoch hinter vorgehaltener Hand zugegeben, daß mit einer Verschiebung des Dezember-Fluges im nächsten Jahr höchstens vier Starts über die Bühne gehen können – wenn überhaupt. Mit ihren Terminen hatte „Ariane" zu kämpfen, seit sie das Fliegen lernte. Bisher schaffte das Wunderwerk europäisch-technischer Kooperation seit seinem Jungfernflug 1979 nie mehr als zwei Flüge im Jahr.

Eine geschickte Marketingstrategie, niedrigere Preise und nicht zuletzt wohl auch die Tatsache, daß die amerikanische Konkurrenz auf Jahre ausgebucht ist, hatten der Esa trotz aller Kinderkrankheiten volle Auftragsbücher beschert.

Die Probleme der letzten Jahre sind allerdings schon mehrfach zu Buche geschlagen. Weil „Ariane" im Frühjahr '82 nicht rechtzeitig in die Luft ging, mußte man die Aussetzung eines Wissenschafts-Satelliten bei der Nasa „arbeiten" lassen – für rund 26 Millionen Dollar. Ein anderer Kunde, dem der Transport seines Satelliten ins All in diesem Jahr fest zugesagt war, zog den 30-Millionen-Dollar-Auftrag zurück, als abzusehen war, daß der Termin platzen würde.

Bei ihrem Bemhühen um die „kommerzielle Glaubwürdigkeit" („Figaro") beginnen die Leute der Esa zu ahnen, wie recht der Nasa-Kollege hatte, als er im Freudentaumel um den gelungenen Abschluß der Test-Flugserie prophezeite: „Das Schlimmste kommt jetzt erst ..."

Fahrt auf blauer Autobahn – Reise in rote Zahlen?

AFP, Bukarest

Der rumänische Jahrhunderttraum vom Donau-Schwarzmeer-Kanal ist Wirklichkeit geworden. Heute wird die 64 Kilometer lange Wasserstraße von Cernavoda durch das Bergland der Dobrudscha bis zum Schwarzmeerhafen Constanza nach achtjähriger Bauzeit ihrer Bestimmung übergeben. Dadurch werden 370 km Schiffsweg erspart. In Bukarest, wo der Kanal auch „blaue Autobahn" genannt wird, hofft man jetzt, daß die Deutschen den Rhein-Main-Donau-Kanal zügig fertigstellen, damit das Projekt einer „völkerverbindenden Wasserstraße" Rhein-Main-Donau-Schwarzmeer bald vollendet wird.

Der Donau-Schwarzmeer-Kanal, nach Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu „die größte Investition in der Geschichte Rumäniens", hat umgerechnet an die sieben Milliarden Mark gekostet. Etwa 30 000 Menschen, darunter Spezialisten aus 40 Berufssparten, arbeiteten an dem Riesenprojekt. Die Armee stellte ein großes Kontingent zur Verfügung,

km 50 100
UdSSR
RUMÄNIEN
Donau
Bukarest
Donau-Schwarzmeer-Kanal
BULGARIEN
DIE WELT

Studenten und Jugendbrigaden mußten drei Monate jährlich „im Geiste patriotischer Erziehung" Arbeit an dem Kanalbau ableisten. Für den 90 Meter breiten Durchstich von Cernavoda durch die Dobrudscha mußten 300 Millionen Kubikmeter Erde bewegt werden. An beiden Enden des künstlichen Wasserlaufs entstanden riesige Betonschleusen. Die Rumänen wollen die „Verläßlichkeit des Kanals", wie es offiziell in Bukarest heißt, zunächst durch einen rein nationalen Schiffsverkehr testen. Später soll die Wasserstraße mit einer geschätzten Jahreskapazität von 90 Millionen Tonnen dann für die internationale Schiffahrt freigegeben werden. Der Kanal wird auch die Bewässerung von 700 000 Hektar Anbaufläche ermöglichen.

Die Idee zu dem Jahrhundertprojekt geht auf das Jahr 1948 zurück. Die Arbeiten ließ die junge kommunistische Regierung ein Jahr später beginnen. Aus hauptsächlich wirtschaftlichen Erwägungen wurden sie aber bereits 1953 abgebrochen. Zwanzig Jahre später holte Ceausescu das Projekt wieder aus der Schublade. 1975 wurden die Arbeiten dann endlich wiederaufgenommen. Von dem Kanalverkehr erwarten die Wirtschaftsplaner in Bukarest die rasche industrielle Entwicklung des Gebiets zwischen Cernavoda und Constanza, das bisher hauptsächlich von der Agrarwirtschaft lebt. Wegen der hohen Investitionskosten ist es nach Ansicht westlicher Experten jedoch fraglich, ob die Wasserstraße langfristig rentabel sein oder ein nationales Prestigeobjekt bleiben wird.

CLAUDE LEVY

Nahm Kurdirektor von Oberstdorf die Gäste aus?

dpa, Oberstdorf

In Deutschlands Spitzenferienort, wie sich die Allgäuer Gemeinde Oberstdorf gerne nennt, hat eine unbekannte Zahl von Urlaubern möglicherweise jahrelang zuviel für Kost und Logis gezahlt. In einer nichtöffentlichen Sitzung, deren Verlauf Teilnehmer am Wochenende als „dramatisch" schilderten, beschloß der Marktgemeinderat die fristlose Kündigung des Kurdirektors sowie des Verkehrsamtsleiters. Die Gemeinderäte müssen ihre Entscheidung, die sie mit „erheblichem Vertrauensbruch" zum „Nachteil" der Vermieter, Gäste und des gesamten Kurortes begründeten, in dieser Woche noch vom Personalrat genehmigen lassen. Dem Kurdirektor und dem Leiter des Verkehrsamtes wird vorgeworfen, mit Touristen, die sich ans Kur- und Verkehrsamt wandten, private Geschäfte bei der Zimmervermittlung gemacht zu haben. Die Betroffenen ahnten offenbar nicht, daß sie beim Bezahlen von einer privaten „Touristik-Service-Information" GmbH (TSI) mitabkassiert wurden. Dabei sollen die Feriengäste stets ein paar Mark mehr über dem vom Verkehrsamt mit den Zimmervermietern ausgehandelten Preis bezahlt haben. Der örtliche Hotel- und Gaststättenverband hatte erst im August dieses Jahres etwas von diesen Vorgängen erfahren.

Herzoperation bei Geburt

SAD, Glasgow

Mit der Patientin Liz Cope (32) hatten die Ärzte im königlichen Krankenhaus von Glasgow alle Hände voll zu tun: Während die Geburtshelfer sie von einem rothaarigen Jungen entbanden, operierten Kardiologen die Frau am offenen Herzen. Der Eingriff war während der Geburt plötzlich notwendig geworden. Mutter und Sohn sind wohlauf.

Hoffnung für zwei Deutsche

dpa, Kairo

Der ägyptische Staatspräsident Hosni Mubarak hat zugesagt, den Fall der in seinem Lande zu je 25 Jahren Zuchthaus verurteilten Deutschen Günter Leonhardt und Otto Krähling zu prüfen. Er gab diese Zusage auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundeskanzler Helmut Kohl. Die Seeleute waren im April wegen illegaler Rauschgifteinfuhr verurteilt worden. Dies sei zwar „kein wichtiges Thema", sagte Mubarak, aber er werde sich mit dem Bundeskanzler darüber unterhalten.

Herzverpflanzung gelungen

dpa, Hannover

An der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) ist am Freitag die dritte Herzverpflanzung unter Leitung von Professor Roland Hetzer erfolgreich verlaufen. Der 49jährige Patient aus Hannover hatte unter einer schweren Herzmuskelerkrankung gelitten. Der Eingriff dauerte vier Stunden.

Rückgang der Verklappung

AP, Helmstedt

Das weiträumige Abladen hochgiftiger flüssiger Abfallstoffe in die Nordsee soll weiter eingeschränkt werden. Wie der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht am Wochenende auf dem 64. Niedersachsentag des Heimatbundes in Helmstedt erklärte, sei das Verklappen von Dünnsäuren (verdünnte Schwefelsäure) durch Spezialtankschiffe innerhalb der vergangenen zwei Jahre bereits um 40 Prozent zurückgegangen.

Begabter Fälscher verurteilt

dpa, Wien

Ein 22jähriger österreichischer Künstler, dem Experten im Gerichtssaal bestätigten, daß seine Nachahmungen bekannter Maler und Graphiker „ihr Geld wert" sind, wurde dennoch wegen der Fälschungen zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die Strafe wurde zur Bewährung ausgesetzt. Der Mann hatte etwa 100 Werke von Oskar Kokoschka, Alfred Kubin und Egon Schiele kopiert.

Tod an der Friedhofsmauer

dpa, Warburg

Die scharfe Fahrt auf regennasser und abschüssiger Fahrbahn bezahlten drei junge Leute, ein 20jähriger Mann und zwei 16jährige Mädchen, Sonntag nacht in der Nähe von Warburg mit dem Leben. Mit voller Wucht knallte der Wagen aus einer engen Linkskurve heraus frontal gegen die Mauer eines Dorffriedhofs.

Torffabrik abgebrannt

dpa, Hannover

Ein Sachschaden in Höhe von zehn Millionen Mark entstand gestern beim Brand einer Torf- und Düngemittelfabrik in der Nähe von Neustadt am Rübenberge (Landkreis Hannover). Bei den schwierigen Löscharbeiten wurde ein Feuerwehrmann verletzt.

5,2 Millionen Besucher

AP, Stuttgart

Das 138. Cannstatter Volksfest war das größte der Geschichte. An den 16 Volksfesttagen kamen 5,2 Millionen Besucher auf den Cannstatter Wasen am Stuttgarter Neckarufer. Im bisherigen Rekordjahr 1979 wurden 5,1 Millionen Gäste gezählt.

ZU GUTER LETZT

Charlene Tilton, die klein-aber-oho-wüchsige Blondine aus „Dallas", schreibt der Springer Auslands-Dienst.